

# GRÜNES WAHLPROGRAMM FÜR HAMBURG-NORD



ZUR BEZIRKSVERSAMMLUNGSWAHL 2024



# ***Inhalt***

## ***4 Präambel: GRÜNE Politik für Hamburg-Nord***

## ***6 Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz***

### ***6 Stadtentwicklung***

***11*** Bauen – klimaangepasst und ökologisch

***13*** Wohnen – bezahlbar, sozial und gerecht

***15*** Wirtschaft, Handel und Gewerbe – nachhaltig gestalten

### ***17 Umwelt***

***17*** Grünanlagen

***19*** Stadtpark

***21*** Naturschutz

***22*** Arten- und Tierschutz

***24*** Bäume

***25*** Gewässer und Wasser

***27*** Umwelt & Nachhaltigkeit

### ***28 Klimaschutz & Klimaanpassung***

***28*** Klimaschutz

***30*** Klimaanpassung

### ***32 Mobilität***

***35*** Fußverkehr

***43*** Radverkehr

***48*** Bus und Bahn

***51*** Autoverkehr

***53*** Luftverkehr

### ***54 Sozialer Zusammenhalt im Quartier***

***55*** Kultur

***59*** Sport

***63*** Soziales, Integration und Antidiskriminierung

***68*** Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene

***72*** Senior\*innen

***75*** Demokratie und Beteiligung

**Präambel:**

# **GRÜNE Politik**

## **für Hamburg-Nord**

Mit der Wahl zur Bezirksversammlung 2024 bestimmen die Bürger\*innen über die Politik für Hamburg-Nord. Entscheidungen der Bezirksversammlung und ihrer Ausschüsse gestalten Leben und Wohnen, Umwelt, Mobilität, Kultur und soziale Wirklichkeit. Seit 1982, also seit 42 Jahren, setzen sich die GRÜNEN Hamburg-Nord für alle Bürger\*innen in unserem Bezirk ein.

Für uns als GRÜNE gehören Umwelt, Wirtschaft und Gerechtigkeit zusammen: im Bezirk, in Hamburg, in Deutschland, in Europa und weltweit. Wer die hohe Lebensqualität in Hamburg-Nord sichern will, muss daher mit Ressourcen schonend umgehen, faire Arbeitsbedingungen schaffen sowie eine gute soziale Infrastruktur bereitstellen und ausbauen. Damit bietet Hamburg-Nord auch in Zukunft eine gute Lebensqualität für alle Bürger\*innen.

GRÜNE Stadtentwicklungspolitik heißt deshalb: bezahlbarer Wohnraum, mehr öffentliches Grün, mehr Barrierefreiheit und für alle lebenswerte Freiräume, Straßen und Plätze. Wir wollen die 15-Minuten-Stadt – alle alltäglichen Wege sollen auch ohne Auto innerhalb von 15 Minuten zu bewältigen sein.

GRÜNE Mobilitätspolitik will deshalb: mehr Platz für Menschen zu Fuß und auf

dem Fahrrad und weniger Platz für Autos. Dazu gute Anbindungen an Bahn und Bus im ganzen Bezirk.

GRÜNE Gesellschaftspolitik fördert deshalb: bunte Lebensentwürfe und gerechte Chancen für alle. Ein weltoffenes, pluralistisches Hamburg-Nord, das sich den Feinden der Demokratie entgegenstellt. Beteiligung der Bürger\*innen an politischen Entscheidungsprozessen – Demokratie konkret.

Hamburg ist eine wunderschöne Stadt mit großem Reichtum und gleichzeitig eine Stadt, in der Eigentum, Geld, Bildung, Kultur, Mobilität und Teilhabe immer noch ungerecht verteilt sind. Wir wollen, dass es gerechter zugeht.

Wir wollen Chancengleichheit für alle in Hamburg-Nord. Bessere Chancen beim Zugang zu guter Kinderbetreuung, zu umfassender Bildung und moderner Gesundheitsförderung. Bessere Chancen auf bezahlbaren Wohnraum, eine intakte Umwelt, eine reiche Stadtteilkultur und vielfältige Kontaktmöglichkeiten für alle Stadtteile. Bessere Lebensperspektiven mit Mobilität, Beratung und Hilfe, mit Aktivierung und sozialen Netzwerken für alle Menschen.

Wir haben in den letzten Jahren mit erfolgreicher GRÜNER Politik schon viel für Hamburg-Nord erreicht:

- ▶ Mehr bezahlbarer Wohnraum: Wir arbeiten konstruktiv an neuen Bebauungsplänen mit und schaffen so die Grundlagen für den sozialen Wohnungsbau im Bezirk. Den Wohnraumschutz haben wir gestärkt.
- ▶ Mehr Umwelt- und Klimaschutz: Hamburg Nord hat ein eigenes integriertes Klimaschutzkonzept beschlossen, um die Emissionen im Bezirk durch 55 Einzelmaßnahmen deutlich zu reduzieren.
- ▶ Mehr Natur: Wir haben das Nachpflanzdefizit früherer Jahre bei den Straßenbäumen ausgeglichen und schaffen mehr Platz für gesunde Straßenbäume. Immer mehr Wildwiesen erfreuen Menschen und Insekten.
- ▶ Mehr gute Gehwege: In Hoheluft-Ost sind viele Gehwege besser nutzbar, da das nicht erlaubte Parken nun unterbunden wird. Viele neue Sitzbänke ermöglichen Mobilität und erhöhen die Aufenthaltsqualität im Stadtteil.
- ▶ Mehr Fahrradstadt: Wir haben einen neuen Radweg im Pergolenviertel sowie geschützte Radfahrstreifen in der Hufnerstraße und Stormarner Straße geschaffen. Und natürlich hunderte neue Fahrradbügel!
- ▶ Mehr Sport: Wir haben seit 2014 weit über 4 Mio. Euro für neue Sportanlagen und -ausrüstung bereitgestellt – damit alle Sport treiben können, egal ob sie hier geboren oder nach Hamburg geflüchtet sind.
- ▶ Mehr Kultur: Wir unterstützen die Stadtteilkulturzentren und Geschichtswerkstätten finanziell bei ihrer Weiterentwicklung und fördern jedes Jahr viele kulturelle Projekte.
- ▶ Mehr Miteinander: Wir haben die Gründung eines Inklusionsbeirates vorangetrieben, damit Menschen mit Behinderungen besser ihre Anliegen in der Bezirkspolitik platzieren können. Mit der

„Woche der Vielfalt“ machen wir diese sichtbar. Wir unterstützen Initiativen zur Integration von Geflüchteten.

In der kommenden Legislaturperiode wollen wir daran anknüpfen. Dafür brauchen wir eine bezirkliche Verwaltung, die unseren Ideen und unserem Programm gegenüber aufgeschlossen ist, denn politische Beschlüsse der Bezirksversammlung müssen in der Regel durch die Mitarbeiter\*innen des Bezirksamts Hamburg-Nord umgesetzt werden. Seit 2020 stellen wir mit der Bezirksamtsleitung die Spitze der Verwaltung des Bezirks. Das sorgte für neuen Schwung! Viele GRÜNE Anliegen konnten so zum Wohl der Bewohner\*innen des Bezirks vorangebracht werden. Damit das so bleibt, haben wir den Anspruch, dass der Bezirk auch in den kommenden Jahren GRÜN geführt wird – in Verwaltung und Bezirksversammlung. Damit wir unsere begonnenen Projekte, vom Klimaschutz über den Wohnungsbau und die Integration bis zur Mobilitätswende, erfolgreich umsetzen können, bauen wir nicht nur bei der kommenden Bezirkswahl auf Ihre und eure Unterstützung. Wir machen leidenschaftlich Politik für Menschen, Stadt, Natur, Kultur und Sport im Bezirk und schaffen somit Lebensqualität für alle.





# *Stadtentwicklung, Umwelt und Klimaschutz*

## *Stadtentwicklung*

In Hamburg-Nord werden schon sehr viele Flächen für Siedlungszwecke genutzt. Stadtentwicklung findet hier also nicht „auf der grünen Wiese“, sondern in einem bereits durch Bebauung vorgeprägten Raum statt. Hier ist unser Ziel, den Stadtraum behutsam zu modernisieren, sodass zwar heutige Bedürfnisse an die Infrastruktur und Raum für mehr Wohnungen ermöglicht werden, gleichzeitig aber die derzeit Nutzenden die Entwicklung möglichst mittragen können. Insbesondere der weiterhin große Bedarf an günstigem Wohnraum ist uns bewusst. Wir stehen zu dem Ziel, hier so gut wie möglich Abhilfe zu schaffen.

Eine Großstadt wie Hamburg bietet ihren Bewohner\*innen viele Möglichkeiten, ihr Leben selbstbestimmt, erfolgreich, abwechslungsreich und sicher zu gestalten. Das umfasst sehr gute Perspektiven in Ausbildung und Studium ebenso wie ein vielfältiges

Angebot an Arbeitsplätzen und wirtschaftlichen Möglichkeiten, unzähligen Arten der Freizeitgestaltung, wie Sport und Unterhaltung, Kultur und Subkultur, aber auch Angeboten von Dienstleistungsbetrieben und Handel in unterschiedlichster Form.

## ***Wir wollen, dass diese Chancen und Möglichkeiten allen gleichermaßen offenstehen.***

Aufgrund dieser hohen urbanen Attraktivität leben viele Menschen gerne in Hamburg und besonders in Hamburg-Nord. Weitere Menschen kommen deshalb zu uns. Schaffung und Erhalt von bezahlbarem Wohnraum sind und bleiben daher unser größtes Anliegen. Wir möchten nicht, dass Menschen ins Umland ziehen müssen, dort weitere Flächen versiegelt werden und starker Pendelverkehr entsteht – bloß, weil für diese Menschen ein Leben innerhalb der Stadtgrenze nicht mehr bezahlbar ist.

## ***Stattdessen wollen wir die Stadt anders organisieren: effizienter, gerechter und nachhaltiger.***

Unser Leitbild hierfür ist die 15-Minuten-Stadt: Alle alltäglichen Wege sollen innerhalb von 15 Minuten zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit dem öffentlichen Nahverkehr bewältigt werden können. Wir wollen jedes Quartier in Hamburg-Nord so gestalten, dass der Weg zum Einkaufen, zur Schule oder in die Kita, zum Sport oder ins Grüne, möglichst auch zur Arbeit, zur Ausbildung oder zur Hochschule in dieser Zeitspanne möglich wird.

Gleichzeitig konkurrieren viele Nutzungen um jede verfügbare Fläche: Wohnen und Gewerbe, Grün- und Spielflächen, soziale Einrichtungen und Schulen, Mobilität und Kultur, Sport und vieles mehr. Diese gegensätzlichen Interessen wollen wir in einen klugen, gerechten und nachhaltigen Ausgleich bringen, bei dem die Bedürfnisse

der Menschen, ob Klein oder Groß, Jung oder Alt, an erster Stelle stehen.

## ***Planen und Entwickeln – in wenigen Minuten alles erreichbar***

Wir wollen die Entwicklung der Stadt anders denken: Spätestens seit der Homeoffice-Revolution hat die funktionale Trennung von Quartieren ausgedient. Die Menschen sind häufiger als früher tagsüber zu Hause. Leben und Arbeiten vermischen sich auch räumlich immer mehr. Die Aufenthaltsqualität muss deshalb für alle Quartiere an oberster Stelle stehen, Straßenraum muss Lebensraum werden.

## ***Unser Leitbild hierfür ist die 15-Minuten-Stadt: Alle alltäglichen Wege sollen auch ohne Auto innerhalb von 15 Minuten zu bewältigen sein.***

Dies ist zunächst bei der Aufstellung von Bebauungsplänen, dem maßgeblichen Instrument der Bezirksversammlung zur Steuerung der Stadtentwicklung, zu berücksichtigen. Aber auch bei langfristig angelegten Planungen wie Stadtteilentwicklungskonzepten müssen viele Bedürfnisse berücksichtigt werden: Natürlich der Wohnungsbau, aber eben auch Gewerbe, Einzelhandel, soziale Einrichtungen, Flächen für Grün und Erholung, Sportangebote und die Mobilität. Wir wollen eine Stadt mit kurzen Wegen, weniger Pendelverkehr, lebendigem Einzelhandel und hoher Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum schaffen. Auch die verschiedenen Nutzer\*innen wollen wir bei der Entwicklung und Gestaltung berücksichtigen: Ein Quartier, eine Straße, eine Grünanlage

ge muss für alle Menschen funktionieren – Bewohner\*innen ebenso wie Besucher\*innen. Kinder, Ältere und Menschen mit Beeinträchtigungen müssen berücksichtigt werden, feministische und LGBTIQ\*-Perspektiven müssen Eingang in die Planungen finden. Denn ein Quartier oder eine Straße sind nur dann gut gestaltet, wenn sie allen Nutzenden gleichermaßen dienen, nicht nur der Mehrheit. Alle Menschen, insbesondere auch Mädchen, Frauen und LGBTIQ\*-Personen, müssen sich nach ihren Bedürfnissen frei bewegen und dabei sicher fühlen können.

Um die 15-Minuten-Stadt zu ermöglichen, muss Mobilität immer mitgedacht werden. Neu geplante Quartiere sollen ohne Durchfahrtsmöglichkeiten für private Autos erschlossen werden, gleichzeitig muss die Anfahrbarkeit für Handwerker\*innen, Pflegedienste und andere Dienstleister\*innen gewährleistet sein. Parkmöglichkeiten für Autos der Bewohner\*innen sollen in Neubauquartieren nicht mehr im öffentlichen Raum vorgesehen werden. Dies muss schon mit Einzug der ersten Anwohner\*innen umgesetzt werden, begleitet von Bewohnerparken im Umfeld. Carsharing soll in Neubauquartieren standardmäßig vorgesehen werden. Wir wollen prüfen, wie dieses verpflichtend festgelegt werden kann. Bereiche mit reduziertem Autoverkehr, autoarmes Wohnen und das Konzept der „Superblocks“ mit einem Fokus darauf, den Straßenraum in einem Quartier überwiegend für Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen nutzbar zu machen - es steht auch mehr öffentlicher Raum für Sharing-Angebote zur Verfügung – wollen wir regelhaft prüfen und nach Möglichkeit umsetzen. Ein wei-

teres Element der Umsetzung der 15-Minuten-Stadt können sogenannte „Micro-hubs“ sein: quartiersbezogene Nutzungen, Einzelhandel, Dienstleistungen, auch im Bereich der Gesundheit, und soziale Anlaufstellen kombiniert mit (bewachtem) Fahrradparken oder ÖPNV-Haltestellen innerhalb eines Quartiers. Hier wollen wir prüfen, ob ein Pilotprojekt umgesetzt werden kann.

Die Flächenpotenziale für gänzlich neue Quartiersentwicklungen in Hamburg-Nord sind erschöpft. Wir müssen daher die vorhandenen Flächen und Quartiere weiterentwickeln und besser nutzen. Dabei setzen wir insbesondere auf die Ideen aus den Magistralenkonzepten bzw. dem Bauforum, um die Potenziale entlang der großen Straßen in unserem Bezirk zu nutzen. Besonders wichtig ist uns hierbei, die Barrierewirkung der Magistralen zu verringern. Gleichzeitig bietet die Erarbeitung von Stadtteilentwicklungskonzepten, wie z.B. aktuell für Fuhlsbüttel, eine Chance, bestehende Quartiere behutsam weiterzuentwickeln. Wir wollen dies in der nächsten Legislatur fortsetzen und mindestens für Langenhorn ein Stadtteilentwicklungskonzept auf den Weg bringen.

Wann immer sich die Möglichkeit ergibt, wollen wir Entwicklungen nutzen, um die Mischung von Funktionen im Quartier zu erhöhen. So bietet z. B. der Umzug des Bezirksamts Hamburg-Nord an den Wiesenendamm ein großes Potenzial, am alten Standort Kümmellstraße eine gemischte Quartiersentwicklung auf den Weg zu bringen. Auch bietet sich hier eine erste Umsetzung der Leitlinien zur Magistralenentwicklung an: An der Lenhartzstraße könnte an der Stelle des jetzigen Kundenzentrums



Neues Wohnquartier an der Dieselstraße in Barmbek-Nord

ein Hochpunkt entstehen. Der Bau der neuen U-Bahn-Linie U5 ermöglicht auch im Umfeld der zukünftigen Haltestellen einen neuen Blick auf mögliche Entwicklungen vor Ort. Ebenfalls könnte eine Entwicklung an der U1 Haltestelle Kiwittsmoor in den nächsten Jahren Möglichkeiten für eine Verbesserung der Funktionsmischung ergeben.

Die letzte große Potenzialfläche für Wohnungsbau im Bezirk, die Bebauung entlang der U1 im Bereich Diekmoor, wollen wir dem Senatsbeschluss entsprechend weiter vorantreiben. Wir wollen den Prozess nutzen, um auch für die Natur und die schon dort in der Umgebung wohnenden Menschen Verbesserungen zu ermöglichen. Insbesondere hier gilt es, auch weiterhin die Mobilität der Bewohner\*innen in der Planung mitzudenken und ein möglichst autoarmes Quartier zu schaffen. Die Lage direkt im Umfeld an der U1 Haltestelle

Langenhorn Nord bietet sich auch an, um soziale Infrastruktur, Nahversorgung, Gesundheitseinrichtungen und mehr mit dem Mobilitätsstandort zu verknüpfen. Um auch in Zukunft handlungsfähig zu sein, setzen wir uns weiterhin dafür ein, dass die Stadt aktives Flächenmanagement betreibt sowie in relevanten Lagen möglichst viele eigene Flächen im Besitz hält und ihre Rückkauf- oder Vorkaufsrechte einsetzt, um zusätzliche Flächen zu erwerben. Ebenfalls können Angebots-Bebauungspläne ein Instrument sein, um bestehende Immobilien und Flächen in der Zukunft weiterzuentwickeln. Wir wollen daher verstärkt die bestehenden Bebauungspläne prüfen und sinnvoll weiterentwickeln.

Wichtig für jede Planung ist die Beteiligung der Bürger\*innen. Wir wollen auch weiterhin unterschiedliche Formen der Bürger\*innenbeteiligung ausprobieren und

setzen dabei auf möglichst repräsentative Formate. Parallel soll die Information und Kommunikation zu Beteiligungsverfahren online und auf digitalen Wegen ausgebaut werden. Das digitale Partizipationssystem DIPAS ist eine großartige Möglichkeit für Bürger\*innen, unkompliziert Anregungen zu einer Vielzahl verschiedener Planungsprozesse zu geben. Wir wollen daher prüfen, wie das System häufiger und auch langfristig begleitend in Stadtentwick-

lungs- und anderen Planungsprojekten genutzt werden kann. Das CityScope-Modell der HafenCity Universität kann helfen, mögliche Baulücken und Potenzialflächen von Bürger\*innen identifizieren zu lassen. Neben der direkten Beteiligung der Bürger\*innen ist auch der Dialog mit ansässigen Unternehmen und Gewerbetreibenden, Grundstückseigentümer\*innen sowie den Kammern für Handwerk und Handel von großer Bedeutung.



## **DAS WOLLEN WIR:**

- ▶ Das Leitbild der 15-Minuten-Stadt als Maßstab für die städtebauliche Entwicklung im Bezirk heranziehen – die wesentlichen Alltagswege sollen auch ohne Auto binnen 15 Minuten zu bewältigen sein
- ▶ Grünflächen, Sportflächen und öffentliche Freiflächen für alle Generationen sichern, ausbauen sowie aufwerten (z. B. durch Hängematten und ausreichend Schattenflächen als UV-Schutz) und dabei insbesondere Aufenthaltsmöglichkeiten für Mädchen und Frauen schaffen
- ▶ Die Entwicklungspotenziale an den Magistralen gemäß den Ideen aus den Magistralenkonzepten und dem Bauforum heben
- ▶ Die Erarbeitung von Stadtteilentwicklungskonzepten (wie in Fuhlsbüttel) auch für weitere Stadtteile, mindestens für Langenhorn, fortsetzen
- ▶ Wohnen und Mobilität zusammen denken: Mobilitätskonzepte, insbesondere Carsharing, bei jeder Wohnentwicklung prüfen
- ▶ Die Planungen für eine Wohnbebauung entlang der U1-Trasse im Bereich Diekmoor gemäß der Senatsweisung weiter vorantreiben und den Prozess nutzen, um für das gesamte Areal ökologische Verbesserungen zu erreichen
- ▶ Uns dafür einsetzen, dass die Stadt möglichst viele eigene Flächen und Rückkaufrechte behält, um auch zukünftig Einfluss auf deren Entwicklung ausüben zu können

## **Bauen – klimaangepasst und ökologisch**

Neben der Planung der „großen Linien“ findet Stadtentwicklung auch vielfach im Kleinen, in Form der vielen einzelnen Bauvorhaben im Bezirk, statt. Gleichzeitig liegt in der tatsächlichen Bautätigkeit auch ein großes Potenzial für Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel.

Wir wollen konsequent Lückenflächen identifizieren und in Form einzelner Projekte für eine Bebauung mobilisieren. Das betrifft insbesondere für Wohnen vorgesehene, aber aktuell noch anders genutzte Flächen. Ein weiteres großes Potenzial liegt in der Überbauung von Parkplatzflächen und Garagenhöfen. Hier wollen wir prüfen, ob diese Flächen systematisch identifiziert und einer Überbauung (auch bei Erhalt der Parkplätze) zugeführt werden können.

Neben Vorgaben in Bebauungsplänen bzw. städtebaulichen Verträgen wollen wir auch prüfen, ob in einzelnen Baugenehmigungsverfahren Vorgaben für hitzeresilientes Bauen (z. B. helle Fassadengestaltung, Fassadengrün) möglich sind. Auf dem gleichen Wege wollen wir ein Maximum an Potenzial für Dachgrün und/oder Photovoltaik-Anlagen (PV) möglich machen. Eine Kombination von Dachbegrünung und Photovoltaik soll zum Standard werden. Eine weitere wichtige Maßnahme zum klimaangepassten Bauen sind Vorgaben zu Versickerung und Rückhaltung von Regenwasser sowie die Vermeidung von Flächenversiegelung (z. B. durch moderne wasserdurchlässige Baustoffe). Auch hier wollen wir prüfen, wie diesbezügliche Vorgaben in möglichst jedem Bauvorhaben gemacht werden können.

Zur Umsetzung der 15-Minuten-Stadt ist auch eine deutlich effizientere Nut-

zung der vorhandenen Flächen im Bezirk nötig: Wenn mehr Menschen zusammenleben, kommt die vorhandene Infrastruktur auch mehr Menschen zugute. Hierfür ist es nötig, die teils schon vorhandene urbane Dichte von Stadtteilen wie Winterhude überall mit mindestens sechs Stockwerken bis an den Ring 2 fortzusetzen. Auch in den äußeren Stadtteilen können wir uns vorstellen, höher zu bauen als bisher. Wir wollen auch einzelne Landmarken zulassen, die höher als die genannten sechs Stockwerke sein können. Dabei werden wir behutsam vorgehen und die Einfügung neuer Gebäude in die bestehende Umgebung berücksichtigen.

Um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern, sind kreative Lösungen nötig: Wir wollen prüfen, ob sich Dachflächen auch als begrünte Aufenthaltsräume oder Sportflächen nutzen lassen. Ebenfalls muss der Zyklus von Neubau-Abriss-Neubau durchbrochen werden: Beim Postbank-Areal in der City Nord ist es gelungen, auf Weiter- und Umnutzung von Rohbaustrukturen statt auf kompletten Abriss zu setzen. Hier bauen wir auch weiterhin auf die Kreativität von Planer\*innen und Architekt\*innen und unterstützen entsprechende Projekte nach Kräften. Im Dialog mit Planenden und Projektträger\*innen wollen wir die Themen recyclebares Bauen bzw. Material-Recycling besprechen. Entsprechende Vorhaben unterstützen wir.

Zur Erreichung der Klimaziele wird energetische Sanierung auch in Zukunft eine bedeutende Rolle spielen. Dafür gibt es bereits umfangreiche Fördermöglich-

keiten auf Bundesebene, wir müssen aber auf bezirklicher Ebene dafür sorgen, dass die Genehmigungsverfahren möglichst einfach, schnell und pragmatisch ablaufen. Das betrifft insbesondere denkmalgeschützte Gebäude und städtebauliche Erhaltungsverordnungen: Auch hier setzen wir auf pragmatische Abwägungen und nötigenfalls eine Anpassung von Prioritäten zu Gunsten des Klimaschutzes, um effektive Sanierungen, PV-Anlagen und ggf. nachträgliche Dachbegrünungen zu ermöglichen. Insbesondere in kleinteiligen Eigentumsstrukturen (z. B. Reihenhau-

siedlungen) wollen wir prüfen, ob durch koordinierte Beratung und Umsetzung ein effizienter Umbau im Sinne des Klimaschutzes möglich ist.

Zur Unterstützung der Bautätigkeit ist es auch wichtig, für die Bauwirtschaft das Bauen einfacher zu machen. Viele Regelungen zu Baugenehmigungen und den entsprechenden Vorschriften liegen nicht in der Hand des Bezirks. Trotzdem wollen wir versuchen, auch auf bezirklicher Ebene Möglichkeiten zu identifizieren, um Baugenehmigungsverfahren einfacher, schneller und pragmatischer zu gestalten.



## **DAS WOLLEN WIR:**

- ▶ Vorgaben in Bebauungsplänen bzw. in städtebaulichen Verträgen nutzen, um hitzeresilientes Bauen zu fördern (z. B. helle Fassadengestaltung)
- ▶ Fortsetzung der urbanen Dichte aus Stadtteilen wie Winterhude und Eppendorf innerhalb des Ring 2 mit einer mindestens sechsstöckigen Bebauung
- ▶ Die Themen recyclebares Bauen bzw. Material-Recycling gegenüber Projektträger\*innen ansprechen und entsprechende Vorhaben unterstützen
- ▶ Höher bauen als bisher, um mehr Wohnraum zu schaffen und den begrenzten Platz besser zu nutzen, gleichzeitig einzelne Landmarken zulassen, die deutlich höher sein können als sechs Stockwerke
- ▶ Dachflächen als begrünte Aufenthaltsräume oder als Sportflächen nutzen
- ▶ Fassadengrün bei öffentlichen Gebäuden weiterhin berücksichtigen und auch bei privaten Bauvorhaben unterstützen
- ▶ Die Weiter- und Umnutzung von bestehenden Rohbaustrukturen prüfen und unterstützen

## ***Wohnen – bezahlbar, sozial und gerecht***

Ein gutes Leben für alle in Hamburg-Nord bedeutet, dass alle Menschen sich die Stadt leisten können. Bezahlbarer Wohnraum ist die größte soziale Herausforderung unserer Zeit. Die Schaffung von Wohnraum muss noch stärker am Gemeinwohl ausgerichtet sein und nicht am Profitinteresse einzelner Investor\*innen. Grund und Boden sind endlich und daher ein hohes Gut, welches in erster Linie dem Gemeinwohl dienen sollte. Grundeigentümer\*innen tragen daher eine besondere Verantwortung. Wie es das Grundgesetz formuliert: Eigentum verpflichtet!

Wir wollen beim Wohnungsbau mindestens den Mix aus geförderten und freifinanzierten Miet- sowie Eigentumswohnungen, wie im „Bündnis für das Wohnen“ vorgegeben, konsequent durchsetzen. Wo immer möglich, insbesondere auf städtischen Flächen, wollen wir auch deutlich mehr geförderten Wohnraum schaffen. Bei der Vergabe von Flächen sollen die SAGA, Genossenschaften sowie fördern&wohnen vorrangig berücksichtigt werden, da sie auch langfristig bezahlbaren Wohnraum schaffen. Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen bei einzelnen Projekten wollen wir konsequent mit der Verpflichtung zur Schaffung von gefördertem Wohnraum verbinden.

Den sehr guten Wohnraumschutz in Hamburg-Nord wollen wir konsequent fortsetzen: Über das Wohnraumschutzgesetz können Zweckentfremdungen verhindert werden, mit der Hilfe sozialer Erhaltungsverordnungen wollen wir die Zusammenlegung von Wohnungen, Um-

wandlung in Eigentumswohnungen und sogenannte „Luxus-Sanierungen“ verhindern. Mit diesen Verordnungen werden auch Vorkaufsrechte für die Stadt und Baugebote möglich. Um diese Instrumente wirkungsvoll zu nutzen, müssen die entsprechenden Stellen in der Verwaltung ausreichend ausgestattet sein.

Aufgrund der knappen Flächen werden in Zukunft Aufstockungen zur Schaffung von Wohnraum immer wichtiger. Wir wollen prüfen, wie Eigentümer\*innen zur Aufstockung motiviert werden können, zum Beispiel durch eine gezielte Kontaktaufnahme oder Angebots-Bebauungspläne. Die Potenziale für Aufstockungen wollen wir, analog zu und in Kombination mit dem Projekt LüDiA (Leben überm Discounter in Aussicht), für den Bezirk systematisch erfassen, auswerten und nutzen.

Eine der größten Herausforderungen in der Schaffung von Wohnraum liegt in der bedarfsgerechten Nutzung von Wohnungen: Nicht selten leben Menschen nach dem Auszug der Kinder in einer viel zu großen Wohnung, während gleichzeitig junge Familien händeringend nach einer großen Wohnung suchen. Wir wollen das generationenübergreifende Wohnen gezielt fördern, um dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen. Dazu gehört auch die Kombination von kleineren und größeren Wohnungen in einem Bauprojekt. Darüber hinaus wollen wir prüfen, wie ein Wohnungsaustausch innerhalb eines Quartiers gefördert und vereinfacht werden kann. Ebenfalls helfen könnte eine „Zusammenzug-Prämie“ für Menschen, die sich zukünf-

tig eine Wohnung teilen und gleichzeitig eine Wohnung frei machen.

Das Instrument der Erbpacht soll in Zukunft intensiver genutzt werden: Zum einen sollen städtische Flächen nur noch in Erbpacht vergeben werden, um diese der Bodenspekulation zu entziehen und

Handlungsspielräume der Stadt für die Zukunft zu erhalten. Gleichzeitig wollen wir auch im kleinen Maßstab Erbbaurechte einräumen, um es mehr Menschen zu ermöglichen, Eigentum zu schaffen und unabhängig vom Mietwohnungsmarkt zu werden.



## **DAS WOLLEN WIR:**

- ▶ Wohnraum für alle: Insbesondere für Azubis wollen wir analog zu Studentenwohnheimen gesonderten Wohnraum schaffen
- ▶ Generationenübergreifendes Wohnen fördern, indem wir Projekte wie z. B. „LeNa – Lebendige Nachbarschaft“ der SAGA unterstützen
- ▶ Wohnraumschutz durch konsequente Verfolgung von Zweckentfremdungen
- ▶ Den Erlass sozialer Erhaltungsverordnungen für weitere Quartiere im Bezirk auf den Weg bringen und die Bodenspekulation durch Vorkaufszusatzungen und Baugebote unterbinden
- ▶ Weiterhin Ausnahmegenehmigungen, z. B. für Aufstockungen, mit der Verpflichtung zur Schaffung von gefördertem Wohnraum verbinden
- ▶ Das Wohnraumschutzgesetz nutzen, um Zweckentfremdungen zu verhindern und dafür die zuständigen Stellen beim Bezirksamt ausreichend ausstatten
- ▶ SAGA, Genossenschaften sowie fördern&wohnen bei der Vergabe von Grundstücken vorrangig berücksichtigen, weil sie bezahlbaren Wohnraum schaffen
- ▶ Mindestens den Drittmix aus geförderten und freifinanzierten Miet- sowie Eigentumswohnungen konsequent durchsetzen und an einigen Stellen auch deutlich mehr geförderten Wohnraum mit dauerhaft bezahlbaren Mieten umsetzen
- ▶ Auch bei privaten Bauherr\*innen darauf dringen, bezahlbaren Wohnraum anzubieten
- ▶ Erbbaurechte auch in kleinem Maßstab einräumen, damit es für mehr Menschen möglich wird, Eigentum zu schaffen und damit unabhängig vom Mietwohnungsmarkt zu werden

## ***Wirtschaft, Handel und Gewerbe – nachhaltig gestalten***

Eine wesentliche Rolle in der Umsetzung einer 15-Minuten-Stadt spielt die Wirtschaft: Damit auch Gewerbe, Handwerk und Handel mit kurzen Wegen erreichbar sind bzw. ihre Kund\*innen erreichen können, kommt insbesondere innerstädtisch gelegenen ausgewiesenen Gewerbegebieten eine besondere Bedeutung zu. Deshalb setzen wir uns grundsätzlich für den Erhalt und die Weiterentwicklung aller ausgewiesenen Gewerbeflächen ein. Wenn möglich, wollen wir auch versuchen, neue Gewerbeflächen auszuweisen. Da dies aufgrund des knappen Grund und Bodens eine große Herausforderung darstellt, setzen wir auch stark auf neue innovative Konzepte wie vertikale und gestapelte Gewerbehöfe, die städtebauliche Ausweisung von Flächen als urbane Gebiete und Co-Working-Spaces.

Den beiden besonders innenstadtnah gelegenen Gewerbegebieten an der Alsterdorfer Straße sowie an der Hohenfelder Allee wollen wir neues Leben einhauchen. Da diese einem besonderen Spekulationsdruck ausgesetzt sind, ist hier in den letzten Jahren eine unvorteilhafte Entwicklung zu beobachten. Dieser wollen wir mit einer jeweiligen strategischen Weiterentwicklung gemeinsam mit den Grundeigentümer\*innen etwas entgegensetzen. Dazu wollen wir auch bei der Gründung von lokalen Interessengemeinschaften (IG) unterstützen sowie deren Arbeit und den Austausch zwischen IG sowie Verwaltung und Politik fördern.

Der Flughafen Hamburg und die Luftfahrtindustrie sind für Hamburg-Nord aktuell wichtiger Standortfaktor und be-

deutende Arbeitgeber\*innen. Deshalb ist es ein großer Erfolg, dass sich viele Unternehmen aus dem Gewerbegebiet Weg beim Jäger / Sportallee direkt am Flughafen als „Gewerbepark Hamburg-Nord – Gemeinsam auf Klimakurs“ zusammengeschlossen haben und sich als Pilotstandort auf den Weg in eine klimaneutrale Zukunft machen. Dies werden wir nach Kräften weiter unterstützen.

Eine besondere Rolle in den Gewerbegebieten nehmen die Handwerkerhöfe ein. Diese bieten einer Vielzahl kleinerer Handwerksbetriebe ein Zuhause und ermöglichen so kurze Wege von und zu den Kund\*innen in der Stadt. Für die Neu- und Weiterentwicklung von Handwerkerhöfen wollen wir bevorzugt Flächen in Gewerbegebieten bereitstellen, insbesondere wenn diese in Eigenregie und/oder als Genossenschaft organisiert werden.

Mobilität ist auch für Handwerker\*innen, Gewerbetreibende und Dienstleister\*innen von hoher Bedeutung. Deshalb wollen wir die Bedarfe in zukünftigen Mobilitätskonzepten bei Quartiers- und Stadtteilentwicklungen besonders berücksichtigen: mehr Ladezonen, besondere Stellplätze für Anlieferung und Dienstleistung sowie garantierte Anfahrbarkeit auch in autoarmen Quartieren.

Unser etabliertes Wochenmarktwesen wollen wir stärken und unterstützen. Dafür wollen wir eine Auszeichnung für besonders nachhaltige Marktbetriebe auf den Wochenmärkten in Hamburg-Nord ausloben. Prämiert werden sollen – in Anlehnung an die Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen – Marktbe-

triebe, welche besonders dazu beitragen, das Leben im Bezirk Hamburg-Nord nach-

haltiger zu machen und gesunde Konsum- und Produktionsmuster sicherzustellen.



## **DAS WOLLEN WIR:**

- ▶ Als Gewerbe ausgewiesene Flächen, insbesondere im innerstädtischen Bereich, erhalten und weiterentwickeln
- ▶ Neue Flächen für Gewerbe schaffen z. B. über die Ausweisung urbaner Gebiete, mit vertikalen Gewerbehöfen oder über Co-Working-Spaces
- ▶ Bei Mobilitätskonzepten in der Quartiersentwicklung die Bedarfe von Anlieferung und Dienstleistung berücksichtigen (z. B. für Handwerker\*innen, Pflegedienste, etc.)
- ▶ Durch Konzepte wie urbane Gewerbehöfe Raum für Initiativen und Chancen für Existenzgründungen schaffen, wie z. B. bei Built-in-Barmbek
- ▶ Die Transformationsmaßnahmen für den Pilotstandort „Gewerbepark Hamburg-Nord - Gemeinsam auf Klimakurs“ weiter unterstützen
- ▶ Die Entwicklung der „Zentralen Zone“ in der City Nord weiter positiv begleiten
- ▶ Eine strategische Entwicklung für die ausgewiesenen Gewerbeflächen an der Alsterdorfer Straße auf den Weg bringen
- ▶ Den Austausch mit den Interessengemeinschaften (IG) des Einzelhandels und Gewerbes in den einzelnen Quartieren fördern und intensivieren
- ▶ Die Wirtschaftsförderung des Bezirksamts in ihrer Arbeit weiterhin unterstützen
- ▶ Handel und Gewerbe an Quartiersentwicklungen beteiligen, um eine bedarfsgerechte Flächenentwicklung sicherzustellen
- ▶ Das Wochenmarktwesen stärken und einen Nachhaltigkeitspreis für Marktbetriebe ausloben



Insektenfreundliches Grün mitten in der Stadt

## Umwelt

In einem hoch verdichteten Bezirk wie Hamburg-Nord sind Stadt und Landschaft nicht klar getrennt. Die Übergänge zwischen Freiräumen und Siedlungsräumen sind fließend - freie Landschaft gibt es praktisch nicht. Stadtentwicklung muss daher immer auch die Entwicklung der Grünräume beinhalten. Sie dient dem Ziel, die Bedürfnisse der hier lebenden Menschen und der Natur so weit wie möglich in Einklang zu bringen. Unterstützung bei dieser großen Aufgabe erhält Hamburg durch das Naturschutz-Großprojekt „Natürlich Hamburg!“, das genau diese Vereinbarkeit von Nutzung, Freizeit und Naturschutz zum Ziel hat.

### Grünanlagen

Nicht alle Menschen in Hamburg-Nord haben einen eigenen Garten oder Balkon, auf dem sie Grün erleben können. Deshalb sind die vielen großen und kleinen Grünflächen, die unser Bezirk bietet, wichtig: Als Ort der Erholung, als Treffpunkt, aber auch als Raum für Tiere und

Pflanzen. Oft dienen die Wege innerhalb von Grünanlagen als stressarme Alternativen zu verlärmten Straßen nebenan. Solche grünen Wegeverbindungen wollen wir ausbauen.

Dabei haben wir schon viel erreicht: In den vergangenen Jahren wurde die Pflege

der Grünanlagen verbessert, da die Bezirke inzwischen nicht mehr einen großen Teil der für die Grünpflege bestimmten Gelder für die Beseitigung von Müll aufwenden müssen. Gleichzeitig wird verstärkt darauf geachtet, auch der Natur Raum zu lassen. Wiesen werden seltener und abschnittsweise gemäht, Totholz bleibt liegen, manche Bereiche werden durch Absperrungen besser vor dem Betreten geschützt. Wir wollen diese Ansätze für naturnähere Pflege auch mit Hilfe des „Naturcents“ verteidigen und ausbauen.

Wer aufmerksam durch die Straßen geht, wird an immer mehr Ecken Mini-Gär-

ten vorfinden. Auf Baumscheiben, Rasenstreifen oder an Straßenecken gärtnern engagierte Nachbar\*innen, um Mensch und Insekt zu erfreuen. Im letzten Jahr wurde auf Initiative der GRÜN-roten Koalition auch eine Förderung von Parklets, also temporären Aufenthaltsräumen auf der Fläche von Parkplätzen, ermöglicht. So können inmitten der Häuserzeilen kleine Oasen der Entspannung und der Kommunikation entstehen, die mit naturnaher Bepflanzung auch der Insektenwelt nutzen. Künftig wollen wir Urban Gardening gezielt durch einen Fonds für Material von mindestens 10.000 Euro fördern.



## **DAS WOLLEN WIR:**

- ▶ Die begonnenen Maßnahmen zur ökologischen Pflege des Stadtgrüns fortsetzen und ausbauen
- ▶ Die Pflanzung von für alle nutzbaren Obstbäumen und Beerensträuchern in Grünanlagen und an geeigneten Straßenrändern fortsetzen
- ▶ Die Mittel des „Naturcents“, die der Bezirk beantragen kann, auch weiterhin dazu nutzen, das Stadtgrün nicht nur für die Menschen, sondern auch für Tiere und Pflanzen aufzuwerten
- ▶ Besonders die grünen Wegeverbindungen stärken, die wie in Barmbek-Süd und Barmbek-Nord attraktive Alternativen zur Nutzung der lauten Straßen bieten; weitere solcher Wege an geeigneten Stellen entwickeln
- ▶ Urban Gardening und ähnliche Initiativen, die den öffentlichen Raum attraktiv für Mensch und Natur machen, politisch und finanziell unterstützen; dafür einen eigenen Fonds für Materialbeschaffung mit mindestens 10.000 Euro schaffen
- ▶ Bei der Neuplanung oder grundlegenden Überarbeitung von Grünanlagen von vornherein Flächen für gemeinschaftliches Gärtnern vorsehen und der Nachbarschaft aktiv zur Nutzung anbieten

## Stadtpark

2022 wurde das mit Beteiligung von über 10.000 Stadtpark-Nutzer\*innen erstellte Gutachten zur Entwicklung des Stadtparks und seiner Umgebung vorgestellt. Es bietet eine Vielzahl von Anregungen zur Umgestaltung und Erweiterung des größten Parks im Bezirk und seiner Umgebung. Aufgabe von Politik und Verwaltung ist es, die vorgeschlagenen Maßnahmen zu bewerten und diejenigen aufzugreifen, die für eine Umsetzung in Frage kommen.

Es können aufgrund der teils sehr umfassenden Maßnahmen dabei nicht alle sofort angegangen werden. Die weitere

Entwicklung des Stadtparks ist ein kontinuierlicher Prozess. Den von den Bürger\*innen besonders häufig genannten Themen Vermüllung, Lärm, Toiletten und naturnähere Gestaltung widmen wir dabei besondere Aufmerksamkeit.

Darüber hinaus haben wir Sympathien für viele der vorgestellten Ideen wie eine Aufwertung des Bereichs am Südring, die Prüfung der Beleuchtung (auch auf Insektenfreundlichkeit), mehr Barrierefreiheit, eine Verbesserung der Eingangssituation an der Stadthallenbrücke oder der Zugänglichkeit des Stadtparks aus Richtung Jarrestadt.



Beim Modellbootteich im Stadtpark

Die Vernetzung des Stadtparks mit seiner Umgebung, beispielsweise durch eine Aufwertung und bessere Anbindung der Grünzüge an der Hindenburgstraße, in der City Nord, entlang des Goldbekkanals und Rich-

tung Barmbek unterstützen wir. Sie bietet die Chance, Nutzungsdruck vom Stadtpark zu nehmen und macht diese attraktiven Spazierwegen bekannter.



## **DAS WOLLEN WIR:**

- ▶ Toilettensituation auch kurzfristig schon verbessern
- ▶ Einen Runden Tisch zur Diskussion von Lösungsstrategien für die Problematiken von Müll, Lärm und Vandalismus im Stadtpark einrichten
- ▶ Naturnähere Gestaltung und Pflege durch Projekte wie „Natur im Stadtpark“ und weitere fördern
- ▶ Auswirkungen des Klimawandels bei Bepflanzungen und Pflege berücksichtigen
- ▶ Die wichtigen Wegeketten insektenfreundlich beleuchten; wo notwendig, die Beleuchtung entsprechend anpassen
- ▶ Den Eingang in den Stadtpark bei der Stadthallenbrücke durch Stärkung der Barrierefreiheit, mehr Raum für Menschen zu Fuß oder mit dem Rad und optische Aufwertungen verbessern
- ▶ Die Idee eines Stegs zwischen Stadtparksee und Naturbad unter Berücksichtigung der Perspektiven des Freibads näher untersuchen lassen
- ▶ Die Idee einer stärkeren Nutzung des Goldbekufers inklusive des Abschnitts des Südrings zwischen Wiesenstieg und Stadthallenbrücke prüfen; dabei einen guten Ausgleich zwischen den Interessen der Natur am Gewässerrand und dem Wunsch nach zusätzlichen Erholungsmöglichkeiten finden sowie die Interessen des anliegenden Naturbads und des Biergartens berücksichtigen
- ▶ Den Vorschlag einer neuen grünen Wegeverbindung vom Südring entlang des Goldbekkanals zum heutigen wilden Parkplatz am Wiesenstieg prüfen und perspektivisch im Dialog mit dem Kleingartenverein umsetzen
- ▶ Die Verbesserung des Wiesenstiegs als einzige direkte Verbindung zwischen Jarrestadt und Stadtpark zugunsten von Sicherheit und Einsehbarkeit
- ▶ Die Vernetzung und Aufwertung der Grünbereiche im nahen Umfeld des Stadtparks vorantreiben

## Naturschutz

Der Bezirk kümmert sich um drei Naturschutzgebiete: das Raakmoor, das Eppendorfer Moor und das Rothsteinsmoor. Sie sind Teil des landesweiten Biotopverbunds. Mit großem Engagement von Haupt- und Ehrenamtlichen bewahren wir hier einen wertvollen Teil unseres Naturerbes.

Weitere Unterstützung für die Natur bringen zwei Naturschutz-Großprojekte, die die Bundesrepublik Deutschland fördert: „Natürlich Hamburg!“ und „Hamburg, deine Flussnatur“. Hier wurden Konzepte für ein gutes Miteinander von Naturschutz

und Erholungsnutzung innerhalb der Stadt entwickelt und Maßnahmen definiert, die nun nach und nach umgesetzt werden. Das betrifft im Bezirk unter anderem die Alster, den Stadtpark und die Schutzgebiete - denn Natur findet sich nicht nur in Schutzgebieten, sondern auch in viel genutzten städtischen Räumen.

Unsere Naturräume sind uns wichtig! Deshalb setzen wir die Unterstützung von Maßnahmen in Schutzgebieten fort und wollen prüfen lassen, ob das Naturschutzgebiet Raakmoor erweitert werden kann.



### DAS WOLLEN WIR:

- ▶ Finanzielle Unterstützung für Maßnahmen in und außerhalb von Schutzgebieten sowie für ehrenamtliche Gruppen, die sich in der Naturpflege engagieren
- ▶ Gemeinsam mit dem Bezirk Wandsbek Prüfung einer Ausweitung des Naturschutzgebiets Raakmoor dahingehend, ob dort eine natürliche Moorentwicklung wieder in Gang gesetzt werden kann (CO<sub>2</sub>-Bindung)
- ▶ Unterstützung der Naturschutz-Großprojekte „Natürlich Hamburg!“ und „Hamburg, deine Flussnatur“ im Bezirk; bei allen größeren Maßnahmen dabei Information und Einbindung der Bürger\*innen



Blühwiese in Alsterdorf

## **Arten- und Tierschutz**

Städte sind für viele Lebewesen ein wichtiger Rückzugsort. Hier findet sich auf engem Raum eine große Vielfalt von Lebensräumen. Es gibt aber auch viele negative Effekte menschlicher Siedlungen auf die Natur: Lichtverschmutzung, Verlust von Habitaten durch Umbauten oder Störung durch intensive Nutzung.

Der Bezirk Hamburg-Nord versucht seit Längerem, auch innerhalb der eng bebauten Quartiere Lebensräume zu entwickeln. So sind in den vergangenen Jahren viele tausend Quadratmeter Blühwiesen angelegt worden. Viele Grünstreifen wie am Wiesendamm werden nicht mehr intensiv gepflegt, sodass sich dort blühende Arten ausbreiten können. Das wollen wir fortsetzen und ausweiten. Dabei wollen wir auch verstärkt darauf achten, dass Le-

bensräume für im Boden nistende Bienen und andere Insekten geschaffen werden.

Auf GRÜNE Initiative werden bei Straßenumbauten vermehrt nicht reine Rasen-, sondern Wildblumenflächen angelegt – so zum Beispiel am Eulenkamp, wo die Veloroute 6 letztes Jahr fertiggestellt wurde. Zudem wurden zehntausende Blumenzwiebeln gepflanzt, die im Frühjahr erste Nahrung für Insekten bieten. Auch Nisthilfen für Insekten wurden in Grünanlagen installiert. Wir wollen tierfreundliche Strukturen wie zum Beispiel Pflanzen, die den Winter überdauern, stehendes und liegendes Totholz, Buschwerk, Staudensäume, Laubhaufen und offene Sandflächen in die regelhafte Gestaltung und Pflege von Stadtgrün integrieren. Bei all diesen Maßnahmen ist es wichtig, dass wir aufklären,

warum die vertrauten Grünflächen nun anders ausgestattet und gepflegt werden.

Aktiver Baumschutz ist auch Artenschutz! Weiterhin gilt die Vermeidung von Fällungen, insbesondere für Baumaßnahmen, als prioritär gegenüber Nachpflanzungen.

Die Lebensqualität in Städten erhöht sich, wenn es mehr Natur zu erleben gibt. Das hat nicht erst die Corona-Pandemie gezeigt. Insbesondere Menschen, die keinen eigenen Garten haben, brauchen Orte, die Bäume, Blumen, Insekten und mehr bieten: als Raum für Erholung, für bessere Luft und Schatten im Hochsommer. Naturerleben in

der Stadt wollen wir daher durch die verstärkte Schaffung von Nistmöglichkeiten für Vögel und Insekten sowie an geeigneter Stelle die Einrichtung einer Fledermaus-Beobachtungsstation stärken.

In Barmbek ist 2023 auf unsere Initiative hin der erste Taubenschlag des Bezirks in Betrieb gegangen. Dort findet ein aktives und tiergerechtes Taubenmanagement statt. Damit schützen wir die Tiere vor Verelendung und reduzieren die Verschmutzung durch Kot. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Pilotprojekt bei Erfolg verstetigt und auf weitere passende Orte ausgeweitet wird.



## **DAS WOLLEN WIR:**

- ▶ Weiterhin Insektenschutz durch Anpflanzung oder Aussaat von Wildpflanzen vorantreiben; entstehende Flächen fachgerecht pflegen und dauerhaft erhalten
- ▶ Im Umfeld oder innerhalb dieser Flächen Schaffung von Nistmöglichkeiten für im Boden nistende Bienen (Sandarium)
- ▶ Projekte für den insektenfreundlichen Umbau der Beleuchtung im öffentlichen Raum unterstützen: beim Neubau von öffentlicher Beleuchtung als Standard; in Bebauungsplänen streben wir entsprechende Regelungen ebenfalls an
- ▶ Bei Neubauten und Renovierungen an Fassaden für Gebäudebrüter und Fledermäuse Nist- und Überwinterungsmöglichkeiten schaffen
- ▶ Die Einrichtung einer Fledermaus-Beobachtungsstation an geeigneter Stelle im Bezirk
- ▶ Tierfreundliche Strukturen (Totholz, Buschwerk, Laubhaufen etc.) in die regelhafte Gestaltung und Pflege von Stadtgrün integrieren
- ▶ Verstetigung und Ausweitung des Pilotprojekts „Taubenschlag Barmbek“

## Bäume

Über 225.000 Bäume säumen die Straßen Hamburgs, davon etwa 32.000 im Bezirk Nord. Für eine dicht bebaute Großstadt wie Hamburg ist das enorm viel! Damit dies so bleibt, haben wir schon 2015 dafür gesorgt, dass bei notwendigen Fällungen (Baumaßnahmen, Erkrankung des Baums) mindestens im Verhältnis 1:1 nachgepflanzt werden muss. Das wird so bleiben! Seit Jahren ist Hamburg-Nord einer der wenigen Bezirke, die eine ausgeglichene oder sogar positive Baumbilanz aufweisen. Mittlerweile sind alle ehemaligen Baumstandorte, die zuvor nicht neu bepflanzt worden waren, wieder mit einem Baum bestückt worden.

Bei Straßenumgestaltungen wird darauf geachtet, dass Bäume möglichst wenig in Mitleidenschaft gezogen oder sogar gefällt werden müssen. Außerdem schaffen wir für die Bäume mehr Raum, da sie so bessere Chancen haben, im für sie sehr stressigen Stadtklima alt zu werden.

Bäume sind ein sehr effektiver Überhitzungsschutz: Sie beschatten Wege und tragen durch Verdunstung auch direkt zur Abkühlung bei. Angesichts der zunehmenden sommerlichen Erhitzung der Stadt sollte daher der Baumbestand erhalten und noch vergrößert werden. Dazu wollen wir systematisch Bereiche identifizieren, in denen ein Mangel an Straßenbäumen herrscht.



### DAS WOLLEN WIR:

- ▶ Fortführung der intensiven Bemühungen um den Erhalt von Bäumen durch fachgerechte Pflege und Priorität auf der Vermeidung von Fällungen
- ▶ Fortführung der Nachpflanzungen und Verbesserung von Baumstandorten
- ▶ Pilotprojekte zur verbesserten Wasserversorgung und optimierten Vorbereitung von Baumstandorten, um Jungbäumen bessere Startbedingungen zu geben
- ▶ Systematische Prüfung, wo es an Straßenbäumen mangelt und wie diese dort ergänzt werden können



Am Goldbekkanal

## ***Gewässer und Wasser***

Wasser prägt Hamburg-Nord: Neben der Außenalster und dem Alsterlauf durchziehen Osterbek- und Eilbekkanal den Bezirk. Hier steht oft die Freizeitnutzung im Vordergrund – auf dem Wasser, aber auch am Ufer. Bornbach, Tarpenbek, Seebek und weitere kleinere Bäche bieten mehr Raum für die Natur und das Naturerleben.

Die geplante Entwicklung der Flächen am Diekmoor in Langenhorn wollen wir nutzen, um ökologische Verbesserungen

für den Bornbach und das Regenrückhaltebecken zu erreichen.

Gewässer müssen für Fische und Kleinlebewesen durchgängig sein und die Gewässerlebensräume insgesamt naturnäher gestaltet und fit für die mit dem Klimawandel einhergehende Erhitzung werden. 2023 startete ein Beteiligungsprozess, der eine Verbesserung der Situation an der Osterbek für Natur und Freizeitnutzung zum Ziel hat. Er bietet die Chance, diesen

wichtigen Grünraum positiv zu entwickeln – für Mensch und Natur. Gleichzeitig wird das von der Bundesrepublik geförderte Großprojekt „Hamburg, deine Flussnatur“ ökologische Verbesserungen für die Alster bringen.

Die beliebten Alsterschwäne, um die sich das Schwanenwesen in unserem Bezirk engagiert kümmert, haben im vergangenen Jahr eine harte Zeit durchgemacht – viele starben an der Vogelgrippe und anderen Krankheiten. Mit dem geplanten Neubau des Schwanenquartiers in Eppendorf wird es künftig besser möglich sein, sie und andere verletzte Wildtiere zu pflegen.

Schwäne, Wasservögel, aber auch die Natur insgesamt leiden unter der zuletzt stark gestiegenen Nutzung von Alster und

Kanälen. Im Jahr 2021 brachten wir zudem die Problematik wild lagernder Kanus an den Ufern ins Bewusstsein. Es wurden Lösungen zur Bootslagerung und zur Entfernung ordnungswidrig gelagerter Kanus entwickelt, die aber noch nicht zufriedenstellend umgesetzt werden konnten. Daran werden wir weiterarbeiten.

Wasser kann auch schnell zu einem Problem werden: Zu wenig Wasser führt zu sonnenverbrannten Grünflächen und schädigt besonders junge Straßenbäume. Zu viel Wasser wird bei Starkregen zum Problem, wenn der Boden lokal zu wenig Wasser speichern kann und deshalb die Kanalisation überläuft. Hier sind Lösungen notwendig, die mit dem Klimawandel einhergehende extreme Wettersituationen abmildern helfen.



## **DAS WOLLEN WIR:**

- ▶ Tragfähige Lösungen für das Problem der wild gelagerten Kanus, die die Ufervegetation zerstören und Wildtiere vertreiben – das betrifft sowohl die Lagerung als auch die Entfernung von Booten und die Renaturierung beschädigter Ufer
- ▶ Prozesse zur Entwicklung der Osterbek-Landschaftsachse, die Untersuchung zu einer Renaturierung des mittleren Laufs der Osterbek und das Projekt „Hamburg, deine Flussnatur“ intensiv begleiten, um Chancen für unsere Gewässer zu nutzen
- ▶ Die geplante Entwicklung der Flächen am Diekmoor in Langenhorn nutzen, um ökologische Verbesserungen für den Bornbach und das Regenrückhaltebecken zu erreichen, die diese besonders durch die Erderhitzung bedrohten Feuchtlebensräume widerstandsfähig machen

## Umwelt & Nachhaltigkeit

Ein gesundes Umfeld gehört zu den Bedingungen für ein gutes Leben in der Stadt. Lärm und Luftverschmutzung sorgen immer noch an vielen Stellen im Bezirk für Probleme. Wir begrüßen daher, dass immer öfter tagsüber oder zumindest nachts Tempo 30 angeordnet wird. Das reduziert den Lärm nachweislich um die Hälfte. Wir setzen uns daher weiterhin für mehr Tempo 30 zum Schutz der Anwohner\*innen ein und nutzen Spielräume, die die veränderte Straßenverkehrsordnung schon jetzt bietet.

Wir unterstützen weiterhin die notwendigen Maßnahmen, um die Luftverschmutzung so zu reduzieren, dass die Grenzwerte dauerhaft eingehalten werden. Durch die Verstärkung des Autoverkehrs bei geringeren Fahrgeschwindigkeiten sinkt die Luftbelastung ebenfalls. Bemühungen, die

Grenzwerte an neue wissenschaftliche Empfehlungen anzupassen, unterstützen wir ebenfalls.

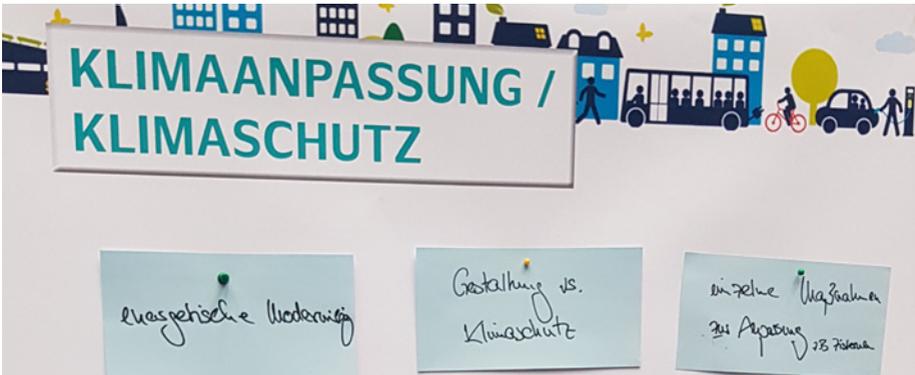
Der beste Müll ist der, der nicht entsteht – daher unterstützen wir Initiativen, die dafür sorgen, dass Gegenstände repariert und damit weiterverwendet werden können. Das geschieht beispielsweise in Repair-Cafés wie im ella Kulturhaus Langenhorn oder in der Welcome Werkstatt in Barmbek. Dort haben wir bereits Schulungen oder Anschaffungen gefördert.

Wir befürworten die Einrichtung öffentlicher Tauschorte. In der Vergangenheit haben wir bereits Tauschschränke auf dem Dulsberg, in Winterhude und auf der Uhlenhorst mitfinanziert. Damit wollen wir verhindern, dass Gegenstände einfach weggeworfen werden, die von anderen noch genutzt werden könnten.



### DAS WOLLEN WIR:

- ▶ Lärmschutz durch mehr Tempo 30 ausbauen
- ▶ Maßnahmen gegen Luftverschmutzung weiter unterstützen, Grenzwerte an neue wissenschaftliche Empfehlungen anpassen
- ▶ Repair-Cafés und andere Aktivitäten zur Vermeidung von Müll weiter fördern
- ▶ Unterstützung der Einrichtung öffentlicher Tauschbörsen



Beteiligungsveranstaltung zum Klimaschutz im Städtebau

# ***Klimaschutz & Klimaanpassung***

Zunehmende Extremwetterlagen, Hitze, Dürre und Starkregen führen uns deutlich vor Augen, dass der Klimawandel längst auch in Hamburg angekommen ist. Um die nicht mehr abwendbaren Folgen der Erderhitzung abzumildern, kommt es nicht nur auf globale und nationale Lösungen an – alle müssen mitmachen und jeweils ihren Teil beitragen, um die Klimaziele zu erreichen.

Selbst wenn der weitere CO<sub>2</sub>-Ausstoß sofort gestoppt würde – der Klimawandel wirkt sich ganz praktisch aus. Wir wollen, dass auch Hamburg gut aufgestellt ist! Deshalb müssen wir Maßnahmen ergreifen, um insbesondere Überhitzung, Dürre und Starkregeneignisse besser zu verkraften.

## ***Klimaschutz***

Im vergangenen Jahr legte das Klimateam des Bezirksamts das in vielen Beteiligungsrunden erarbeitete Integrierte Klimaschutzkonzept (IKK) für den Bezirk Hamburg-Nord vor. Es enthält unter anderem eine umfassende Analyse des Ist-Zustands und 55 Maßnahmen, die die Einsparung von CO<sub>2</sub> zum Ziel haben. Neben der Vorbildfunktion des Bezirksamts gehören dazu Maßnahmen im Bereich der Mobilität, der Stadtentwicklung, der Wirt-

schaft sowie der Vernetzung und Kommunikation. Dazu gehören beispielsweise die energetische Optimierung der Gebäude, die das Bezirksamt verwaltet, energetische Konzepte für Bestandsquartiere, die weitere Förderung von Rad- und Fußverkehr und die Fortführung von Kommunikationskampagnen und Treffen von Klimaakteur\*innen im Bezirk. Mit Hilfe dieser und vieler weiterer Maßnahmen gelangt Hamburg-Nord auf Klimakurs!

Die Mobilitätswende und Förderung des Umweltverbunds (Fuß-, Rad- und Nahverkehr) sind wichtige Bausteine zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung. Wir haben allein 2023 mehr als eine Million Euro in die Gehwegsanierung investiert. Das wollen wir fortsetzen!

Die Vorbildfunktion des Bezirksamts bei Bau und Sanierung der eigenen Gebäude ist uns bewusst: Wir streben, wie beim Jugendclub Wittenkamp oder beim Neubau des Bezirksamts in Barmbek, Fassadengrün, Dachbegrünung und Photovoltaik über das

gesetzlich Erforderliche hinaus an.

Gleichzeitig müssen wir versuchen, die Prozesse des natürlichen Klimaschutzes zu nutzen – indem CO<sub>2</sub>-bindende Vegetation ebenso wie im Boden gebundenes CO<sub>2</sub> gefördert und erhalten wird.

Die kommunale Wärmeplanung, die Klarheit darüber schaffen wird, in welchen Bereichen Fernwärme ausgebaut oder Nahwärmenetze errichtet werden sollen und können, unterstützen wir mit unserem lokalen Wissen.



## **DAS WOLLEN WIR:**

- ▶ Das Klimaschutzmanagement im Bezirk mindestens im bisherigen Umfang beibehalten, denn guter Klimaschutz braucht gute Leute
- ▶ Durch gute Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung der vielen Akteur\*innen im Bereich der Nachhaltigkeit im Bezirk Nord den Effekt des Integrierten Klimaschutzkonzepts (IKK) potenzieren
- ▶ Möglichst viele Maßnahmen des IKK umsetzen, um CO<sub>2</sub> zu sparen; dabei mit den effektivsten Maßnahmen beginnen, dann nach und nach die Übrigen abarbeiten
- ▶ Bei unseren Aktivitäten für Gehwegsanierung und -ausbau, Barrierefreiheit und Radverkehrsförderung nicht nachlassen
- ▶ Perspektivisch bezirkliche und bezirklich genutzte Gebäude klimaneutral betreiben
- ▶ Wie beim Jugendclub Wittenkamp oder beim Neubau des Bezirksamts in Barmbek Fassadengrün, Dachbegrünung, Photovoltaik auch über das gesetzlich Erforderliche hinaus anstreben
- ▶ Die Wärmewende für die Einwohner\*innen so einfach wie möglich machen: mit energetischen Quartierskonzepten auch in Bestandsquartieren; dafür werden wir ein geeignetes Pilotquartier auswählen
- ▶ Schluss machen mit Regeln, die den Klimaschutz zu stark bremsen – und daher die Vereinbarkeit von Milieuschutz und Photovoltaik erleichtern
- ▶ Bezirkliche Belange in die kommunale Wärmeplanung einfließen lassen, die in diesem Jahr abgeschlossen werden soll, und ihre spätere Umsetzung unterstützen

## Klimaanpassung

Anhaltende und extreme Hitze führt besonders bei älteren und geschwächten Personen zu einer höheren Sterblichkeit. Hamburg erstellt daher gerade einen Hitzeaktionsplan. Offener Boden und eine Pflanzendecke kühlen die Umgebung und bieten Raum zur Versickerung von Regenwasser. Wir wollen ein Pilotprojekt starten, um in einem besonders erhitzten Bereich der verdichteten Stadt durch begrünte Sonnensegel für Schatten und Abkühlung zu sorgen.

Zu wenig Wasser lässt Wiesen verdorren und Straßenbäume leiden – manuelle

Bewässerung kann nicht die Lösung sein. Zu viel Wasser wird bei Starkregen zum Problem, wenn der Boden lokal zu wenig Wasser speichern kann und deshalb die Kanalisation überläuft. Hier sind Lösungen notwendig, die mit dem Klimawandel einhergehende extreme Wettersituationen abmildern helfen. Eine zukunftsfähige Regenwasserbewirtschaftung in Zeiten des Klimawandels setzt darauf, Regenwasser auch zu speichern und zur Bewässerung zu nutzen. Hierbei soll das Bezirksamt mit einem Projekt bei einem bezirklichen Gebäude Vorbild werden.



An der Hufnerstraße wurden viele Flächen entsiegelt



## **DAS WOLLEN WIR:**

- ▶ Bei Straßenbauprojekten und in der Bebauungsplanung dafür sorgen, dass Regenwasser nicht länger ungenutzt abfließt – Stichwort „Schwammstadt“; dadurch auch Einsparungen bei der Niederschlagswassergebühr
- ▶ Mindestens ein Pilotprojekt zur Überflutungsvorsorge und Regenwassernutzung starten, vorzugsweise bei einem öffentlichen Gebäude
- ▶ Bei allen Baumaßnahmen versiegelte Flächen auf ein Minimum reduzieren; dabei entnommenes Großpflaster soll anderswo wiederverwendet werden, um Ressourcen zu schonen
- ▶ Ein Pilotprojekt starten, um in besonders erhitzten Bereichen der verdichteten Stadt durch begrünte Sonnensegel für Schatten und Abkühlung zu sorgen



# Mobilität

Auf Bezirksebene werden in Hamburg viele wichtige Entscheidungen der Mobilitätspolitik getroffen. Es ist das Bezirksamt, das für die meisten öffentlichen Wege und Straßen verantwortlich ist. Parkplätze, Fahrradstreifen, abgesackte Gehwegplatten – für all das ist das Bezirksamt zuständig. Neben dem großen Handlungsbedarf sehen wir in der Mobilitätspolitik auf Bezirksebene auch große Handlungsmöglichkeiten. Die Mobilitätspolitik ist zudem einer der längsten Hebel für den Klimaschutz auf Bezirksebene. Das wurde auch im 2023 erstellten Integrierten Klimaschutzkonzept sehr deutlich (vgl. Grafik 1, S. 33).

Im Jahr 2019 entfielen ca. 51% der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Bezirk auf Mineralölprodukte! Darin war Heizöl nicht einmal enthalten. Im Wesentlichen werden diese Emissionen daher vom Autoverkehr erzeugt. Das macht sehr deutlich, wo genau Handlungsbedarf besteht.

In den vergangenen Jahrzehnten wurde Hamburg-Nord für Menschen geplant, die mit dem Auto zum Arbeitsplatz pendeln. Ältere Menschen auf dem Weg zum Arzt, solche mit Geh- oder Sehbehinderungen beim Spaziergang, Menschen auf dem Weg zum Einkaufen und insbesondere auch Kinder

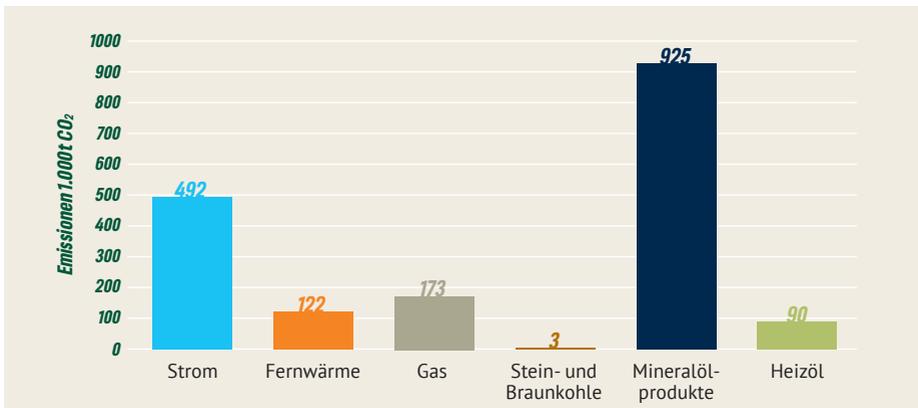
auf dem Weg zur Schule oder Kita hatten damals mit ihren Bedürfnissen hinter dem Pendelverkehr zurückzustehen. Die Folgen dieser Politik sehen wir noch heute: Auf Gehwegen zu parken, statt dort zu Fuß zu gehen, ist vielerorts ganz offiziell erlaubt, viele U- und S-Bahnstationen sind erst seit wenigen Jahren auch mit Rollator oder Kinderwagen erreichbar und an Schulen gibt es zwar schon lange extra Parkplätze für Lehrer\*innen, dafür ist es aber oft schwierig, vor der Schule die Straße zu überqueren, da die Fahrradeinfahrt zugeparkt ist und der Gehweg schon kurz hinter dem Schultor im Nichts endet.

GRÜNE Verkehrspolitik will dieses bislang autozentrierte Angebot reicher machen: Für uns ist die Mobilität aller Menschen wichtig, egal ob sie beruflich unterwegs sind oder privat. Die Mobilität von Kindern haben wir dabei noch einmal besonders im Blick.

Seit 2008 hat sich der Anteil aller Wege, die mit dem Fahrrad, dem ÖPNV oder zu Fuß zurückgelegt werden, von

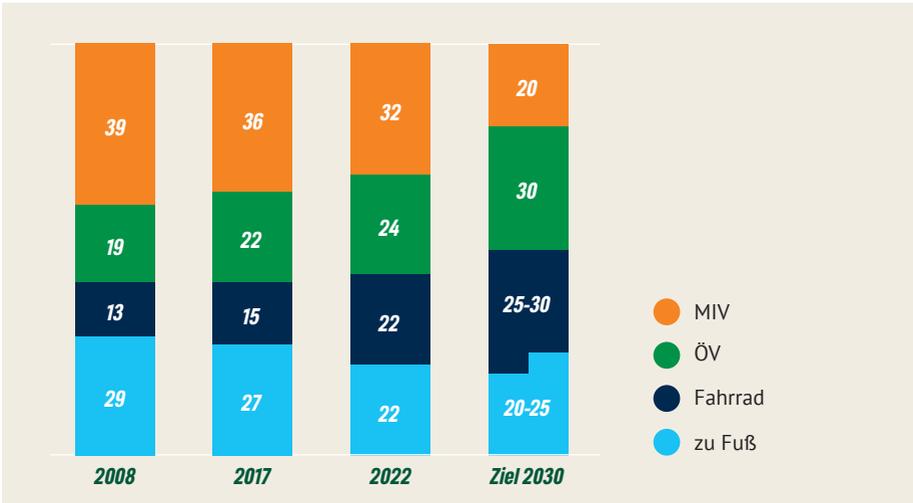
61% auf 68% erhöht. Diese positive Entwicklung hin zum Umweltverbund wollen wir weiter vorantreiben, auch mit mutigen Entscheidungen, um die Ziele der Verkehrswende für 2030 zu erreichen (vgl. Grafik 2, S. 34).

Wir wollen, dass die Menschen in Hamburg-Nord eine große Zahl an Verkehrsmitteln zur Auswahl haben. Wir sind davon überzeugt, dass die Verkehrsinfrastruktur die Wahl des Mittels stark prägt. Viele Menschen fahren mit dem Auto, weil das für sie am attraktivsten ist - denn es ist schnell, sicher und bequem. Aus diesen drei harten Faktoren in der Verkehrspolitik leiten wir unser Ziel ab: Wir wollen den Umweltverbund – also ÖPNV, Rad- und Fußverkehr – für möglichst viele Menschen zum attraktivsten Verkehrsmittel in Hamburg-Nord machen. Wenn ÖPNV, Rad fahren und zu Fuß gehen aber hinreichend schnell, sicher und bequem sind (gerade im Vergleich zum privaten Auto), dann werden sich auch viele Menschen dafür entscheiden.



QUELLE: EIGENE DARSTELLUNG / QUELLE: BEZIRKSAMT HAMBURG-NORD, KURZFASSENDEN INTEGRIERTEN BEZIRKLICHEN KLIMASCHUTZKONZEPTS

Grafik 1: CO<sub>2</sub>-Emissionen für den Bezirk Hamburg-Nord aufgeteilt nach Endenergieverbräuchen für das Jahr 2019



Grafik 2: Entwicklung des Modal Split in Hamburg

In den letzten Jahren konnten wir eine ganze Reihe von Projekten mit dieser Zielrichtung anstoßen und einige bereits abschließen:

- ▶ Am neu gebauten Pergolenviertel zwischen City Nord und S-Bahnhof Rübenkamp wurde der sogenannte Pergolenradweg im Rahmen der Veloroute 5 eröffnet: Eine asphaltierte Straße durchs Grüne, die vier Meter breit ist und auf der weit und breit kein Autoverkehr zu sehen ist. Der Fahrrad-Verband ADFC bewertet diese Strecke heute als den besten Radweg in Hamburg-Nord. Darauf sind wir sehr stolz!
- ▶ In einem Teil der Hufnerstraße in Barmbek-Nord – für Autos eine Einbahnstraße – gibt es nun einen geschützten Radfahrstreifen in Gegenrichtung, der mit einem hohen Bordstein von der Auto-Fahrbahn abgetrennt ist, obwohl er niveaugleich mit dieser auf Höhe der Fahrbahn ver-

läuft. So fühlen sich alle Radler\*innen sicher an einem Ort, an dem man vor dem Umbau nicht einmal Rad fahren durfte.

- ▶ In Eppendorf und Hoheluft-Ost sowie in Hohenfelde und auf der Uhlenhorst gibt es jetzt auf GRÜNE Initiative hin Parkraummanagement mit Bewohnerparken. Das bedeutet, dass Anwohner\*innen weiterhin mit einem günstigen Jahresticket parken können, alle anderen jedoch pro Stunde dafür zahlen müssen. Wenn sie vor Ort keine Gratisparkplätze mehr erwarten können, überlegen sich viele Menschen, ob das Auto wirklich die beste Wahl für ihren Weg ist.
- ▶ In ca. 110 Jahren U-Bahngeschichte in Hamburg wurden 4 U-Bahnlinien eröffnet. Seit wenigen Jahren wird an der fünften Linie gearbeitet – und zwar hauptsächlich in Hamburg-Nord. Wir freuen uns sehr, dass die ÖPNV-Erschließung für unseren Bezirk so noch besser werden wird.

- In Hoheluft-Ost ist es uns GRÜNEN gelungen, endlich den Fußverkehr in den Mittelpunkt zu rücken: In mehreren Wohnstraßen wurde nach intensiver Debatte das teilweise zuvor schon nicht erlaubte Parken auf dem Gehweg nun auch tatsächlich unterbunden. Außerdem wurden Sitzbänke sowie zahlreiche Fahrradbügel installiert. Diese bieten neue Anschlussmöglichkeiten für Räder, sodass nun weniger Menschen als zuvor ihre Räder an den Grundstückszäunen anschließen. Dort verengten sie oftmals den Gehweg.

Gerade in den Debatten zur Fußverkehrsstrategie Hoheluft-Ost wurde besonders wenig über Fußverkehr gesprochen – und umso mehr über Parkplätze. Um Fußverkehr, Radverkehr und ÖPNV aber schneller, bequemer und sicherer zu machen, brauchen diese mehr von unserem knappen Platz in der Stadt. Da wir Bäume erhalten wollen, ist solch eine Steigerung der Attraktivität meist nur bei gleichzeitiger Aufgabe von Parkplätzen möglich. Für uns GRÜNE ist deshalb klar: Die Verkehrswende darf nicht am Erhalt von Parkplätzen scheitern.

## **Fußverkehr**

Jeder Weg beginnt und endet zu Fuß. Das gilt oft auch, wenn man das Auto nutzt, ganz besonders aber, wenn man mit dem ÖPNV unterwegs ist. Zudem sind es gerade die besonders schutzbedürftigen Menschen, die zu Fuß unterwegs sind: Solche mit Geh- und Sehbehinderungen sowie natürlich Kinder. Wir wollen daher den Fußverkehr in den Mittelpunkt stellen. Er wurde in den vergangenen Jahrzehnten trotz seiner zentralen Bedeutung für die Mobilität vielfach vernachlässigt. Zwar laufen nur wenige Menschen von Hohenfelde nach Langenhorn, aber sehr viele zum Wochenmarkt, zu Ärzt\*innen oder Friseur\*innen. Gerade diese Mobilität der kurzen Wege wollen wir vereinfachen. Dafür kommt es auf die Infrastruktur an. Gehwege müssen daher hinreichend breit (mindestens zwei Meter), barrierefrei nutzbar, gut beleuchtet, mit Platten befestigt, arm an Stolperfallen und zudem in regelmäßigen Abständen mit Bänken zum Ausruhen ausgestattet sein.

Erwachsene Radler\*innen auf dem Gehweg gefährden Menschen mit Geh- und Sehbehinderungen gerade in deren Schutzraum, daher lehnen wir straßenbegleitende gemeinsame Geh- und Radwege ab (sowohl solche mit einer Benutzungspflicht als auch solche, auf denen Radfahren erlaubt ist („Fahrrad frei“)). Neu gestaltete Gehwege sollen immer abgetrennt vom Radverkehr verlaufen, z. B. durch einen Grünstreifen oder eine Bordkante. Eine solche Trennung erfordert Platz – fast immer mehr, als Fuß- und Radverkehr bislang zugestanden wurde. Dieser Platz wurde bislang anders genutzt. Da wir auch weiterhin möglichst alle Straßenbäume erhalten wollen, ist für uns klar, dass eine konsequente Förderung von Fuß- und Radverkehr nur möglich ist, wenn wir dafür bislang von Autos genutzte Flächen in Anspruch nehmen – meist bedeutet das, dass es in Zukunft weniger Parkplätze geben wird.

Gerade an Bushaltestellen und Ampeln kommt es besonders oft zu Konflikten zwischen Fuß- und Radverkehr. Daher wollen wir hier dafür sorgen, dass die Wege von zu Fuß Gehenden nicht von Radwegen geschnitten werden.

Neben dem Radverkehr ist oft auch Dunkelheit für zu Fuß Gehende ein Problem. Stolperfallen wie Wurzeln von Bäumen sind im Dunkeln z. B. nicht mehr gut zu sehen. Auch fühlen sich viele Menschen auf dunklen Gehwegen nicht sicher. Wir wollen daher, wann immer wir von dunklen Gehwegen erfahren, prüfen, ob dort die technischen Standards für Helligkeit eingehalten werden und bei Bedarf nachbessern. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass als Kriterium für die Wahl und Platzierung der Beleuchtung nicht allein die Verhinderung schwerer Unfälle (an denen üblicherweise die Autos auf der Fahrbahn beteiligt sind) ausschlaggebend ist, sondern auch eine ausreichende, ein Sicherheitsgefühl schaffende Helligkeit auf Gehwegen.

Zu Fuß haben Menschen oftmals Schwierigkeiten, die Fahrbahn zu überqueren: Parkende Autos stehen im Weg und versperren insbesondere die Sicht auf Kinder. Daher wollen wir als einfaches Mittel gezielt feste Lücken in durchgehenden Parkstreifen (z. B. beim Parken am Fahrbahnrand in Wohngebieten) etablieren, damit Menschen zu Fuß auch abseits von Kreuzungen und Einmündungen die Fahrbahn queren können.

Für den Fußverkehr haben wir uns eine Reihe konkreter Projekte vorgenommen: Die Fußverkehrsstrategie Hoheluft-Ost, die diesen Stadtteil zum Hamburger Musterquartier für den Fußverkehr

macht, wollen wir weiter umsetzen. Dazu gehört, die parkenden Autos in der Löwenstraße und dem Falkenried so zu ordnen, dass die Gehwege wenigstens mit Mindestbreite zwei Meter frei passierbar werden. Das bedeutet auch, hinreichend Fahrradbügel zu installieren, damit nicht länger parkende Fahrräder am Zaun den Gehweg einschränken.

Aufbauend auf den Erfahrungen aus Hoheluft-Ost wollen wir auch die Fußverkehrsstrategie Alsterdorf umsetzen. Insbesondere im Herzen von Alsterdorf, an der Alsterdorfer Straße zwischen Carl-Cohn-Straße und Heubergredder, wollen wir die Gehwege auf der Nordseite zulasten der hier ohnehin recht weiten Fahrbahn verbreitern. Für den Suhrenkamp fordern wir zudem, die Gehwege dort auf ganzer Länge mit Platten zu befestigen und eine Mindestbreite von zwei Metern frei von parkenden Autos zu halten.

Der Alsterwanderweg wurde in einigen Abschnitten bereits barrierearm hergerichtet. Hier ist es uns wichtig, dass die Baumaßnahmen zügig weiter umgesetzt werden, damit endlich auch Menschen mit Rollstuhl oder Rollator den Alsterlauf besser und selbstständiger erleben können. Nach Abschluss der Bauarbeiten am Wanderweg und des Umbaus der Rathenausstraße zur Fahrradstraße können wir uns gut vorstellen, den Wanderweg mit regelmäßigen Umlaufsperrern gegen schnellen Radverkehr zu sichern.

Wir wollen eine Fußverkehrsstrategie für Barmbek-Süd erarbeiten lassen. Diese soll anders als die bisherigen Strategien für Hoheluft-Ost und Alsterdorf nicht vor allem neue, praktikable Instrumente für den Fußverkehr entwickeln, sondern die

bekannten und erprobten Instrumente in einem Bauprogramm für Barmbek-Süd zur Anwendung bringen. Dabei können auch Kfz-Durchfahrtssperren zur Anwendung kommen sowie eine Neuaufteilung einer der beiden Richtungsfahrbahnen des Pfenningsbusches untersucht werden.

Nimm 2: Erst mit mindestens zwei Metern Breite ist ein Gehweg ausreichend breit. In vielen Straßen parken Autos ganz oder teilweise auf dem Gehweg – manchmal erlaubt, oft nur stillschweigend geduldet. Obwohl der Gehweg eigentlich breit genug ist, ist er nicht voll nutzbar. Rollstuhlfahrer\*innen und Eltern mit Kinderwagen kommen hier nicht aneinander vorbei. Das soll sich ändern: Wir wollen eine Offensive für freie Gehwege starten: Gehwege den Fußgänger\*innen! Dazu soll das Bezirksamt auf Polizei und Landesbetrieb Verkehr zugehen und mit ihnen vereinbaren, dass bereits heute geltende Parkregeln auch tatsächlich durchgesetzt werden. Zudem wollen wir die Polizei auffordern, Anordnungen zum legalen Gehwegparken aufzuheben oder so zu verändern, dass mindestens eine Breite von zwei Metern frei begehbar bleibt. Das kann z. B. erreicht werden, indem man längs parkende Autos vom Gehweg auf die Fahrbahn verlagert. Diese Lösung stellen wir uns z. B. für die Jarrestraße vor.

Oftmals beklagen sich Fußgänger\*innen über den schlechten Zustand der Gehwege im Bezirk. Das liegt daran, dass bislang nur größere „Gefahrenstellen“ geflickt wurden. Das Bezirksamt hat in der aktuellen Legislatur gezeigt, wie GRÜNE Verwaltung geht, und begonnen, Gehwege auch unabhängig von einem Umbau der gesamten Straße in großem Stil zu

saniieren. Wir wollen, dass noch zahlreiche weitere Gehwege saniert werden und setzen uns bei der Verkehrsbehörde dafür ein, auch weiterhin entsprechende Mittel zu erhalten – für lebenswerte Stadtteile, in denen Kinder, Ältere und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen gut unterwegs sein können.

Die Wege von Menschen mit Rollator oder Rollstuhl enden oftmals vor einer hohen Bordsteinkante. Diese sind an einmündenden Straßen auch heute noch an vielen Stellen nicht abgesenkt. Vergangene Versuche, das zu ändern, haben deutlich gemacht, dass der Umbau gemäß aktueller Standards nicht nur sehr teuer ist, sondern auch erhebliche Personalressourcen im Bezirksamt bindet. Wir fordern daher, dass die Verwaltung offener für einfache Übergangslösungen sein sollte: Statt das Problem lange vor sich her zu schieben, sollte versucht werden, in großem Stil an alle betroffenen Bordsteinkanten eine kleine Rampe aus Asphalt anzugießen. Diese wäre gemäß der technischen Standards zwar zu steil, würde die Querung aber für eine ganze Reihe von weniger stark eingeschränkten Menschen ermöglichen. Im Fußverkehrs-Musterstadtteil Hoheluft-Ost wollen wir einen entsprechenden Versuch starten.

Wir sind sicher: Was Heidelberg, Mainz oder Aschaffenburg können, das können wir in Hamburg auch! Denn in zahlreichen Städten Deutschlands gibt es Zonen für Fußgänger\*innen. In Hamburg mit seinen vielen Zentren sind sie noch sehr wenig verbreitet. In Hamburg-Nord mit immerhin 322.000 Einwohner\*innen – so viele wie z. B. in Münster – gibt es tatsächlich keine einzige echte Zone, die ausschließ-

lich Fußgänger\*innen vorbehalten ist. Das wollen wir ändern! Wo Cafés und andere Gastronomie die Straßenflächen großzügig nutzen können und es mehr Raum für Grün und das Verweilen gibt, entstehen lebendigere und lebenswertere Quartiere. Dort ist entspanntes Schlendern auf der Straße möglich. Und beim Stehenbleiben vorm Schaufenster wird nicht gleich der Gehweg blockiert. Studien zeigen zudem klar: Eine Fußgänger\*innenzone ist für die meisten Einzelhändler\*innen ein echter Standortvorteil – gerade auch gegenüber dem Onlinehandel – mit mehr Umsatz als vor der Umgestaltung.

Wir können uns Fußgänger\*innenzonen zum Beispiel in der Eppendorfer Landstraße und in der südlichen Fuhlsbüttler Straße vorstellen. Ganz besonderes Potenzial sehen wir aber im Mühlenkamp. Hier wird der Fußverkehr heute auf engem Raum an den Rand gedrängt, obwohl das Fußverkehrsaufkommen hier außerordentlich hoch ist. Auch der für eine Fußgänger\*innenzone typische Einzelhandel sowie natürlich die Gastronomie sind heute auf ganzer Länge bereits vorhanden. Wir wollen überall in einen Diskussionsprozess mit Anlieger\*innen (und wegen des Busverkehrs der Hochbahn), aber auch den anderen Nutzenden gehen, um Möglichkeiten der Einrichtung von Zonen nur für den Fußverkehr zu prüfen.

In der aktuellen Legislatur wurde ein Gutachten vorgestellt, das mögliche Zukunftsperspektiven für den Stadtpark aufzeigt. Einige der Anregungen daraus wollen wir aufnehmen: Den Südring wollen wir zwischen Wiesenstieg und Stadthallenbrücke für Fuß- und Radverkehr reservieren. So wird der Südring – auch über

den gesperrten Abschnitt hinaus – zu einer autoarmen, attraktiven Route für den Radverkehr. Auch Inlineskater\*innen werden hier auf ihre Kosten kommen können.

Inline-Skating können wir uns auch gut in der Otto-Wels-Straße vorstellen, die den Stadtpark heute in zwei Teile zerschneidet. Wir wollen diese Teile perspektivisch wieder zusammenwachsen lassen. Dafür wollen wir die Otto-Wels-Straße, wie im Stadtparkgutachten vorgeschlagen, temporär und versuchsweise für privaten motorisierten Verkehr sperren: zunächst an Wochenenden im Sommer, später den ganzen Sommer lang.

Inline-Skating und Spielen auf der Straße sollte in Hamburger Wohngebieten ganz normal werden. Heute sind wir davon gerade in verdichteten, urbanen Quartieren aber weit entfernt. Daher wollen wir uns ein Beispiel an Städten wie Barcelona, Wien oder Leipzig nehmen und ein Quartier in Hamburg-Nord zu einem „Superblock“ umgestalten. Das bedeutet, dass durch zahlreiche Durchfahrtsperren kein Kfz-Durchgangsverkehr mehr möglich ist. Grundstückszufahrten und Tiefgaragen können weiterhin erreicht werden, die Autos werden aber immer auf kurzen Wegen zurück zur nächsten größeren Straße geleitet. Natürlich bleibt die Zugänglichkeit für Feuerwehr, Rettungswagen und Müllfahrzeuge gegeben. Im Rahmen dieser größeren Umgestaltung wollen wir im Quartier auch die Gehwege von Autos freihalten und genügend Fahrradbügel einbauen. Wir können uns eine solche Umgestaltung in Hoheluft-Ost, in der Jarrestadt oder auf der Uhlenhorst gut vorstellen.

Der Wiesenstieg hat so viel ungenutztes Potenzial! Er ist heute eine sehr

konfliktreiche Strecke – sowohl Radler\*innen als auch viele Menschen zu Fuß wollen von der Jarrestadt zum Stadtpark oder andersherum – und das auf nur knapp zwei Metern Breite. Hier wollen wir gleich doppelt ansetzen: Zum einen soll der Wiesenstieg, wie im Stadtparkgutachten vorgeschlagen, verbreitert werden, wofür die Hecken zurückversetzt und auf das übliche Kleingarten-Maß gestutzt werden müssen. So werden auch die Gärten für die Öffentlichkeit wieder wie vorgesehen sichtbar gemacht. Außerdem wollen wir einen neuen Weg von der Parkseebrücke am Ufer des Goldbekkanals entlang bis fast an den Bahndamm heranschaffen. So kann sich künftig das Aufkommen zu Fuß und zu Rad auf zwei Wege verteilen – und das Ufer des Kanals wird für alle erlebbar.

Die Bilder des Highline Park in New York gingen um die Welt: Neue Wege, die den Menschen geöffnet werden, fungieren oft als Besuchermagnet und neue Lieblingsplätze in der Stadt. Dieses Potenzial gibt es auch bei uns in Hamburg-Nord. Grün erlebbar machen wollen wir auch in der Hindenburgstraße: Hier schlägt das Stadtparkgutachten einen sehr großen Wurf vor: Die Idee ist, eine der beiden Richtungsfahrbahnen durch eine Grünanlage mit Rad- und Gehweg zu ersetzen. Zusammen mit dem vorhandenen Mittelstreifen, der in Alsterdorf sehr breit ist und über mächtige Bäume verfügt, würde hier eine ganz neue Grünachse vom Stadtpark bis zum Alsterlauf entstehen. Die Grundschüler\*innen aus Alsterdorf hätten endlich einen sicheren Weg zur Carl-Cohn-Schule.

Eine ähnlich große Umgestaltung wollen wir für die Fußgänger\*innen in

Barmbek-Süd auf den Weg bringen. Dass der Barmbeker Markt dem Namen entsprechend genutzt wurde, ist heute kaum mehr vorstellbar – auf über 40 Metern baumloser Breite sind nur Autos vorgesehen – sieben Fahrspuren, drei Längsparkstreifen und ein Schrägparkstreifen. Hier wollen wir einen Teil des Magistralenkonzeptes umsetzen und den Teil östlich des U-Bahn-Viaduktes entsiegeln. Wir wollen eine Fläche schaffen, wo sich Wasser sammeln und versickern kann – eine Fläche mit Aufenthaltsqualität für Menschen. Solche Maßnahmen der Klimaanpassung, um das Regenwasser in der Stadt zu halten, statt schnell abfließen zu lassen, werden wir in Zukunft noch viel mehr brauchen. Das gesammelte Wasser kann dann gleich die neu gepflanzten Bäume in einer attraktiven Grünanlage bewässern.

Auch für die Lübecker Straße in Hohenfelde schlägt das Magistralenkonzept eine neue Aufteilung des öffentlichen Raumes zu Gunsten der Aufenthaltsqualität vor. Im Straßenverlauf der Lübecker Straße wollen wir uns dafür einsetzen, die Zahl der Auto-Fahrspuren – insbesondere zwischen Alfredstraße und Landwehr – zu verringern. Durch eine Verswenkung der verbliebenen Fahrbahnen soll die Aufenthaltsqualität unter anderem mit Baumpflanzungen und mehr Platz für Fußgänger\*innen verbessert, der lokale Einzelhandel sowie die Gastronomie und der in Richtung St. Georg fahrende Radverkehr gestärkt werden.

Im öffentlichen Raum werden die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen oft nicht ausreichend berücksichtigt. Von Kindern wird erwartet, dass sie auf

den Autoverkehr Rücksicht nehmen. Das schränkt sie in ihrer Mobilität erheblich ein, da sich besonders kleinere Kinder kaum noch selbstständig in der Stadt bewegen können. Weil sie einfach kleiner sind, werden Kinder hinter parkenden Autos nicht gesehen. Wir werden daher besonders darauf achten, dass an Querungsstellen die Sichtbeziehungen nicht zugesperrt werden.

Durch das hohe Maß an Autoverkehr in unserer Stadt haben viele Eltern Angst, ihre Kinder selbstständig zur Schule gehen zu lassen und bringen sie daher „zur Sicherheit“ mit dem Auto. Regelmäßig entstehen morgens und nachmittags gefährliche Situationen direkt vor Schuleingängen und Kitas, weil die meisten Elterntaxis ihre Kinder direkt bis vor das Schultor fahren wollen. Wir wollen daher das Halten im unmittelbaren Eingangsbereich unmöglich machen. Beginnen wollen wir damit an der Albert-Schweitzer-Schule und der Adolph-Schönfelder-Schule. Außerdem können wir uns gut vorstellen, vor dem Eingang von Schulen nach Berliner Vorbild eine sogenannte „Schulzone“ einzurichten. Das bedeutet, dass der Straßenabschnitt vor dem Eingang einer Schule für Autos gesperrt wird, ggf. zunächst teilweise nur zu den Schulzeiten.

Fördern wollen wir auch weiterhin das Projekt „Laufbus“. Die Idee dabei ist, dass mehrere Kinder – als „Laufbus“ – einen festen Schulweg zu einer festen Uhrzeit nutzen und an mehreren „Haltestellen“ immer mehr weitere Kinder „einsteigen lassen“. Durch ihre größere Zahl werden die Kinder besser wahrgenommen und sind so sicherer unterwegs als allein. Durch die höhere Sicherheit lassen mehr

Eltern ihre Kinder allein zur Schule gehen, auch ohne Laufbus.

Wir setzen uns auch weiter dafür ein, dass es bei Tempo 30 vor Kitas, Schulen, Krankenhäusern und Senior\*innenresidenzen endlich keine Hamburg-gemachten Ausnahmen von der bundesgesetzlichen Regel mehr gibt. Das sorgt für mehr Ruhe und leichtere Querbarkeit der Fahrbahnen. Von Tempo 30 profitieren aber nicht nur Fußgänger\*innen, sondern alle Menschen: Mit dem Rad auf der Fahrbahn wird man bei Tempo 30 viel seltener von Autos überholt als bei Tempo 50. So wird Radeln angenehmer und fühlt sich auch sicherer an. Für Autofahrer\*innen wird der Bremsweg deutlich kürzer, auch das zählt auf die Verkehrssicherheit insgesamt ein.

Mit Zebrastreifen haben viele Menschen sehr gute Erfahrungen gemacht. Die allermeisten Autofahrer\*innen halten an Zebrastreifen direkt an, wenn Menschen am Fahrbahnrand stehen. Daher wollen wir dieses bewährte Instrument in Zukunft noch häufiger einsetzen, auch gerne in Kombination mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30.

Für viele Menschen sind E-Scooter ein echtes Problem. Einige Nutzer\*innen stellen diese leider so ab, dass der Gehweg stark eingeschränkt oder sogar blockiert wird. Dieses Problem besteht in Hamburg nun schon seit längerem. Wir fordern daher als ersten Schritt, dass alle Leih-Anbieter\*innen in Hamburg ihre Nutzer\*innen zu einer Foto-Dokumentation verpflichten, um ein korrektes Abstellen ohne übermäßige Beeinträchtigung des Gehwegs nachzuweisen. Mittelfristig fordern wir, dass E-Scooter gar nicht mehr frei abgestellt, sondern nur noch an mar-



kierten Stationen zurückgegeben werden dürfen. Diese müssen nicht zwingend physisch gekennzeichnet werden, sondern können auch als digitale Abstellfläche hinterlegt sein.

Uns ist es wichtig, Fußgänger\*innen vor Beeinträchtigungen durch Radverkehr zu schützen! Deshalb werden wir auch weiterhin vom Senat eine Umgestaltung der Langenhorner Chaussee einfordern: Das aktuelle „Provisorium“ mit schnell fahrenden Rädern auf dem Gehweg besteht nun schon viel zu lange. Eine Verlagerung des Radverkehrs auf die Fahrbahn nach einem radfreundlichen Umbau würde Kindern und Menschen mit Behinderungen dagegen nachhaltig vor den Gefahren des Radverkehrs schützen.

In der Verkehrspolitik geht es meist um die verschiedenen Mobilitätsbedürf-

nisse von Menschen. Unser öffentlicher Raum dient aber nicht nur dazu, von A nach B zu kommen. Gerade für den Fußverkehr spielt auch das Verweilen und die Aufenthaltsqualität eine große Rolle. Dazu tragen Straßenbäume besonders bei. In den letzten Jahren war Hamburg-Nord besonders gut darin, gefälltte Straßenbäume auch tatsächlich nachzupflanzen. Deshalb muss auch weiterhin gelten: Wenn im Rahmen von Straßenplanungen Bäume gefällt werden, so müssen diese mindestens 1:1 nachgepflanzt werden. Die neuen Standorte zu finden, muss dabei ein integraler Bestandteil der Verkehrsplanung sein, auch wenn diese außerhalb des eigentlichen Plangebietes liegen. Wir wollen in der kommenden Legislatur noch einen Schritt weiter gehen. Wir wollen, dass das Bezirksamt aktiv

nach Straßen sucht, in denen Neupflanzungen von Straßenbäumen möglich sind. So könnte man z. B. Längsparkstrei-

fen, die bislang nicht über Bäume verfügen, regelmäßig für einen Baumstandort unterbrechen.



## **DAS WOLLEN WIR:**

- ▶ Endlich Gehwege schaffen, die den Fußverkehr ernst nehmen: mindestens zwei Meter breit, mit Platten befestigt, barrierefrei, gut beleuchtet, ohne Stolperfallen und ohne Autos darauf
- ▶ Fußverkehr und Radverkehr an Straßen konsequent trennen, besonders an Kreuzungen und Bushaltestellen
- ▶ Hoheluft-Ost, Alsterdorf und Barmbek-Süd mit den Fußverkehrsstrategien zu Musterquartieren für den Fußverkehr machen
- ▶ Gehwege für Fußgänger\*innen und Kinder reservieren: Mit Polizei und Landesbetrieb Verkehr gegen bislang geduldetes Falschparken auf Gehwegen vorgehen
- ▶ Stolperfallen beseitigen: Bezirksliches Sanierungsprogramm für Gehwege fortsetzen
- ▶ Im Café die Sonne genießen, mitten auf der Straße flanieren, vor Schaufenstern bummeln & einkaufen – eine Fußgänger\*innenzone einrichten, z. B. im Mühlenkamp
- ▶ Stadtpark für den Fußverkehr: Den Südring schon bald für Autoverkehr sperren, die Otto-Wels-Straße temporär im Sommer
- ▶ Eine neue Grünachse vom Stadtpark zum Alsterlauf: Eine der beiden Fahrbahnen der Hindenburgstraße zur Grünanlage machen – für einen sicheren Schulweg
- ▶ Einstieg in die Umsetzung des Magistralenkonzepts
- ▶ „Superblock“: Ein erstes Quartier in Hamburg-Nord gegen Durchgangsverkehr sichern und so verkehrsberuhigen
- ▶ Tempo 30 endlich vor allen Kitas, Schulen, Krankenhäusern und Senior\*innenresidenzen einführen – ohne Ausnahmen
- ▶ Straßenbäume erhalten und, wo Fällungen für die Verkehrswende zwingend notwendig sind, mindestens 1:1 nachpflanzen

## Radverkehr

Der Radverkehr ist der Verkehrsträger, der in Hamburg in den letzten Jahren am stärksten gewachsen ist (vgl. Grafik auf Seite 34). Diese Entwicklung ist sicherlich auch auf die neue, attraktivere Infrastruktur zurückzuführen: Mehr Menschen als früher erreichen ihr Ziel am schnellsten, bequemsten und sichersten mit dem Fahrrad. Das zeigt uns, dass die GRÜNE Politik der vergangenen Jahre in die richtige Richtung weist. Trotzdem sieht man noch Menschen auf Gehwegen Fahrrad fahren, auch neben kürzlich neu geschaffenen Radfahrstreifen – oftmals sind dies Senior\*innen und Jugendliche. Offenbar fühlen Teile dieser beiden Gruppen sich auf den bislang geschaffenen Radwegen nicht sicher genug. Stärker als bislang wollen wir künftige Radwege daher an den Interessen dieser beiden Gruppen ausrichten: Wenn neue Radwege auch von Senior\*innen und Jugendlichen gut angenommen werden, so ist dies ein klares Zeichen, dass alle sich hier sicher fühlen.

Das kann beispielsweise bedeuten, dass wir uns in Zukunft statt für Radfahrstreifen eher für Protected Bike Lanes oder für Kopenhagener Radwege einsetzen werden, da diese eine höhere subjektive Sicherheit vermitteln. Dabei darf die *objektive* Sicherheit natürlich nicht auf der Strecke bleiben: Radwege, die hinter parkenden Autos versteckt sind, bleiben für uns auch weiterhin tabu. Rechts abbiegende Autos könnten so leicht die vorfahrtsberechtigten geradeaus fahrenden Radler\*innen übersehen. Das haben viel zu viele tödliche Rechtsabbiegeunfälle auch in Hamburg in den letzten Jahren deutlich gemacht. Uns ist wichtig, dass Straßen von außen nach innen geplant werden: Erst wenn ein regelgerechter Gehweg und ein

ebensolcher Radweg vorhanden sind, kann über zusätzliche Fahrspuren oder Parkplätze für Autos nachgedacht werden.

Das entscheidende Jahr für die Verkehrswende ist 2030: Für dieses Jahr haben Stadt und Bund sich viele Ziele gesetzt – bis dahin bleibt nur noch wenig Zeit. Gleichzeitig sind Mittel zum Straßenbau, noch viel mehr aber die Kapazitäten beim Bezirksamt sowie in der Bauwirtschaft, beschränkt. Diese Herausforderung nehmen wir mit Kreativität und Pragmatismus an! Daher wollen wir Kfz-Durchfahrtsperren, sogenannte Modalfilter, ins Zentrum unserer Radverkehrspolitik rücken. Im einfachsten Fall bedeutet eine Kfz-Durchfahrtsperre, dass quer über eine Straße oder Kreuzung eine Reihe Poller eingebaut wird, sodass kein Auto mehr durchpasst – Fahrräder aber schon. Auf diese Weise wird der Kfz-Durchgangsverkehr aus Straßen komplett ferngehalten. Es fahren nur noch Autos in die Straße ein, deren Ziel unmittelbar in der betroffenen Straße noch vor der Sperre liegt. Dadurch sinkt das Auto-Aufkommen in der Straße deutlich, dies wirkt sich auch noch weit von der Sperre entfernt aus. Mit nur sehr wenig Autoverkehr auf der Fahrbahn wird es in fast allen Fällen attraktiv, auf der Fahrbahn Rad zu fahren – ganz ohne weiteren Umbau! Wir wollen daher mit diesem Werkzeug, das optimal geringe Baukosten mit kurzer Bauzeit kombiniert, die Verkehrswende beschleunigen. Möglicherweise müssen diese Durchfahrtsperren verwaltungsrechtlich als „Teilentswidmung“ umgesetzt werden: Ein kurzes Stück einer Straße wird so nur noch dem Fuß- und Radverkehr gewidmet, und eben nicht mehr dem Autoverkehr.

Für Kfz-Durchfahrtssperren bieten sich insbesondere die Velorouten (VR) an. Auf der Von-Essen-Straßen-Brücke (VR 6) muss endlich eine Durchfahrtssperre den Kfz-Durchgangsverkehr draußen halten. Den Charakter der Rathenastraße (VR 4) wollen wir komplett ändern: Von einer Tempo-50-Straße mit viel Durchgangsverkehr heute zu einer ruhigen Fahrradstraße am Wasser – mit mindestens zwei Durchfahrtssperren im Verlauf. Dazu wollen wir auch hinnehmen, dass diese Änderung zu mehr Autoverkehr auf parallelen Routen führen wird. Darüber hinaus wollen wir den Immenhof (VR 6), Beim Alten Schützenhof (VR 13), die Bachstraße (VR 13), den Fuhsbütteler Damm (VR 4), den Wacholderweg (VR 4) und die südliche Moorreye (VR 4) mit einer solchen Durchfahrtssperre ausstatten.

Wo immer signifikanter Kfz-Durchgangsverkehr auf einem Abschnitt unseres Radroutennetzes unterwegs ist, auf dem auch viele Radler\*innen auf der Fahrbahn fahren, wollen wir den Kfz-Durchgangsverkehr mit einer solchen Sperre draußen halten und die Route so für den Radverkehr attraktiver machen. Für den Autoverkehr ist weiterhin jede Adresse erreichbar, er wird allerdings in Zukunft häufiger auf direktem Wege zur nächsten Hauptverkehrsstraße geleitet, weil der Weg quer durch das Wohnquartier für Autos nicht mehr frei ist. Das geringe Kfz-Verkehrsaufkommen auf der Fahrbahn dient dem Ziel, diese für den Radverkehr so attraktiv zu machen, dass auch Senior\*innen und Jugendliche nicht mehr auf dem Gehweg radeln.

Doch auch jenseits der Velorouten wollen wir das Radnetz ausbauen. Auch hier sehen wir in vielen Fällen Kfz-Durchgangssperren als das Mittel, das mit wenig Bau-Aufwand viel Verkehrswende bringt. In

der Martinstraße in Eppendorf wollen wir den Abschnitt zwischen UKE und Eppendorfer Park mit einem Modalfilter für Rad- und Busverkehr reservieren. Hier benötigen wir eine Lösung, die den Buslinien weiterhin eine Durchfahrt ermöglicht.

Die Sperrung des Südringes im Stadtpark für Autoverkehr wollen wir durch eine Kfz-Durchfahrtssperre zwischen Stadthaltenbrücke und Saarlandstraße ergänzen. So könnte der Autoverkehr nur noch durch das nördliche Ende des Südringes die Parkplätze am Kanal erreichen, dafür könnten Radler\*innen von der Kreuzung Hellbrookstraße aus direkt in die Stadthaltenbrücke abbiegen, ohne dort erneut an Ampeln warten zu müssen.

In Langenhorn wollen wir den Schüler\*innen an der neuen Schule am Grellkamp einen sicheren Schulweg ermöglichen. Dafür wollen wir den Grellkamp auf Höhe Kulenstück abpollern, um den Kfz-Durchgangsverkehr aus dem Quartier herauszuhalten. So würde es auch für die Schüler\*innen der neuen Schule am Grellkamp attraktiver, mit dem Fahrrad zur Schule zu fahren.

Der Velorouten-Ausbau ist bis heute noch nicht abgeschlossen. Das wollen wir in der kommenden Legislatur ändern. Der Straßenzug Saarlandstraße, Schleidenstraße, Biedermannplatz, Adolph-Schönfelder-Straße muss dafür endlich zur VR 5 ausgebaut werden. Der „Barmbeker Stern“, die Kreuzung aus Weidestraße, Reesestraße, Barmbeker Markt, Dehnhaid und Hamburger Straße soll so neu geplant werden, dass die Zahl der Auto- Fahrspuren verringert wird und eine vereinfachte Führung für den nordwärts auf der VR 5 fahrenden Verkehr entsteht. Die VR 13 wollen wir aus dem schmalen Mühlenkamp heraus auf die Route Klärchenstraße – Cäcilienstraße –

Dorotheenstraße – Poelchaukamp verlegen. In Eppendorf wollen wir die Goernestraße (Ost) als Fahrradstraße gestalten (VR 13).

Für die sicherlich lange Bauzeit der U5 fordern wir eine temporäre Lösung für die VR 13 auf der Barmbeker Straße im Abschnitt Gertigstraße bis Bachstraße. Im Verlauf der VR 6 muss man heute oftmals an der Richardstraße anhalten und dort Fahrenden Vorfahrt gewähren, obwohl die Richardstraße nur eine Bezirksstraße ist. Wir wollen daher die Richardstraße zur Tempo 30 Zone umbauen, um so eine Vorfahrtsregelung der Veloroute gegenüber der Richardstraße zu ermöglichen. Die VR 7 in der Angerstraße (Hohenfelde) muss durch ihre Gestaltung als Veloroute sichtbar werden: Eine Neuordnung des ruhenden Autoverkehrs wird dazu führen, dass die Besucher\*innen des Marien-Krankenhauses und die Gäste der Senior\*innenresidenz auf Gehwegen mit einer Mindestbreite von zwei Metern unterwegs sein können.

Die Velorouten legen nur ein grobes Netz für den Radverkehr über unseren Bezirk, daher wollen wir den zusätzlichen Ausbau eines Netzes aus Bezirksrouten engagiert vorantreiben. Es ergänzt die Velorouten und verknüpft sie mit den Quartieren. Die Planung für dieses Netz wurde in der ablaufenden Legislatur bereits weit vorangetrieben, nun steht die Umsetzung an: Wir wollen die schon länger geplante Bezirksroute Osterbekstraße endlich fertigstellen – teilweise als Fahrradstraße, im Johannes-Prassek-Park als „fahrradfreundliche Grünanlage“. Östlich der Schleidenstraße wollen wir die Fahrradstraße in der Osterbekstraße und Flachland fortsetzen. In Klein Borstel wollen wir die Stübeheide als Fahrradstraße ohne Kfz-Durchgangsverkehr gestalten (Durchfahrtssperre), um den

Schüler\*innen einen sicheren Schulweg und dem Radverkehr eine sichere Alternative zur Wellingsbütteler Landstraße zu bieten.

Im Alten Teichweg (West), in der Semperstraße (Ost) und in der Hellbrookstraße (Ost) wollen wir das Kopfsteinpflaster durch einen fahrradfreundlichen Fahrbahnbelag ersetzen, zum Beispiel durch geschnittenes Pflaster. Damit schließen wir Lücken im bestehenden Fahrradnetz. Den Wiesendamm wollen wir endlich mit Radfahrstreifen auf beiden Seiten ausstatten – auf ganzer Länge. Dabei wollen wir auch sichere Querungsstellen für Schüler\*innen einrichten. Auch im Maienweg gibt es bereits Radfahrstreifen im Ohlsdorfer und im Alsterdorfer Abschnitt, die Lücke dazwischen wollen wir nun endlich schließen.

Die Einbahnstraße Ermlandweg in Langenhorn wollen wir als Bezirksroute für den gegenläufigen Radverkehr öffnen, auch wenn dies den Wegfall von Parkplätzen zur Folge haben wird. Wo immer bauliche Veränderungen an nicht für das Rad geöffneten Einbahnstraßen anstehen, wollen wir die Gelegenheit nutzen, diese so umzugestalten, dass sie in Zukunft für gegenläufigen Radverkehr geöffnet werden können. Das haben wir uns insbesondere für die Poppenhusenstraße vorgenommen.

Eine ganze Reihe von Bezirksrouten liegt auch auf Hauptverkehrsstraßen. Bei diesen werden wir uns gegenüber dem Senat dafür einsetzen, dass sie entsprechend zu Radrouten ausgebaut werden. Zu nennen sind dabei die Krausestraße, Maria-Louisen-Straße (Sierichstraße bis Dorotheenstraße) und Erdkampsweg (Mitte).

Außerdem fordern wir vom Senat, dass dieser endlich eine Umgestaltung des Abschnittes Hudtwalckerstraße – Winterhuder Marktplatz – Barmbeker Straße (bis Doro-

theenstraße) angeht. Hier geraten Fuß- und Radverkehr besonders oft in Konflikt miteinander, da sie auf nur wenig Platz am Rande zusammengedrängt wurden. Das ist am Winterhuder Marktplatz besonders kritisch, da sowohl viele Fußgänger\*innen als auch viele Radelnde unterwegs sind. Wir könnten uns z. B. vorstellen, eine Fahrspur pro Richtung zu einer kombinierten Bus- und Fahrradspur umzufunktionieren und so die Gehwege frei von Radverkehr zu halten.

Über die Velorouten hinaus arbeitet Hamburg gemeinsam mit seinen Nachbargemeinden an einer Reihe von Radschnellwegen. Einer davon soll von Norderstedt nach Hamburg hineinführen. Wir verstehen unter einem Radschnellweg in erster Linie eine komplett kreuzungsfreie Art der Radverkehrsführung, mindestens jedoch eine Fahrradstraße. Ausdrücklich unterstützen wir die Radschnelltrasse auf der ehemaligen Güterbahnstrecke parallel zu den Gleisen der U1. Hier ist tatsächlich auf 5 km Länge eine kreuzungsfreie Führung möglich. Für die Fibigerstraße fordern wir, dass diese dem Anspruch eines Radschnellweges wirklich gerecht werden soll, indem der Kfz-Durchgangsverkehr mit einer Durchfahrtssperre zwischen Kiwittsmoor und Ochsenweberstraße draußen gehalten wird.

Seit vielen Jahren ist der Radverkehr es leider gewohnt, an Ampeln auf dasselbe Lichtzeichen wie der Fußverkehr zu warten. Da Radler\*innen aber deutlich schneller sind als die langsameren Fußgänger\*innen, auf die das Ampelprogramm ausgelegt ist, könnten sie eigentlich nach Beginn des Rotlichts für den Fußverkehr noch einige Sekunden weiterfahren. Wir setzen uns daher dafür ein, dass die Verkehrsbehörde ein Programm auflegt, mit dem diese sogenannten „kombinierten Streuscheiben“ (Rad- und Fußverkehr

zusammen) durch getrennte Lichtzeichen ersetzt werden. Diese würden den Radler\*innen eine längere Grünphase und ein zügigeres Vorankommen ermöglichen.

Gerade in Altbauquartieren ist es eine Herausforderung, eine Abstellmöglichkeit für sein Fahrrad zu finden. Wir setzen uns daher dafür ein, dass der öffentliche Raum mit deutlich mehr Fahrradbügeln ausgestattet wird, auch abseits von ohnehin geplanten Straßenumgestaltungen. Als Orientierung für das Verhältnis zwischen Auto-Parkplätzen und Abstellflächen für Fahrräder soll dabei, wie im Bündnis für den Rad- und Fußverkehr vereinbart, ein Verhältnis von 4 zu 1 gelten. Dabei können auch Auto-Parkplätze auf der Fahrbahn zu Radabstellplätzen mit Fahrradbügeln umgebaut werden. Wir setzen uns dafür ein, dass modellhaft in einer ersten Straße, in der Autos am Fahrbahnrand parken, 20% der Parkplatzflächen zu Flächen für Fahrradbügel umgestaltet werden.

Das Bezirksamt hat bereits mit der Umsetzung des Fahrradparkkonzeptes für das Komponist\*innenviertel begonnen: Erstmals soll ein Quartier so viele Fahrradabstellmöglichkeiten bekommen, wie es braucht. Wir wollen das Bezirksamt bitten, gezielt an Orten mit besonderer Nachfrage mehr Abstellmöglichkeiten zu schaffen (z. B. Bushaltestelle Krohnstiegtunnel). Neben gewöhnlichen Fahrradbügeln sind viele Bürger\*innen auch auf der Suche nach Abstellmöglichkeiten, die nicht nur wettergeschützt, sondern auch sicher gegen Diebstahl sind. Dafür unterstützen wir den Ansatz, dass in Hamburg in Zukunft zahlreiche kleine Fahrradgaragen aufgestellt und die Stellplätze dann zur Miete angeboten werden. Wir halten insbesondere auch bislang als Auto-Parkplatz genutzte Flächen

für geeignete Standorte für solche Fahrradkleingaragen.

Das Fahrradleihsystem „StadtRad“ bewährt sich in Hamburg seit vielen Jahren. Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, das Stationsnetz in den äußeren Stadtteilen auszuweiten und in den inneren Stadtteilen zu verdichten. Auch soll es im Rahmen von StadtRad in Zukunft mehr Lastenräder zum Ausleihen geben. Wir wollen prüfen, inwiefern auch die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen im StadtRad-System besser berücksichtigt werden können.

Ein Ärgernis für alle sind Baustellen auf der Fahrbahn. Während immer große

Anstrengungen unternommen werden, den motorisierten Verkehr so wenig wie möglich einzuschränken und optimale Ausweichrouten auszuschildern, kommt es immer noch vor, dass praktikable und nicht zu weiten Umwegen führende Umleitungen für den Radverkehr fehlen. Auch gedankenlose Baustelleneinrichtungen, die den Radverkehr behindern und gefährden, sind an der Tagesordnung. Wir setzen uns dafür ein, dass bei allen Straßenumbauten gute Umleitungen für den Radverkehr vorgesehen werden. Das Bezirksamt muss beauftragte Baufirmen auf die Bedürfnisse von Radfahrenden und zu Fuß Gehenden hinweisen.



## **DAS WOLLEN WIR:**

- ▶ Die Verkehrswende schneller und einfacher machen – mit Kfz-Durchfahrtssperren auf Radrouten, wo immer dies möglich ist
- ▶ Rathenaustraße und Osterbekstraße jeweils zu einer ruhigen Fahrradstraße am Wasser machen
- ▶ Die Bedürfnisse unsicherer Radler\*innen stärker in den Fokus nehmen – damit diese auf der Fahrbahn radeln und die Gehwege für Fußgänger\*innen frei bleiben
- ▶ Den Radschnellweg auf der alten Güterbahntrasse direkt neben der U1 von Langenhorn nach Klein Borstel bauen – ohne Autos und ohne Kreuzungen auf 5 km Länge
- ▶ Die Velorouten fertigstellen und durch ein Netz von neuen Bezirksrouten ergänzen
- ▶ Uns beim Senat dafür einsetzen, dass Winterhuder Marktplatz, Hudtwalckerstraße und Barmbeker Straße so neu geordnet werden, dass Radelnde und Fußgänger\*innen sich endlich ernst genommen fühlen
- ▶ In Hamburg-Nord diebstahlgeschützte Fahrrad-Kleingaragen mit Stellplätzen zur Vermietung einführen
- ▶ Das StadtRad-Netz noch weiter ausbauen

## **Bus und Bahn**

Nicht alle Menschen haben die Möglichkeit, in Hamburg mit dem Fahrrad unterwegs zu sein. Besonders betrifft das Menschen mit Rollstuhl, Rollator, chronischen Erkrankungen oder einer Sehbehinderung. Doch auch Menschen ohne Behinderung können oder wollen nicht immer das Fahrrad nutzen: z. B. mit schwerem Gepäck auf dem Weg zum Bahnhof, bei Regenwetter oder einfach für längere Strecken. Hier kommen S-Bahn, U-Bahn und Busse ins Spiel.

Wir wollen den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) schneller, bequemer und sicherer gestalten, sodass noch mehr Menschen mit Bus und Bahn als Kern des Umweltverbundes im Stadtverkehr zufrieden und komfortabel durch unsere Bezirke kommen. Ein funktionierender ÖPNV in Hamburg-Nord erfordert eine Kombination aus verschiedenen Elementen, um den Bedürfnissen der Fahrgäste gerecht zu werden. Die wichtigsten sind für uns dabei: Ein umfangreiches Streckennetz mit ausreichend Bus- und Bahnlinien, das verschiedene Stadtteile und wichtige Verkehrsknotenpunkte in Hamburg-Nord abdeckt. Ein zuverlässiger und regelmäßiger Fahrplan, der eine planbare und pünktliche Nutzung des ÖPNV ermöglicht. Ein inklusiver ÖPNV, mit barrierefreien Zugängen zu den Haltestellen und Fahrzeugen, mit gut platzierten Haltegriffen, Rampen und Aufzügen. Eine moderne und gut gewartete Infrastruktur, mit gut ausgebauten und sicheren Haltestellen mit ausreichender Beleuchtung, Fahrgastinformationssystemen, klaren Beschilderungen und komfortablen Wartebereichen. Ein umweltfreundlicher

ÖPNV mit mehr Elektrobussen, sowie der Einsatz erneuerbarer Energien für den Betrieb der Fahrzeuge. Eine kontinuierliche Weiterentwicklung des ÖPNV-Systems unter Berücksichtigung der Bedürfnisse und Anregungen der Bürger\*innen.

Gerade in den äußeren Bereichen der Stadt – z. B. Langenhorn – gibt es nur lockere Bebauung, insbesondere mit Einfamilienhäusern. Ein klassisches Bussystem, das auch sehr attraktiv für die Menschen sein soll – kurze Wege zur Haltestelle, dichter Takt – lässt sich hier nicht wirtschaftlich betreiben bzw. würde ungebührlich hohe Subventionen erfordern. Wir setzen uns daher dafür ein, dass Hamburg offen für Innovationen ist und ein autonom fahrendes Ridesharing-System mit Kleinbussen einführt. Die technische Entwicklung ist in Sachen Verkehrssicherheit autonom – also fahrer\*innenloser Fahrzeuge so weit fortgeschritten, dass ein solches System schon ab 2025 auf Hamburgs Straßen unterwegs sein könnte. Wir hoffen, dass somit endlich eine gute ÖPNV-Lösung für weniger dicht besiedelte Gebiete gefunden wird. Wir sehen die Funktion dieses Ridesharing-Systems insbesondere darin, Menschen aus schlecht mit dem Bus versorgten Quartieren abzuholen und zu den U- und S-Bahnhöfen im Stadtteil zu bringen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass zumindest diese Kurzstrecken-Nutzung des neuen Systems mittelfristig Teil der gewöhnlichen ÖPNV-Tarife wird oder nur ein geringer Aufschlag fällig wird.

Wir unterstützen den Neubau der U5 und fordern, dass diese nicht nur von Bramfeld in die City Nord, sondern auch

weiter in Richtung Innenstadt über Winterhude, Barmbek-Süd und Uhlenhorst zügig vorangetrieben wird. Die großen U-Bahn-Baustellen an der Barmbeker Straße wollen wir nutzen, um hier auch oberirdisch die Verkehrswende voranzubringen: Für uns ist klar, dass nach Abschluss der Bauarbeiten die Barmbeker Straße so gestaltet sein soll, dass Fußgänger\*innen und Radler\*innen gleichberechtigt am Straßenverkehr teilnehmen können. Das muss insbesondere bei der Flächenaufteilung deutlich werden.

Außerdem fordern wir eine bessere Anbindung des Quartiers Tarpenbeker Ufer an den ÖPNV, gerne auch via Niederfeld. Wir unterstützen die aktuellen Überlegungen, auf der Güterumgehungsbahn eine Regional- oder S-Bahnlinie einzurichten. Dies würde eine schon lange von vielen Bürger\*innen geforderte Tangentialverbindung nach Westen (Elbgaustraße) ermöglichen, die neben zentralen ÖPNV-Knotenpunkten in unserem Bezirk (Sengelmannstraße, Barmbek) auch erstmals einen Bahnhof in Groß Borstel ermöglichen könnte (Tarpenbeker Ufer). Ebenfalls unterstützen wir den geplanten Bau eines neuen Bahnhofs an der U3 in Höhe der Fuhlsbüttler Straße sowie eine neue S1-Station zwischen den Straßen Alter Teichweg und Dehnhaide.

Das Lift-Programm zum barrierefreien Ausbau von U- und S-Bahnhöfen ist fast abgeschlossen – hier wurde in den letzten Jahren bereits viel erreicht. Weiterhin trifft es Menschen mit Rollator oder Rollstuhl aber schwer, wenn der einzige Fahrstuhl am Gleis mal wieder ausgefallen ist. Offenbar konnten bislang weder der Einbau robuster Technik noch die Vorhaltung

von üblichen Ersatzteilen dieses Problem wirksam begrenzen. Daher wollen wir uns dafür einsetzen, dass bei Bahnhöfen, die bereits zwei Ausgänge haben, überprüft werden möge, ob auch der zweite Ausgang mit einem Fahrstuhl ausgestattet werden könnte (z. B. Barmbek, Rübenkamp). Zudem wollen wir für Bahnhöfe, die nur einen Ausgang an einem Ende des Bahnsteiges haben, überprüfen lassen, ob ein zweiter Ausgang am anderen Ende möglich sein könnte (z. B. Fuhlsbüttel, Alsterdorf, Hamburger Straße, Mundsburg, Habichtstraße). Auch so käme die U-Bahn näher an die Haustüren der Menschen heran.

Überlegungen, zusätzlich zu den aktuell in Umsetzung befindlichen U- und S-Bahnprojekten auch eine Stadtbahn in Hamburg zu planen und diese dann wegen der schnelleren Planungs- und Bauzeit gleichzeitig mit diesen Großprojekten in Betrieb nehmen zu können, finden wir nicht abwegig. Breite Straßen wie z. B. der Ring 2 böten sich für eine solche Bahn an. Ab 2040 könnte so ein wirklich umfassendes ÖPNV-Angebot in Hamburg möglich sein.

Wir fordern, dass die Kapazitäten des ÖPNV mit der Nachfrage Schritt halten. Daher begrüßen wir Taktverdichtungen auf Bahn- und Buslinien und fordern mehr 5-Minuten-Takte, z. B. auf der S1 südlich von Ohlsdorf auch zur Mittagszeit. Wir wollen mehr Bushaltestellen an bestehenden Strecken, damit der ÖPNV näher an die Haustüren rückt. Kurze Wege zu den Haltestellen sind gerade für ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen wichtig. Zusätzlich fordern wir, die Bushaltestellen barrierefrei umzubauen und eine bessere Taktung der Busse in den Abend-

und Nachtstunden (z. B. Linie 178 Essener Straße, Linie 114 Groß Borstel).

Wir wollen uns in der kommenden Legislatur dafür einsetzen, dass mehr Busspuren und mehr Busvorrangschaltungen eingerichtet werden. In der Sierichstraße wollen wir den vollkommen aus der Zeit gefallenen tageszeitlich wechselnden Richtungsverkehr ohne Radverkehrsführung aufheben. Winterhude und Uhlenhorst brauchen vielmehr end-

lich eine Buslinie über Sierichstraße und Herbert-Weichmann-Straße in die Innenstadt. Eine solche Linie ist nur mit regulärem Zweirichtungsverkehr möglich und wird gerade auch das östliche Ufer der Außenalster endlich besser mit dem ÖPNV erreichbar machen. Im Rahmen der Umgestaltung der Sierichstraße wollen wir auch die bisher verbliebene Lücke in den Alster-Fahrradachsen zwischen Fährhausstraße und Bellevue endlich schließen.



## **DAS WOLLEN WIR:**

- ▶ In Hamburg-Nord ein fahrer\*innenloses Ridesharing-System mit Kleinbussen etablieren, das erstmals auch weniger dicht besiedelte Einfamilienhausquartiere mit dem ÖPNV erschließt
- ▶ Die neue U-Bahnlinie 5 nicht nur von Bramfeld in die City Nord bauen, sondern weiter über Winterhude, Barmbek-Süd und Uhlenhorst bis zur Innenstadt
- ▶ Den geplanten zusätzlichen U3-Bahnhof an der Fuhlsbüttler Straße unterstützen
- ▶ Zusätzliche Fahrstühle und zusätzliche Eingänge für bestehende Bahnhöfe
- ▶ Personenverkehr auf der Güterumgebungsbahn als Tangentialverbindung von Hamburg-Nord nach Westen mit Halt u. a. am Tarpenbeker Ufer (Groß Borstel)
- ▶ Umgestaltung der Sierichstraße und Herbert-Weichmann-Straße mit Einrichtung einer neuen Buslinie – in beide Fahrtrichtungen!

## Autoverkehr

Immer wieder beschwerten sich Bürger\*innen über die Folgen des vielen Autoverkehrs: Lärm, Fahrbahnen, die kaum zu queren sind, vor allem aber geht es ums Falschparken. Zugleich erreichen uns auch Nachrichten von Menschen, die gerne einen Parkplatz finden würden: Mitarbeiter\*innen von Pflegediensten, die ihre Klient\*innen in deren Wohnungen nicht mehr gut erreichen können. Handwerker\*innen, die ihren Kund\*innen eine WC-Schüssel einbauen wollen und dafür nah an das Haus heranfahren müssen. Und natürlich zahlreiche Bürger\*innen, die mit dem Auto nach Hause kommen und einfach gerne einen Parkplatz finden möchten. All das zeigt: Parkraum ist in unserer Stadt sehr umkämpft. Parkraum in Hamburg hat aber auch eine kuriose Besonderheit: Er ist knapp – und dabei meist kostenlos! Wir wollen den Parkraum gerechter verteilen und es zugleich attraktiver machen, ein Ziel innerhalb der Stadt mit anderen Verkehrsmitteln als dem Auto zu erreichen.

Daher sind wir vom Parkraummanagement mit Bewohnerparkregelung überzeugt. Parkraummanagement heißt erst einmal nur, dass Parken etwas kostet. Wenn man aber weiß, dass man an seinem Zielort nicht gratis parken kann, steigt der Anreiz, über die Verkehrsmittelwahl nachzudenken. Gleichzeitig wollen wir aber das Bewohnerparken ausweiten. Das bedeutet, dass Anwohner\*innen für ihr eigenes Quartier einen günstigen Parkausweis bekommen können, der das ganze Jahr gültig ist. Durch die Kombination dieser beiden Instrumente kommen weniger Menschen von außerhalb mit dem Auto ins Quartier,

sodass mehr Parkplätze für die Menschen vor Ort verbleiben. Wir wollen das Parkraummanagement mit Bewohnerparken daher geografisch noch deutlich ausweiten: vom Stadtzentrum aus bis zur bereits bestehenden Bewohnerparkzone rund um den Flughafen in Fuhlsbüttel.

Kritisiert wird das Bewohnerparken insbesondere von ansässigen Gewerbetreibenden: In dichten Gründerzeitquartieren ohne Tiefgaragen ist es für Gewerbetreibende nur schwer möglich, Parkplätze auf dem eigenen Grundstück zu nutzen. Wir unterstützen daher die Bundesratsinitiative Hamburgs, beim Bewohnerparken künftig neben Bewohnenden auch gebietsansässigen Institutionen (wie Vereinen und Sozialeinrichtungen) sowie Unternehmen regelhaft Parkbevorzugungen erteilen zu dürfen, weil sie das jeweilige Quartier (mit-)prägen und für die Bewohnenden notwendige Versorgungsleistungen erbringen. Mit dieser Gleichstellung von Bewohnenden und gebietsansässigen Institutionen sowie Unternehmen in einem Parkgebiet fördern wir eine stadtverträgliche Nutzungsmischung in Quartieren der kurzen Wege und tragen damit sowohl zur Akzeptanz des Bewohnerparkens als auch zur Erhaltung und Förderung leistungsfähiger lokaler Wirtschafts-, Sozial- und Infrastrukturen bei.

Wir wollen in Bewohnerparkgebieten deutlich mehr Ladezonen ausweisen als bislang. Diese ermöglichen es, insbesondere für gewerbliche Nutzungen für kurze Zeit zu halten, ohne in zweiter Reihe auf der Fahrbahn zu stehen. Neben dem Bewohnerparken wollen wir auch Super-

märkte oder andere Händler\*innen unterstützen, die ihre Kund\*innenparkplätze außerhalb der Öffnungszeiten gegen Bezahlung Anwohner\*innen zur Verfügung stellen.

Neben dem großen Thema Parken wollen wir uns für deutlich mehr Tempo 30 auf Hamburgs Straßen einsetzen, u. a. auf der Hummelsbütteler Landstraße. Wir fordern, dass die bundesgesetzlichen Regeln so geändert werden, dass Tempo 30 leichter angeordnet werden kann. Aktuell muss erst eine polizeibekannte Gefahrenstelle vorliegen, was oftmals bedeutet, dass es schon Unfälle mit Geschädigten oder sogar Toten gegeben haben muss.

Im Vergleich zu anderen Großstädten, insbesondere auch im Ausland, fällt auf, dass auch kleinere Straßen in Hamburg in der Regel in beide Richtungen mit Autos befahren werden dürfen. Das sorgt zwar für viele Fahrtmöglichkeiten für Autos, verbraucht aber auch viel Platz in Ne-

benstraßen, der eher selten genutzt wird. Um hier einen effizienteren Umgang mit unserer knappen öffentlichen Fläche zu finden, wollen wir mehr Wohnstraßen zu Einbahnstraßen machen. Die freiwerdende Fläche könnte für breitere Gehwege, Sitzbänke, Fahrradbügel oder mehr Grün aber auch für Parkplätze genutzt werden. Anbieten würde sich dazu z. B. die Straße Am Langenzug, wo mehr Platz für das Grün und die Fußgänger\*innen auf der Wasserseite gebraucht wird.

Für die Verkehrswende ist es essenziell, dass auch Menschen ohne eigenes Auto von den Vorteilen der Automobilität profitieren können. Ein Großeinkauf im Baumarkt ist ohne Auto nicht leicht nach Hause zu bringen. Daher wollen wir deutlich mehr stationsbasiertes Carsharing im öffentlichen Raum ermöglichen. Wir wollen dafür die HVV-Switch-Stationen deutlich vergrößern: Sie müssen so groß sein, dass ein zurückkehrendes Fahrzeug eines *stationsbasierten*



## **DAS WOLLEN WIR:**

- ▶ Das Bewohnerparken ausweiten: flächendeckend von der Innenstadt bis zum Flughafen
- ▶ Die Belange des ortsansässigen Gewerbes, von Vereinen und Sozialeinrichtungen besser als bislang beim Bewohnerparken berücksichtigen
- ▶ Deutlich mehr Tempo 30 in Hamburg-Nord für mehr Sicherheit und Lärmschutz
- ▶ HVV-Switch-Stationen deutlich vergrößern, damit zurückkehrende Fahrzeuge stationsbasierter Carsharing-Anbieter zuverlässig einen Parkplatz finden können

Carsharing-Systeme auf jeden Fall einen Platz findet. Dies wird Stationen mit mindestens 8, teilweise auch 12 Stellplätzen erfordern. Insbesondere an U- und S-Bahnhöfen wollen wir dies umsetzen.

Die Autos, die heute noch neu auf die Straße kommen, sollten über einen Elektroantrieb verfügen, um nicht ihr ganzes

Auto-Leben lang Benzin oder Diesel zu verbrennen. Nur wenige Menschen in unserem Bezirk haben aber die Möglichkeit, sich eine private Ladestation für ihr Auto einzurichten. Daher unterstützen wir auch weiterhin einen deutlichen Ausbau der öffentlich zugänglichen E-Ladesäulen in Hamburg.

## Luftverkehr

Fluglärm ist eine schwere Belastung für viele Hamburger\*innen, gerade durch die innerstädtische Lage des Hamburger Flughafens. Vor allem die gesundheitsgefährdende Lärmbelastung in den Tagesrandzeiten muss deutlich reduziert werden. Wir fordern daher reguläre Starts und Landungen nur bis 22 Uhr zu erlauben, Flüge nach 22 Uhr nur nach noch restriktiver zu handhabenden Einzelausnahmegenehmigungen durch die Fluglärmschutzbeauftragte zuzulassen, und eine Gewinnab-

schöpfung bei den Fluggesellschaften für verspätete Flüge nach 22 Uhr vorzunehmen. Auch die Reduzierung von gecharterten oder privaten Kleinflugzeugen oder Verlagerung an andere Orte kann ein Beitrag zum Gesundheits- und Klimaschutz sein.

An Samstagen sowie Sonn- und Feiertagen soll das nächtliche Flugverbot bis 7 Uhr morgens verlängert werden. Maßnahmen zur deutlichen Kapazitätssteigerung am Flughafen Fuhlsbüttel lehnen wir weiter ab.



### DAS WOLLEN WIR:

- ▶ Reguläre Starts und Landungen nur bis 22 Uhr
- ▶ Für Flüge nach 22 Uhr noch restriktivere Einzelausnahmegenehmigungen
- ▶ Gewinnabschöpfung bei den Fluggesellschaften für verspätete Flüge nach 22 Uhr
- ▶ An Samstagen sowie Sonn- und Feiertagen nächtliches Flugverbot bis 7 Uhr morgens
- ▶ Keine Maßnahmen zur deutlichen Kapazitätssteigerung



## ***Sozialer Zusammenhalt im Quartier***

Hamburg-Nord ist ein vielfältiger Bezirk! Diese Diversität ist unsere Stärke und wir wollen, dass sich diese Vielfalt in allen Themen, die wir bewegen, widerspiegelt. Nur so können wir erreichen, dass sich alle im Bezirk wohlfühlen und Hamburg-Nord ein Zuhause für jeden Menschen wird. Die Corona-Pandemie und die immer deutlicher sichtbare Verbreitung menschenfeindlicher Einstellungen zeigen, dass der soziale Zusammenhalt wichtiger denn je ist. Daher setzen wir uns umso mehr für die Inklusion von Menschen mit Behinderungen, für Feminismus sowie die Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte ein. Wir kämpfen weiterhin gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und stehen für eine konsequente Antidiskriminierungspolitik. Wir wollen einen Bezirk für alle Altersgruppen und setzen uns für gleichberechtigte Teilhabe ein. Diese Überzeugung spiegelt sich in allen Politikfeldern wider, die den sozialen Zusammenhalt betreffen.

## Kultur

Die Qualität und Vielfalt des kulturellen Angebots sind große Stärken des Bezirks Hamburg-Nord. Wir wollen sie auch in Zukunft erhalten und ausbauen. Kultureinrichtungen wie die WIESE, Kampnagel, die Stadtteilkulturzentren, das Museum der Arbeit, das Hamburger Puppentheater, das Ernst-Deutsch-Theater, die Geschichtswerkstätten und viele mehr zeigen, wie lebendig und ideenreich die Kulturszene im Bezirk ist. Uns ist wichtig, dass kulturelle Angebote die Teilhabe möglichst vieler und unterschiedlicher Menschen ermöglichen. Denn kulturelle Bildung und Teilhabe bieten Möglichkeiten für lebenslanges Lernen, zeigen neue Perspektiven auf und regen zum Mitmachen an. Bei kulturellen Veranstaltungen werden Freundschaften geschlossen, neue Ideen entwickelt und alte hinterfragt. Bei der Welcome Music Session in der Zinnschmelze kommen beispielsweise Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen, um gemeinsam Musik zu machen und andere Musiker\*innen kennenzulernen. Ebenso wichtig wie Integration durch kulturelle Angebote ist, dass auch Menschen mit Behinderungen bei der Entwicklung kultureller Angebote berücksichtigt werden. Inklusive Kulturangebote, wie zum Beispiel audiodeskriptives Theater, wollen wir unterstützen. Besonders niedrigschwellige Formate wie z. B. Flohmärkte sind wichtig, damit Menschen mit Behinderung Veranstaltungsorte erst einmal kennenlernen können. Wir wollen außerdem inklusive Partizipationsprozesse fördern, beispielsweise durch die Übernahme von Kosten für das Gebärdendolmetschen.

Um den sozialen Zusammenhalt in unserem Bezirk zu fördern, wollen wir gezielt inklusive, integrative, feministische und antirassistische Kulturangebote unterstützen. Besonders die interkulturelle Arbeit ist uns ein Herzensanliegen. Wichtig sind uns auch transkulturelle Angebote, die eurozentristische Perspektiven hinterfragen bzw. überwinden. Aufgrund immer offener zur Schau gestellter rassistischer Tendenzen in unserer Gesellschaft bei gleichzeitigem Zuzug vieler Schutzsuchender hat dieses Anliegen nochmals massiv an Bedeutung gewonnen. Indem wir Menschen verschiedener Herkunft über ihre kulturellen Interessen zusammenbringen, können wir Hass und Hetze ganz konkret und vor Ort etwas entgegensetzen.

Ein großer Erfolg war die Einführung der Interkultur-Stellen in den Kulturzentren Goldbekhaus, ells Kulturhaus Langenhorn und Zinnschmelze, die einen wichtigen Beitrag zum Abbau institutioneller Diskriminierung leisten. Deswegen sollen diese Stellen auch weiter bestehen. Aus dem Sonderfonds Interkultur, welchen wir 2015 eingerichtet haben, wurden bereits 150.000 Euro Förderung für integrative Kulturprojekte vergeben.

Es ist uns wichtig, dass auch Menschen mit geringem Einkommen von kulturellen Angeboten im Bezirk profitieren. Wir wollen daher Projekte fördern, die Kultur umsonst oder für einen geringen Eintrittspreis bieten, wie beispielsweise das Projekt MomentMal, aber auch Theater- oder Musikdarbietungen in Einrichtungen wie z. B. dem Goldbekhaus oder im Freien. Zudem wollen wir weiterhin die Kapelle 6 auf dem Friedhof Ohlsdorf bei

den Betriebskosten unterstützen, damit sie auch in Zukunft ein kostengünstiges Angebot auf Spendenbasis leisten kann.

Kunst im öffentlichen Raum wollen wir ebenfalls weiter fördern, wie zuvor unter anderem das „Fenster in die Geschichte“ am Barmbeker Kesselhaus.

In Zukunft wollen wir auch stärker auf Orte der Erinnerung in Hamburg-Nord aufmerksam machen, wie beispielsweise das Denkmal im Garten der Frauen zur Erinnerung an die ermordeten Kinder von Zwangsarbeiterinnen im Zweiten Weltkrieg. Wir wollen dazu einen Pfad der Erinnerung als Spaziergang entwerfen und diesen mit einer App kombinieren, die auf die Bedeutung der Gedenkorte hinweist.

Die Benennung von Straßen und Plätzen nach Personen verstehen wir ebenso wie Denkmäler als besondere Ehrung des Lebenswerks einer Person. Wir haben uns in der Vergangenheit dafür eingesetzt, Straßen und Plätze umzubenennen, die nach kolonialen sowie NS-belasteten Personen benannt sind. Diese Prozesse sind langwierig und einige sind bisher noch nicht abgeschlossen. Wir setzen uns weiterhin für die Umbenennung ein, wie beispielsweise im Fall der Heynemannstraße und des Oehleckerings. Beide sind nach Ärzten benannt, die in der NS-Zeit z. B. durch hunderte Zwangssterilisationen Schuld auf sich geladen haben. Wir wollen eine Umbenennung der Hindenburgstraße und Hindenburgbrücke in Alsterdorf erreichen. Im Einklang mit einer wissenschaftlichen, historischen Studie des Senats sind wir der Überzeugung, dass der vormalige Generalfeldmarschall und Reichspräsident kein demokratisches Vorbild ist.

Wir setzen uns für eine zügige Erweiterung der Gedenkstätte Konzentrationslager und Strafanstalten Fuhsbüttel im Zuge der Quartiersentwicklung Fuhsbüttel ein, damit so bald wie möglich im ehemaligen Jugendgefängnis, dem heutigen Haus 3 der Justizvollzugsanstalt, eine barrierefreie Gedenkstätte zur Verfügung steht.

Die „Woche des Gedenkens“, die auf unsere Initiative zurückgeht, wollen wir fortführen und die begonnene Modernisierung dieses Gedenk-Formats fortsetzen.

An der jährlichen Verleihung des Kulturpreises der Bezirksversammlung wollen wir festhalten. Er ist ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung für das Engagement der Kulturschaffenden in Hamburg-Nord.

Für neu Hinzugezogene in Hamburg-Nord wollen wir ein kulturelles Willkommenspaket entwickeln, das kulturelle Akteur\*innen im Bezirk vorstellt und durch Gutscheine für Veranstaltungen der Anbieter\*innen zum Kennenlernen der Kulturangebote einlädt.

Wir wollen die Kunst der Hochschulen mehr in ihre jeweiligen Stadtteile integrieren und eine stärkere Vernetzung mit der Nachbarschaft anregen. Als ersten Schritt wollen wir Vertreter\*innen der Hochschulen in den Fachausschuss einladen, um einen Dialog darüber anzustoßen, wie und an welchen Orten die künstlerische Arbeit der Studierenden im Bezirk ausgestellt werden könnte.

Trotz aller Erfolge bleibt die strukturelle Unterfinanzierung der Stadtteilkulturzentren und Geschichtswerkstätten ein Problem. Mit der institutionellen Förderung der sechs Stadtteilkulturzentren und der Geschichtswerkstätten sind die vom Senat bereitgestellten Mittel für die Stadtteil-

kultur in Hamburg-Nord verplant. Deshalb wollen wir bei Bedarf auf bezirkliche Mittel zurückgreifen, um Impulsförderung für neue Vorhaben sicherzustellen.

Eine große Schwierigkeit für die Stadtteilkulturzentren stellen erstens die Sicherung der Personalkosten vor dem Hintergrund von Tarifierhöhungen und zweitens die aktuelle Überprüfung der tariflichen Eingruppierungen für die Beschäftigten in den Stadtteilkulturzentren dar. Um Verbesserungen von Stellen und Tarifierhöhungen auch umsetzen zu können, müssen die Rahmenezuweisungen erhöht werden. Dafür wollen wir uns auf Landesebene einsetzen, denn diese Finanzierung ist erforderlich, um Mitarbeiter\*innen in den Einrichtungen halten und Stellen neu besetzen und das Veranstaltungsprogramm aufrecht erhalten zu können. Die Regelförderung der Stadtteilkultur aus dem Quartiersfonds wollen wir erhöhen.

Die Suche nach Übungsräumen für Musiker\*innen gestaltet sich weiter schwierig. Wir wollen Musiker\*innen auch in Zukunft dabei unterstützen, neue Proberäume zu finden, beispielsweise im Keller der WIESE.

Die Fertigstellung der neuen Tagungsräume der Bezirksversammlung und ihrer Ausschüsse am Wiesendamm wollen wir mit einem kulturellen Quartiersfest feiern. Das Fest soll Begegnungen von politisch aktiven Bürger\*innen ermöglichen und zur stärkeren Verankerung demokratischer Kultur beitragen. An der Gestaltung des Programms können z. B. die Theater vor Ort, aber auch Akteur\*innen wie Geschichtswerkstätten, die Zinnschmelze oder das Museum der Arbeit beteiligt werden.

In der vergangenen Legislatur haben wir regelmäßig zusätzliche Mittel

zur Kulturförderung im Bezirk bereitgestellt. Wir haben mit 100.000 Euro den Innenausbau des Theaterzentrums WIESE unterstützt und weitere 66.000 Euro für die bedarfsgerechte Ausstattung der Proberäume und des Saals bereitgestellt. Im Ernst-Deutsch-Theater haben wir geholfen, die Brandschutzanlagen zu modernisieren. Wir haben mit dafür gesorgt, dass Alma Hoppes Lustspielhaus nach 30 Jahren endlich umfassend renoviert wurde. Im Hamburger Puppentheater wurde mit unserer Unterstützung die IT-Infrastruktur modernisiert. Ein besonderer Erfolg war zudem, dass wir in Zusammenarbeit mit der Landes- und Bundesebene den Neubau der Halle des Goldbekhauses durchsetzen konnten. Somit werden sowohl der Alt- als auch der Neubau in den kommenden Jahren barrierefrei gestaltet.

Wir unterstützen die Erweiterung des Marktmeisterhäuschens am Elsässer Platz auf dem Dulsberg.

Schon vor Beginn der Pandemie war uns die Digitalisierung der Stadtteilkultur ein wichtiges Anliegen. Wir förderten daher einen Qualifizierungsprozess, der es den Einrichtungen ermöglichte, durch passende Beratung ihr digitales Know-how auszubauen und neue digitale Formate zu entwickeln. Während der Pandemie haben wir selbstverständlich die Weiterentwicklung und den Ausbau dieser Formate unterstützt. Die Welcome Music Sessions haben beispielsweise Mittel für mehr technische Ausstattung und Personalkosten erhalten, das Bürgerhaus Barmbek konnte ein hybrides Theaterprojekt anstoßen. Das Goldbekhaus hat den Podcast Goldbek-Kanal entwickelt und die Kunstlinik hat Streaming-Konzerte durchgeführt. Der Transformationsprozess

ist allerdings noch nicht abgeschlossen. Insbesondere bei der barrierefreien Gestaltung von Webseiten besteht Handlungsbedarf.

Wir wollen die Stadtteilkulturzentren dabei unterstützen, ihre Websites zu modernisieren und barrierefrei zu gestalten.



## **DAS WOLLEN WIR:**

- ▶ Uns auf Landesebene dafür einsetzen, dass Tariferhöhungen und höhere Eingruppierungen bei den Beschäftigten der Stadtteilkultur in den Rahmenzuweisungen berücksichtigt werden
- ▶ Die Regelförderung der Stadtteilkultur aus dem Quartiersfonds erhöhen
- ▶ Niedrigschwellige inklusive Kulturangebote, aber auch Partizipationsprozesse fördern
- ▶ Die Stadtteilkulturzentren bei der Modernisierung und barrierefreien Umgestaltung ihrer Websites unterstützen
- ▶ Projekte fördern, die umsonst oder für einen geringen Eintrittspreis stattfinden
- ▶ Weiterhin die Kapelle 6 auf dem Friedhof Ohlsdorf bei ihrem Beitrag zu den Betriebskosten unterstützen
- ▶ Kunst im öffentlichen Raum weiter fördern
- ▶ Einen Dialog mit den künstlerischen Hochschulen im Bezirk, wie und wo Arbeiten von Studierenden im Bezirk ausgestellt werden können
- ▶ Einen Pfad der Erinnerung, unterstützt durch eine App, errichten, der auf die Bedeutung von Gedenkortern hinweist
- ▶ Die Umbenennung von Straßen, die wie beispielsweise Heynemannstraße und Oehleckerling, nach Personen benannt sind, die in der NS-Zeit Schuld auf sich geladen haben
- ▶ Ein kulturelles Willkommenspaket für neu Hinzugezogene entwickeln
- ▶ Musiker\*innen weiterhin unterstützen, bezahlbare Übungsräume zu finden und einzurichten
- ▶ Die Fertigstellung der neuen Tagungsräume der Bezirksversammlung am Wiesendamm mit einem kulturellen Quartiersfest feiern

## Sport

Bewegung und Sport sind fester Bestandteil im Alltag vieler Hamburger\*innen. Über den gesundheitlichen Aspekt hinaus ist Sport eine der wichtigsten Gelegenheiten, bei denen unterschiedlichste Menschen in ihrer Freizeit zusammenkommen, gemeinsam etwas erleben und neue Freundschaften schließen. Sport lebt von einem respektvollen und gemeinschaftlichen Umgang miteinander. Oft gelingt es im Sport und in den Sportvereinen besonders gut, dass Menschen unabhängig von Geschlecht, Alter, Religion, Herkunft, Einkommen, Vermögen, geistiger und/oder körperlicher Beeinträchtigung sowie sexueller Orientierung miteinander Zeit verbringen, Spaß haben und dabei Vorurteile abbauen. Sport vermittelt wichtige Werte wie Empathie und einen gemeinschaftlichen Umgang miteinander.

Es ist uns wichtig, die Vielfalt des Sportangebots in Hamburg-Nord zu erhalten und auszubauen, damit möglichst viele Menschen eine Sportart finden oder weiter ausüben können, die zu ihnen und ihren Bedürfnissen passt. Wir wollen inklusive und integrative Sportangebote fördern. Der Sportfonds für Geflüchtete war ein besonders großer Erfolg: Seit seiner Einrichtung wurden bereits rund 420.000 Euro in Sportangebote für Schutzsuchende investiert. Wir wollen den Sportfonds auch in Zukunft weiterführen.

Ebenso wichtig ist es uns, die Bedürfnisse von Senior\*innen und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen mitzudenken – insbesondere bei Neubauten, aber auch im Bestand. Daher setzen wir uns für barrierefreie Sportstätten ein und haben in der vergangenen Legislatur unter anderem den Ruderverein Hansa und den Norddeutschen

Regatta Verein beim barrierefreien Umbau unterstützt. Wir wollen es Menschen mit Behinderungen ermöglichen, niedrigschwellig, in einem vertrauten Rahmen und in einem guten Betreuungsschlüssel Sportangebote wahrzunehmen.

In einer Zeit, in der immer mehr Menschen von Armut betroffen sind, wollen wir zusätzliche kostenfreie Outdoor-Angebote schaffen, beispielsweise in Form von Fitnessinseln.

Wir wollen, dass jedes Kind in der Nähe seines Wohnortes schwimmen lernen kann! Zusammen mit der Landespolitik wollen wir uns dafür einsetzen, dass dafür die Voraussetzungen geschaffen werden.

Damit Kinder und Jugendliche in einem sicheren Umfeld Sport treiben können, wollen wir in Zusammenarbeit mit der Hamburger Sportjugend daran arbeiten, dass alle Sportvereine Kinderschutzkonzepte entwickeln, deren Einhaltung auch sichergestellt wird. In Strukturen des Leistungssports muss das Kindeswohl immer wichtiger sein als kurzfristige Erfolge. In Sportvereinen haben viele Kinder und Jugendliche eine enge Bindung und großes Vertrauen zu ihren Trainer\*innen. Wir wollen den Trainer\*innen ermöglichen, schnell mit dem Jugendamt in Kontakt zu treten, wenn sie den Eindruck haben, dass das Wohl des Kindes oder des Jugendlichen gefährdet ist.

Die engagierten Ehrenamtlichen in den Sportvereinen haben eine tragende Rolle. Sie leisten enorm viel, um den Zusammenhalt in einer immer vielfältigeren Stadtgesellschaft zu erhalten. Deswegen sind wir ein verlässlicher Partner für den Sport in Hamburg-Nord und wollen das Ehrenamt im Sport stärken. Dies gilt selbstverständ-

lich für mitgliederstarke ebenso wie für kleine Vereine.

Das große Engagement der Sportler\*innen und ihrer engagierten Trainer\*innen in unserem Bezirk wollen wir zukünftig mit einem jährlichen Empfang für die aus Hamburg-Nord stammenden jeweiligen Hamburger Meister\*innen ihrer Disziplin würdigen. Die Ehrung soll auch dazu genutzt werden, erfolgreiche Sportler\*innen mit Behinderung aus dem Bezirk sichtbar zu machen.

Die ARGE Nord, das Gremium, in dem alle Sportvereine des Hamburger Sportbunds in unserem Bezirk vernetzt sind, unterstützen wir bei dessen Weiterentwicklung, beispielsweise über die Bereitstellung einer gemeinsamen Austauschplattform. Um den Dialog zu stärken, wurde die ARGE in den Beirat des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport berufen.

In einer wachsenden Stadt und in einem dicht besiedelten Bezirk wie Hamburg-Nord stellt die Bereitstellung der Infrastruktur eine der größten Herausforderungen dar. Wir streben an, dass grundlegende Bewegungsangebote wie z. B. Eltern-Kind-Turnen im Sinne der 15-Minuten-Stadt in jedem Stadtteil schnell erreichbar sind. Den Bedarf der Sportvereine wollen wir beim Bau von Sporthallen durch Schulbau Hamburg frühzeitig in die Planung einbeziehen. Auch in Bebauungspläne wollen wir den Bedarf für Sportflächen aufnehmen und eine Bedarfsermittlung für Sportstätten durchführen. Wir wollen Sportflächen wenn möglich multifunktional nutzen, höher bauen und ältere Anlagen modernisieren.

Die Vergabe von Nutzungszeiten für kommunale Sportstätten bzw. die Schul-

sportstätten wollen wir reformieren, um eine bedarfsgerechtere Nutzung zu ermöglichen. Hierzu wollen wir das Bezirksamt mit den notwendigen digitalen Möglichkeiten ausstatten. Wir wollen darauf hinwirken, dass die Betriebskostenerstattung für Verwaltung und Instandhaltung kommunaler Sportstätten für die Sportvereine angemessen erhöht wird.

In den vergangenen Jahren haben wir umfangreiche Investitionen in die Sport-Infrastruktur unterstützt. In Langenhorn haben wir eine neue Kallfluhalle ermöglicht, die vom Sportverein SIB-Club e.V. gemeinsam mit der Schule am Heidberg genutzt wird. Außerdem entsteht eine wettkampftaugliche Sporthalle am Gymnasium Langenhorn, die außerhalb der Schulzeit von verschiedenen Vereinen genutzt werden kann. Da Langenhorn als gewachsener Stadtteil aber immer noch mit Sportflächen unterversorgt ist, sind weitere Kooperationen mit Schulen erstrebenswert. Den Sportvereinen Polonia und Croatia haben wir am Gymnasium Lerchenfeld eine neue sportliche Heimat gegeben. Den SC Sperber und seine Pläne für den Sportcampus Alsterdorf haben wir positiv begleitet. Dem neuen Sportzentrum an der Habichtstraße haben wir mit einer Nachtragsfinanzierung eine vollständige Dachbegrünung und eine Photovoltaikanlage ermöglicht.

Wir haben sichergestellt, dass die Beachvolleyballfläche im Stadtpark saniert und erweitert wurde, ebenso wie die Beachvolleyballfelder im Kiwittsmoorbad. Wir werden weiterhin die Herstellung von Kunst- oder Hybridrasenplätzen fördern, da sie besonders belastbar sind und damit eine höhere Auslastung der Sportstätten ermöglichen.



Auf dem Rugbyfeld im Stadtpark

Bei der Modernisierung des Stadtparks wollen wir die Bedarfe an Sportflächen mit einplanen. Bei den Sportplätzen am Südring wollen wir uns dafür einsetzen, dass diese von mehr Menschen genutzt werden können. Für die Sportflächen an der Saarlandstraße wollen wir die dauerhafte Nutzung von Traglufthallen sichern und den Rugbyplatz mit Kunstrasen und neuen Nebengebäuden ausstatten.

Auf den Sportflächen im Bereich Südring vom Borgwegstadion bis zur Bäderlandfläche wollen wir zwei Spielfelder mit Kunst- oder Hybridrasen belegen, eine wettkampftaugliche Fläche für Beachvolleyball sichern, den Einsatz von Traglufthallen ermöglichen und zwei Nebengebäude für Umkleiden, WCs, Lagerung und Aufenthalt schaffen.

Auf den Sportflächen im Bereich Linneering wollen wir die Nebengebäude der Jahnkampfbahn sanieren sowie Radabstellinfrastruktur und Lagermöglichkeiten schaffen.

Für die Sportfläche Milchhalle am Jahning wollen wir Erweiterungsbauten

für American Football ermöglichen und die ausschließlich für Fußball genutzten Anlagen „Neue Welt“ im Dialog mit allen Interessierten überplanen.

Für die Fläche des Freibads im Stadtpark wollen wir mit breiter Bürger\*innenbeteiligung neue Nutzungskonzepte entwickeln.

Der Wassersport auf der Alster und den Kanälen hat in den vergangenen Jahren an Beliebtheit gewonnen. Deswegen haben wir den Neubau der Kanufreizeitstätte Alter Teichweg und die Planung sowie Kostenberechnung für den Neubau des Bootshauses des Hamburger Kanu Club unterstützt. Ebenso konnten wir den Neubau des Boots- und Vereinshauses des Wassersportvereins Hanseat am Kaemmererufer durch Bundesmittel unterstützen. Der Ruderverein Wandsbek wurde bei Anschaffungen und Modernisierungen durch bezirkliche Sondermittel gefördert.

In Zukunft wollen wir tragfähige Lösungen für ordnungswidrig gelagerte Kanus, Kajaks und SUP-Boards an Gewässerfern finden, die Pflanzen beschädigen und

Tiere stören. Wir wollen prüfen, ob legale Lagerstätten für private Kanus eingerichtet werden können, bestenfalls in Kombination mit neuen Einstiegsstellen, Mülleimern und Zuwegungen zum Wasser. Außerdem wollen wir ermöglichen, dass herrenlose und schrottreife Boote analog zu kaputten Fahrrädern entsorgt werden können.

Vor dem Hintergrund der Energiekrise ist die energetische Sanierung von Sportstätten nicht nur ökologisch, sondern auch wirtschaftlich von zentraler Bedeutung. Wir wollen die Transformation von vereinseigenen Sportstätten zu einem klimaneutralen Betrieb unterstützen, unter anderem durch den Tausch von Beleuchtungsmitteln. In

den vergangenen Jahren haben wir uns dafür stark gemacht, mithilfe des Energie-Investitionsfonds von 180.000 Euro alte, energieintensive Beleuchtungssysteme durch sparsame und nachhaltige LED-Anlagen zu ersetzen. Das Dach der Tennishalle des HTHC in Winterhude wurde mit unserer Unterstützung saniert und mit Solarzellen ausgestattet. Der Dulsberger Sportclub Hanseat hat die Beleuchtung des Sportplatzes Vogesenstraße auf LED umgestellt. Der SC Alstertal-Langenhorn wurde ebenfalls bei einer energetischen Sanierung unterstützt. Zudem wollen wir unterschiedliche Möglichkeiten ausprobieren, um Sportflächen im Sinne der Energiewende zu nutzen.



## **DAS WOLLEN WIR:**

- ▶ Schaffung einer jährlichen Sportler\*innen-Ehrung zur Würdigung des Engagements von Sportler\*innen und Trainer\*innen
- ▶ Weiterführung des Sportfonds für Schutzsuchende
- ▶ Barrierefreiheit, insbesondere beim Bau von neuen Sportstätten, berücksichtigen
- ▶ Kostenlose, wohnortnahe Möglichkeiten für Outdoor-Fitness schaffen
- ▶ Modernisierung der Sportflächen im Stadtpark
- ▶ Lösungen für die Lagerung bzw. Entsorgung herrenloser oder wild gelagerter Boote finden
- ▶ Umbau von Sportstätten mit dem Ziel des klimaneutralen Betriebs fördern
- ▶ Hinwirken auf eine Erhöhung der Betriebskostenerstattung für Verwaltung und Instandhaltung der Sportstätten
- ▶ Reformierung der Vergabe von Nutzungszeiten für Sportstätten

## Soziales, Integration und Antidiskriminierung

Durch die Folgen der Pandemie und die hohe Inflation ist ein wachsender Anteil der Hamburger Bevölkerung von Armut betroffen. Insbesondere Menschen über 80 Jahren sowie Kinder, junge Menschen von 18 bis 25 Jahren und Alleinerziehende werden besonders häufig damit konfrontiert. Das alltägliche Leben zu finanzieren, wird so zur Herausforderung und die hohen Mieten werden zu einer sozialen Frage.

Wir setzen uns für eine stärkere soziale Durchmischung der Quartiere ein, damit von Armut betroffene Menschen nicht weiter aus den zentralen Stadtteilen verdrängt werden. Wir wollen mehr Wohnungen mit Sozialbindung schaffen und langfristig sichern sowie dem Leerstand von Wohnraum noch besser entgegenwirken.

Wir wollen Wohnprojekte unterstützen, die zu einem gemeinschaftlichen Zusammenhalt führen, wie zum Beispiel Mehrgenerationenhäuser. Wir haben im vergangenen Jahr die Förderung von Parklets ermöglicht, damit Menschen ohne Garten kleine Grünflächen im öffentlichen Raum bepflanzen können. Dies wirkt sich positiv auf das Mikroklima aus und schafft Räume der Begegnung im Quartier.

Wir möchten auch im Bezirk den Hamburger Masterplan BNE 2030 und die Senatsinitiative „Hamburg lernt Nachhaltigkeit“ stärken, sofern Ressourcen von der Landesebene es ermöglichen. Das Leitbild der Bildung nachhaltiger Entwicklung (BNE) umfasst u. a. Bildung, die Menschen befähigt, aktiv an der Gestaltung einer ökologisch verträglichen, nachhaltigen und sozial gerechten Umwelt und Gesellschaft teilzuhaben. Inzwischen gibt es et-

liche Projekte, Initiativen und Vereine, die sich für nachhaltiges Handeln einsetzen, wie das Projekt „Nord-Spart-Sofort“ oder der Verein Umdenkbar.

In Zusammenarbeit mit der Landespolitik wollen wir uns dafür stark machen, das Housing-First-Konzept im Bezirk zu verwirklichen, um Obdachlosigkeit zu vermeiden und wohnungslose Menschen erfolgreich in Wohnraum zu vermitteln. Deswegen setzen wir uns, insbesondere im Winter, für genügend Übernachtungsmöglichkeiten ein, aber auch für mehr Straßensozialarbeiter\*innen. Wir wollen außerdem prüfen, welche Räume zum Wärmen im Winter und zur Abkühlung an heißen Sommertagen geeignet sein könnten. Wir unterstützen Angebote wie den „Pottkieker“ auf dem Dulsberg, und die Tafeln, die notleidende Menschen mit kostengünstigem Essen versorgen. Feindliche Architektur, die für Obdachlose, Senior\*innen und mobilitätseingeschränkte Menschen eine Zumutung bedeutet, wollen wir verhindern und abbauen.

Wir machen uns für ein rücksichtsvolles Miteinander im Straßenverkehr stark und wollen, dass alle Menschen sicher im Bezirk unterwegs sein können. Deswegen setzen wir uns für Tempo 30 u. a. vor Kitas, Senior\*innenresidenzen und Krankenhäusern ein. Projekte, die zur Mobilität von Menschen mit Behinderungen, finanziell schwächer aufgestellten Einwohner\*innen oder Senior\*innen beitragen, unterstützen wir. So haben wir beispielsweise die Anschaffung einer E-Rikscha für Mobilitätseingeschränkte beim Quartiersnetzwerk „martini-erleben“ in Eppendorf ermöglicht.

Auch Menschen mit Fluchtgeschichte, die in Hamburg Schutz vor Verfolgung, Krieg und Diskriminierung suchen, wollen wir ein Zuhause bieten. Hierbei müssen wir uns der Herausforderung stellen, ausreichend geeigneten Wohnraum auf einem aktuell sehr angespannten Wohnungsmarkt zu finden.

Wir unterstützen Einrichtungen, die Freizeitangebote für Geflüchtete anbieten und wollen Gelegenheiten, wie zum Beispiel Sportangebote, schaffen, bei denen sie neue Freundschaften finden, Deutsch lernen und ihren Stadtteil kennenlernen können. Wir unterstützen Angebote, die sich speziell an Männer oder Frauen richten. So bietet Ossara e.V. Kurse speziell für weibliche\* BIPOC (Black and Indigenous People of Color) und/oder FLINTA\*-Personen (Frauen\*, Lesben, Intersexuelle, nicht-binäre, trans\* und agender Personen) an. Wir wollen, dass Menschen aus zugewanderten Communities Empowerment erfahren und sich miteinander vernetzen können. Um Menschen mit Migrationsgeschichte mehr Teilhabe zu ermöglichen, wollen wir einen Integrationsbeirat gründen.

Die Vereine Lessan und Ossara sowie das Kulturzentrum Afrotopia leisten mit bezirklicher Unterstützung sehr gute Arbeit in den Bereichen der Bildung, der Integration, der Kultur, der Vernetzung der Communities und Entwicklungszusammenarbeit. Wir wollen Antirassismusprojekte dieser Migrant\*innenselbstorganisationen aus Sub-Sahara-afrikanischen Ländern aus bezirklichen Mitteln finanziell unterstützen. In einem einjährigen Prozess sollen die Organisationen gemeinsam die Bedarfe ermitteln und Verbesserungswege skizzieren. In weiteren Prozessphasen kön-

nen die Maßnahmen konkretisiert und Finanzierungswege aufgezeigt werden. Wir wollen, dass die afrikanischen Communities in der Diaspora selbstbewusst auftreten und als wertgeschätzte Teile unserer Gesellschaft wahrgenommen werden.

Seit 2018 gibt es auf Initiative der GRÜNEN in Hamburg-Nord die „Woche der Vielfalt“. Dabei finden Veranstaltungen und Workshops statt, die das Potenzial von Integration und Inklusion deutlich machen. Wir wollen die „Woche der Vielfalt“ weiterführen, denn sie ermöglicht die Vernetzung von Einrichtungen für Migrant\*innen und soziale Vielfalt.

Die Friedhofskultur in Hamburg-Nord ist von kultureller und religiöser Vielfalt geprägt. So existiert zum Beispiel seit 1883 ein jüdischer Friedhof mit einem Begräbnisplatz für die aschkenasische und sephardische Gemeinde. Seit 1941 ist mit dem ersten iranisch-islamischen Grabfeld ein separater Bereich mit Grabstellen für Muslim\*innen im Friedhof Ohlsdorf entstanden. Wir unterstützen diese und andere besondere Friedhofskulturen in unserem Bezirk.

Wir GRÜNE wollen, dass sich in unserer Stadt alle Menschen wohl fühlen und hier einen sicheren Ort vorfinden, unabhängig von ihrer Herkunft, Religion, sexuellen Orientierung, Einkommen und Vermögen oder ihrem Geschlecht. Hass und Hetze der Rechtspopulist\*innen treten wir mit Entschlossenheit entgegen.

Lesben, Schwule, bi-, trans- und intersexuelle sowie queere\* Menschen (LSBTIQ\*) werden auch heute noch häufig Opfer von Diskriminierung und Ausgrenzung. Umso wichtiger sind sichere Orte, die ihnen Unterstützung anbieten. Das Magnus-Hirsch-

feld-Zentrum (mhc) ist ein solcher sicherer Ort. Seit 40 Jahren leistet es in Zusammenarbeit mit dem Jugendberatungszentrum (JBZ) enorm wichtige Arbeit in der Beratung und Unterstützung von LSBTIQ\*, insbesondere für Trans\*-Personen, junge Menschen und queere Geflüchtete. Wir unterstützen die anstehenden Renovierungsmaßnahmen im mhc und werden uns dafür engagieren, dass auf Landesebene ausreichende Mittel für seine Arbeit bereitgestellt werden.

Weder auf Landes- noch auf Bezirksebene gibt es eine unabhängige Beschwerde- und Beratungsstelle, an die sich Betroffene bei Diskriminierung durch Verwaltungshandeln wenden können und die den Meldungen nachgeht.

Daher möchten wir uns auf der Landesebene dafür einsetzen, eine solche Stelle im Bezirk Hamburg-Nord als Modell- und Pilotprojekt einzurichten. Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern gehört zu den wichtigsten gesellschaftspolitischen Forderungen der GRÜNEN. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie weit sie noch immer von ihrer Verwirklichung entfernt und wie groß der Handlungsbedarf für die Gleichstellungspolitik ist. Dies betrifft Gewalt gegen Frauen ebenso wie das Fehlen von Frauen in Führungspositionen, die ungleiche Verteilung von Care-Arbeit ebenso wie die Altersarmut von Frauen. Diese Probleme müssen zum großen Teil durch die Bundespolitik gelöst werden, aber im Bezirk können wir einiges tun, um die Gleichstellung von Frauen und Männern voranzubringen.

Als Partei quotieren wir unsere Wahlkreis- und Bezirkswahllisten. Damit stellen wir sicher, dass den Wähler\*innen minde-

stens ebenso viele Frauen wie Männer zur Wahl angeboten werden. Das steigert die Chancen, dass auch mindestens die Hälfte der Mitglieder der GRÜNEN Bezirksfraktion weiblich sein wird. Außerdem unterstützen wir sportliche und kulturelle Angebote, die Frauen stärken, sowie Einrichtungen, die sich für den Schutz von Frauen einsetzen.

Wir wollen Projekte fördern, die sich gegen geschlechtsspezifische Gewalt wenden, wie zum Beispiel Projekte zur Schulung von Expert\*innen gegen weibliche Genitalverstümmelung.

Da zahlreiche Frauen von Armut betroffen und Hygieneartikel teuer sind, wollen wir Periodenartikel auf öffentlichen Toiletten des Bezirksamts kostenfrei zur Verfügung stellen.

Das Problem der Vereinsamung in unserer Gesellschaft nehmen wir ernst. Wir wollen Orte schaffen, an denen Menschen miteinander in Kontakt treten und einander unterstützen können. Bestehende Quartierscenter wie das Barmbek\*Basch, in denen es vielfältige Beratungs- und Veranstaltungsangebote gibt, wollen wir erhalten.

Für Menschen, die sich ganz besonders für den sozialen Zusammenhalt im Quartier engagiert haben, wollen wir einen Ehrenamtspreis einführen.

Ein großer Erfolg, den wir in der vergangenen Legislatur erreichen konnten, war die Gründung des Inklusionsbeirats. Der Inklusionsbeirat stellt sicher, dass die Anliegen von Menschen mit Behinderungen in bezirkspolitischen Prozessen berücksichtigt werden. Er leistet damit einen wichtigen Beitrag zu ihrer Mitbestimmung, aber auch zur Vernetzung von Akteur\*innen. In Kultur und Sport wollen

wir die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen besonders berücksichtigen, indem wir Menschen mit Behinderung in die Planung von Prozessen und Angeboten einbeziehen. Zudem wollen wir Barrieren in der öffentlichen Infrastruktur abbauen, damit Menschen mit Beeinträchtigungen am öffentlichen Leben teilnehmen können.

Im Pergolenviertel haben wir uns dafür stark gemacht, ein Konzept für ein Leitsystem zu erstellen, das insbesondere älteren oder kognitiv eingeschränkten Menschen zukünftig dabei helfen soll, sich zu orientieren. Außerdem haben wir die Einrichtung einer „Toilette für alle“ im Pergolenviertel unterstützt. Wir wollen weitere solche Toiletten an stark besuchten Orten wie dem Stadtpark, der Hamburger Meile oder der Fuhsbüttler Straße initiie-

ren. Dafür wollen wir den entsprechenden Fördertopf der Bürgerschaft nutzen. Die Identifikation geeigneter Standorte soll in Zusammenarbeit mit dem Inklusionsbeirat erfolgen.

Barrierefreiheit geht aber über den Abbau baulicher Hindernisse hinaus und betrifft auch den Zugang zu Informationen, beispielsweise über Veranstaltungen, die gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Wir wollen deswegen überprüfen, welche Informationen des Bezirksamts für Menschen mit Behinderungen besonders wichtig und gleichzeitig schwer zu verstehen sind und für diese eine Übersetzung in Leichte Sprache veranlassen. Auf Landesebene wollen wir uns für ein Landesmitwirkungsgesetz für die Inklusionsbeiräte einsetzen.



## **DAS WOLLEN WIR:**

- ▶ Eine stärkere soziale Durchmischung der Quartiere
- ▶ Mehr Wohnungen mit Sozialbindung schaffen und langfristig sichern
- ▶ Dem Leerstand von Wohnungen entgegenwirken
- ▶ Umsetzung des Housing-First-Konzeptes, um Obdachlosigkeit zu beenden
- ▶ Genügend Übernachtungsmöglichkeiten für Obdachlose, insbesondere im Winter
- ▶ Mehr Straßensozialarbeiter\*innen
- ▶ Räume zum Wärmen im Winter und zur Abkühlung an heißen Sommertagen
- ▶ Angebote wie den „Pottkieker“ auf dem Dulsberg und die Tafeln unterstützen, die kostengünstiges Essen bieten

- ▶ Feindliche Architektur, die für Obdachlose, Senior\*innen und mobilitätseingeschränkte Menschen eine Zumutung bedeutet, verhindern und abbauen
- ▶ Mehr Tempo 30 u. a. vor Kitas, Senior\*innenresidenzen und Krankenhäusern
- ▶ Unterstützung von Projekten, die zur Mobilität von Menschen mit Behinderungen oder Senior\*innen beitragen
- ▶ Unterstützung von Einrichtungen, die Freizeitangebote für Schutzsuchende anbieten und Gelegenheiten zur Begegnung schaffen
- ▶ Gründung eines Integrationsbeirats für mehr Teilhabe
- ▶ Fortführung der „Woche der Vielfalt“
- ▶ Projektförderung für Migrant\*innenselbstorganisationen aus Sub-Sahara Afrika
- ▶ Weitere Unterstützung der guten Arbeit von mhc und Jugendberatungszentrum
- ▶ Hamburg-Nord soll ein Modellprojekt einer unabhängigen Anlaufstelle für Menschen, die von Diskriminierung durch Verwaltungshandeln betroffen sind, bekommen
- ▶ Projekte fördern, die sich gegen geschlechtsspezifische Gewalt einsetzen
- ▶ Periodenartikel auf Toiletten des Bezirksamts kostenfrei zur Verfügung stellen
- ▶ Erhalt von bestehenden Quartierscentern wie dem Barmbek°Basch
- ▶ Einführung eines Ehrenamtspreises
- ▶ Abbau von Barrieren in der öffentlichen Infrastruktur
- ▶ Übersetzung von besonders wichtigen Informationen des Bezirksamts für Menschen mit Behinderungen in Leichte Sprache
- ▶ Einsatz auf Landesebene für ein Landesmitwirkungsgesetz für die Inklusionsbeiräte
- ▶ Einrichtung von Toiletten für alle an stark besuchten Orten wie dem Stadtpark, der Hamburger Meile oder der Fuhsbüttler Straße
- ▶ Den Hamburger Masterplan BNE 2030 und die Senatsinitiative „Hamburg lernt Nachhaltigkeit“ stärken

## ***Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene***

Kinder sind verstärkt von Armut und Gewalt betroffen. Für Kinder in Armut ist eine warme Mahlzeit am Tag, die Teilnahme an Klassenfahrten oder an einem Nachhilfeunterricht bei Lernschwierigkeiten keine Selbstverständlichkeit. Gewalt in Familien kommt in allen sozialen Milieus vor und hat während der Pandemie weiter zugenommen. Eine funktionierende Jugendhilfe direkt vor Ort ist daher unabdingbar.

Kinder und Jugendliche sind keine „kleinen Erwachsenen“. Sie haben besondere Bedürfnisse und brauchen besonderen Schutz, damit ihre Rechte als Individuen gewahrt werden. Wenn diese in Gefahr sind, brauchen sie ausreichend Anlaufstellen außerhalb ihrer Familie und jenseits ihrer Erziehungsberechtigten, um Hilfsangebote wahrnehmen zu können. Da armutsbetroffene Kinder in vielfacher Hinsicht von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen sind, engagieren wir uns dafür, sie besonders zu unterstützen. So haben wir beispielsweise in den vergangenen Jahren regelmäßig Ferienfreizeiten für Kinder und Jugendliche finanziert. Während der Pandemie haben wir unter anderem die Aktion Kinderparadies und den Jugendtreff in der Jarrestadt unterstützt sowie finanzielle Hilfen für junge Obdachlose bereitgestellt.

Kinder- und Jugendarbeit ist von großer Bedeutung für unsere Stadt und hat einen wichtigen Auftrag. Sie soll Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in ihrem Heranwachsen und auf dem Weg zur Mündigkeit begleiten. Dies kann auf Bauspielplätzen, in Jugendverbänden, in Häusern der Jugend oder in anderen Angeboten der Offenen Kinder- und Jugendarbeit passieren. Hier üben Kinder und Jugendliche soziale Kom-

petenzen und machen positive Erfahrungen, die ihnen Perspektiven für die Zukunft eröffnen können. Wir wollen darauf achten, dass in Zukunft für die Altersgruppe der Sechsbis Zwölfjährigen Angebote in der offenen Kinder- und Jugendarbeit ausgebaut werden. Für den Sozialraum im Umfeld des Kinder- und Jugendnotdiensts wollen wir prüfen, ob in Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb Erziehung und Beratung (LEB) eine Streetworking-Stelle eingerichtet werden kann.

Wir wollen darüber hinaus prüfen, inwieweit offene und stationäre Jugendhilfe zukünftig noch besser miteinander vernetzt werden können, damit Kinder und Jugendliche die bestmöglichen sozialräumlichen und lebensweltorientierten Angebote erhalten.

Wir unterstützen auch die selbstorganisierte Jugendarbeit und eigene Initiativen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, weil Jugendliche auf diese Weise Selbstwirksamkeit erfahren und erste Erfahrungen damit machen, wie sie ihr Umfeld mitgestalten können. Darüber hinaus ermuntern wir Kinder und Jugendliche und ihre pädagogischen Anleitungen, Anregungen und Anliegen in den bezirklichen Gremien zu platzieren.

Zur Finanzierung des Neubaus für den Bauspielplatz Rübzahl haben wir einen großen Teil beigetragen. Für die ersten Planungsschritte der Sanierung im Haus der Jugend Eberhofstieg haben wir Geld bereitgestellt. Für den Neubau des Hauses der Jugend Barmbek haben wir uns gemeinsam mit der Bürgerschaft eingesetzt und eine Begrünung der Fassade und energetische Optimierungen ermöglicht.

Wir setzen uns dafür ein, dass in Räumen der Begegnung für Kinder und Jugendliche

digitale Angebote gemacht werden können, um Kinder und Jugendliche an einen bewussten und verantwortungsvollen Umgang mit Medien heranzuführen. Wir unterstützen die Arbeit des Barmbeker Vereins Trockendock e.V., indem wir die Einrichtung einer auf zwei Jahre befristeten Stelle im Bereich der Medienpädagogik ermöglicht haben.

Die Häuser der Jugend leisten einen großen Beitrag für Kinder und Jugendliche. Damit möglichst viele von deren Angeboten erfahren, möchten wir sie bei einer Werbekampagne unterstützen.

Die Kinder- und Jugendarbeit ist seit Jahren strukturell unterfinanziert, obwohl die Bedarfe in einer wachsenden Stadt, wegen der Folgen der Pandemie und durch viele geflüchtete Kinder und Jugendliche steigen. Wir setzen uns vehement auf Landesebene für eine langfristig ausreichende Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit und der Familienförderung ebenso ein wie für eine bedarfsgerechte Jugendhilfeplanung. Insbesondere dürfen Tarifsteigerungen nicht zulasten der Kapazitäten der Einrichtungen gehen.

Speziell bei Einrichtungen der Jugendsozialarbeit für junge Erwachsene darf es keine Kürzungen geben, da sie auch Angebote für junge Menschen machen, die mit Beginn der Volljährigkeit aus vielen Programmen für Jugendliche herausfallen, aber noch Unterstützungsbedarf haben.

Wir setzen uns dafür ein, dass für Kinder und Jugendliche kurzfristig sichere Räume zur Verfügung stehen, die sie bei schweren häuslichen Konflikten aufsuchen können und in denen sie Unterstützung finden. Außerdem ist das Jugendberatungszentrum (JBZ) eine zentrale Anlaufstelle für Jugendliche. Wir setzen uns dafür ein, dass das JBZ auch dann an seinem Standort bleiben kann,

wenn es dort im Zuge eines möglichen Bauungsplanverfahrens Wohnbebauung geben sollte. Gegebenenfalls bedeutet das, dass eine Interimslösung im nahen Umfeld gefunden werden muss. Außerdem wollen wir die Schutzkonzepte in der stationären Jugendhilfe weiterentwickeln.

Wir begrüßen die 2021 erfolgte Einrichtung von Ombudsstellen in Hamburg, in denen Ehrenamtliche zwischen Jugendämtern und Familien vermitteln und Beratung anbieten. Sie stehen den Familien bei Konflikten als neutrale Personen zur Seite. Entscheidungen der Jugendämter können sie zwar nicht aufheben, aber das positive Zusammenwirken von Familien und Jugendhilfe entscheidend verbessern. Wir wollen für diese wichtige Rolle werben, damit sich genügend qualifizierte Ombudsleute finden, die sie übernehmen können.

Die Legalisierung von Cannabis für Menschen ab 18 Jahren begrüßen wir. Gleichwohl wollen wir betonen, dass sie nicht für Jüngere gilt. Diesen Standpunkt wollen wir mit einer effektiven gesundheitlichen Aufklärung über die Risiken des Cannabiskonsums, beispielsweise mit Veranstaltungen und Informationsmaterial, vermitteln. Insbesondere auf das Risiko von psychischen Krankheiten soll dabei aufmerksam gemacht werden.

Außerdem wollen wir, dass der Bezirk vermehrt auf die Gefahren von Alkoholkonsum in der Schwangerschaft und Fetale Alkoholspektrum-Störungen aufmerksam macht. Auf Landesebene wollen wir uns für Anlaufstellen in diesem Bereich, für Schulungen von Fachkräften und mehr multiprofessionelle Vernetzung einsetzen.

In zahlreichen ehrenamtlich engagierten Organisationen ist die Mobilität ein

wichtiger Faktor der sozialen Tätigkeit. Sei es in den Kinder- und Jugendbereichen oder im Bereich der öffentlichen Sicherheit. In der Vergangenheit gab es einige Anträge auf unterstützende bezirkliche Sondermittel bei der Beschaffung von Transportfahrzeugen. Wir wollen diesen Bereich der Kinder- und Jugendarbeit stärken, jedoch Mobilität auch hier klimagerecht ermöglichen. Wir wollen ein Pilotvorhaben zum Einsatz von batterieelektrisch betriebenen Fahrzeugen für die Transportmobilität der Kinder- und Jugendbereiche unterstützen, beispielsweise für das Technische Hilfswerk, die Freiwilligen Feuerwehren oder die Sportvereine.

Wir wollen die Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche im Bezirk stärken. Wenn Kinder- und Jugendbeteiligung gut gelingt, bewirkt sie, dass Kinder und Jugendliche Entscheidungsprozesse kennenlernen, Selbstwirksamkeit erleben und ihr Vertrauen in demokratische Strukturen gestärkt wird. Deswegen haben wir erfolgreich die Sprechstunde für Kinder und Jugendliche bei der Bezirksamtsleitung eingeführt, die wir fortführen und besser bewerben wollen. Außerdem setzen wir uns für ein Landesjugendmitwirkungsgesetz ein. In Hamburg-Nord wollen wir einen Kinder- und Jugendbeirat einsetzen - analog zum Senior\*innen- und Inklusionsbeirat im Bezirk. Der Beirat dient als erste Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche und setzt sich als Gremium für ihre Anliegen und Interessen in den politischen Entscheidungsprozessen auf bezirklicher Ebene ein. Insbesondere bei Bebauungsplänen und Verkehrs- und Investitionsplanungen für soziale Infrastruktur bietet sich die Beteiligung des Kinder- und Jugendbeirates an. Auch wollen wir gemeinsam mit jungen Menschen wei-

tere Beteiligungsformate wie Jugendstadteilkonferenzen, Jugendkonferenzen sowie digitale Beteiligungsformate erarbeiten und erproben.

Spielplätze sind nicht nur im Sinne der wohnortnahen Grünversorgung wichtig, sondern besonders auch für unsere jungen Einwohner\*innen eine gute Möglichkeit sich an der frischen Luft spielerisch und mit Spaß zu bewegen. Kinder, denen es häufig in kleinen Wohnungen an Bewegungsfreiheit mangelt, können auf Spielplätzen ein Gefühl für ihren Körper entwickeln, sich austoben und andere Kinder kennenlernen. Wir möchten daher prüfen, ob es insbesondere in dicht besiedelten Stadtteilen ausreichend Spielplätze gibt und ggf. Flächen ermitteln, um neue Spielplätze zu bauen oder bestehende zu vergrößern. Mit intensiver Beteiligung der jungen Nutzer\*innen, Eltern und Großeltern oder Expert\*innen für die Zielgruppe können Spielplätze weiterentwickelt und so inklusiver gestaltet werden. Ein Paradebeispiel dafür ist der Neubau des Spielplatzes und des Planschbeckens am Biedermannplatz mit inklusiven und barrierearmen Spielmöglichkeiten, welcher 2024 abgeschlossen sein wird. Die dort gemachten Erfahrungen sollen in künftige Spielplatzgestaltungen einfließen.

Nicht nur, aber auch im Rahmen des Klimawandels ist es wichtig die Spielplätze sowohl an heißen Sommertagen als auch an regnerischen Tagen beispielbar zu erhalten. Wir möchten uns daher dafür einsetzen, dass an Spielplätzen nach entsprechenden Lösungen gesucht wird. An manchen Spielplätzen bieten sich zum Beispiel Sonnensegel an.

Zudem wollen wir auf Spielplätzen Inklusion mitdenken und die Anschaffung von

Spielgeräten fördern, die auch Kinder mit körperlichen Einschränkungen nutzen können. Eine entsprechende Befestigung stellt sicher, dass auch Kinder oder Erwachsene

mit motorischen Einschränkungen einen sicheren Zugang zu Spielmöglichkeiten haben. Dabei wollen wir den Inklusionsbeirat einbeziehen.



## **DAS WOLLEN WIR:**

- ▶ Ausreichende Anlaufstellen für Kinder und Jugendliche außerhalb ihrer Familien
- ▶ Sichere Finanzierung von Angeboten wie Ferienfreizeiten
- ▶ Hilfen für junge Obdachlose
- ▶ Den Neubau des Hauses der Jugend Barmbek umsetzen
- ▶ Langfristige ausreichende Finanzierung der Kinder- und Jugendarbeit
- ▶ Jugendwohnungen als Schutzräume im Haus der Jugend Eberhofstiege einrichten
- ▶ Den Standort des Jugendberatungszentrums sichern
- ▶ Die Rolle der Ombudsleute bewerben und stärken
- ▶ Eine Werbekampagne für die Häuser der Jugend
- ▶ Eine Kampagne zur Aufklärung über das Risiko von psychischen Erkrankungen durch Cannabiskonsum im Jugendalter
- ▶ Inklusion bei Spielplätzen mitdenken, z. B. durch die Einbeziehung des Inklusionsbeirates
- ▶ Lösungen wie z. B. Sonnensegel als Schutz vor Sonnenstrahlung und Regen über Spielplätzen
- ▶ Die engagierte Beteiligung der kleinen und großen Nutzer\*innen bei der Gestaltung von Spielplätzen fortsetzen
- ▶ Die beim Umbau des Spielplatzes Biedermannplatz gemachten Erfahrungen zu einer inklusiveren Gestaltung bei künftigen Planungen mit einfließen lassen
- ▶ Fortführung der Sprechstunde für Kinder und Jugendliche bei der Bezirksamtsleitung
- ▶ Erprobung und Einführung eines Kinder- und Jugendbeirats
- ▶ Einsatz auf Landesebene für die Umsetzung des Landesjugendmitwirkungsgesetz

## Senior\*innen

Senior\*innen sind eine wachsende Bevölkerungsgruppe in einer immer älter werdenden Gesellschaft. Sie sind jedoch keine homogene Gruppe, sondern in ihren Interessen und Bedürfnissen genauso vielfältig wie jüngere Menschen. Deswegen schätzen wir die Arbeit des bezirklichen Seniorenbeirats, der wichtige Impulse für eine seniorengerechte Bezirkspolitik setzt.

Wir wollen uns dafür stark machen, dass Senior\*innen so lange wie möglich am öffentlichen Leben teilnehmen und ein selbstbestimmtes Leben führen können. Wir befürworten das Konzept der 15-Minuten-Stadt, das zum Ziel hat, dass alle Bewohner\*innen einer Stadt innerhalb von einer Viertelstunde alle wichtigen Orte des öffentlichen Lebens erreichen können, wie beispielsweise Einkaufsmöglichkeiten, medizinische Versorgung oder Bildungseinrichtungen. Dies hat mehrere Vorteile: Erstens werden Quartierszentren mit Begegnungsorten für die Nachbarschaft auch am Stadtrand gestärkt und für ihre Bewohner\*innen attraktiv gestaltet. Zweitens müssen die Bewohner\*innen keine langen und anstrengenden Wege in die Innenstadt auf sich nehmen; damit lässt sich auch Verkehr reduzieren. Ein Gewinn könnte beispielsweise die Einrichtung von sozialen Zentren sein, bei welchen leerstehende Ladengeschäfte zur Nahversorgung mit Post-, Bank- und weiteren Dienstleistungen genutzt werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt für Senior\*innen ist Barrierefreiheit im Alltag. Wir befürworten daher den barrierefreien Ausbau der U-Bahn Haltestellen Alsterdorf und Hudtwalckerstraße und haben umfangreiche Umbauten zur Barrierearmut

des Alsterwanderwegs durchgesetzt.

Mit unserer Forderung nach Tempo 30 vor Kitas, Senior\*innenresidenzen und Schulen setzen wir uns für mehr Sicherheit für Senior\*innen ein. Auch unabhängig von anderen Baumaßnahmen wollen wir Bordsteinkanten an Einmündungen überwindbar machen. Wir unterstützen die Aufstellung weiterer senior\*innengerechter Bänke, deren Sitzfläche höher ist und die Hilfen zum Aufstehen bieten. Einige der Bänke wollen wir als „Freundschaftsbänke“ gestalten, die als Treffpunkt für Menschen dienen sollen, die miteinander ins Gespräch kommen möchten.

Im Rahmen unserer Fußverkehrsstrategie setzen wir uns dafür ein, dass weitere Gehwege saniert werden, um Stolperfallen und Engstellen zu vermeiden. Wir wollen außerdem Wasserspender an viel besuchten Orten wie Parks, Kinderspielflächen, Fußgänger\*innenzonen und Einkaufszentren einrichten, um möglichst vielen Menschen den kostenlosen, öffentlichen Zugang zu hochwertigem Trinkwasser zu ermöglichen. Leicht verfügbares Trinkwasser ist zudem ein wichtiger Baustein von Hitzeaktionsplänen, denn im Zuge der Klimakrise kommt es im Sommer immer häufiger zu Extremtemperaturen, die besonders für ältere Menschen sehr gefährlich werden können. Ebenfalls wichtig ist es, dass im öffentlichen Raum mehr Toiletten zur Verfügung stehen. Wir setzen uns dafür ein, dass öffentliche Toiletten nach dem Vorbild des „Tokyo Toilet Projekts“ optisch, architektonisch sowie hygienisch ansprechend und barrierefrei gestaltet werden. Die Einrichtung und Wartung öffentlicher Toiletten ist allerdings extrem



Seniorenrechtliche Sitzbank - mit höherer Sitzfläche und Armlehne

teuer. Daher begrüßen wir das Konzept „nette Toilette“, das vorsieht, dass Gastronom\*innen eine Förderung der Stadt für die Instandhaltung ihrer Toiletten erhalten und diese im Gegenzug für alle zur Verfügung stellen.

Wir schätzen den großen Wert von generationsübergreifenden Angeboten und möchten diese in Senior\*innentreffs weiter fördern. Junge Familien können Unterstützung bei der Kinderbetreuung oder Hausaufgabenhilfe erhalten und von dem Erfahrungsschatz der älteren Generation profitieren. Ältere Menschen können im Gegenzug etwa Hilfe bei Einkäufen, handwerklichen Aufgaben oder der Nutzung digitaler Angebote erhalten. Auch Wohnprojekte, die ein solches Miteinander der Generationen ermöglichen, wollen wir unterstützen.

Für einen weiteren Generationenaustausch sorgen Formate wie Theater AGen von Schulen und das Musizieren von Musikstudierenden in Seniorenresidenzen. Zur leichteren Organisation könnte eine Onli-

neplattform helfen. Wenn eine Organisation diese einrichten möchte, unterstützen wir dies.

Das Modellprojekt QplusAlter bietet Senior\*innen Unterstützung, die in ihrem vertrauten Umfeld selbstständig leben wollen. Lots\*innen bieten ihnen Unterstützung, Beratung und Begleitung an. Bisher wurde dieses Angebot von Stiftungen getragen. Zurzeit werden Möglichkeiten für die Anschlussfinanzierung gesucht. Wir wollen, dass sich der Bezirk für die Finanzierung des Projekts einsetzt und gegebenenfalls eine Teilfinanzierung durch den Bezirk geprüft wird.

Die medizinische Versorgung im Quartier ist insbesondere für Senior\*innen von zentraler Bedeutung. Im Bereich Gesundheit wollen wir prüfen, ob ein medizinisches Versorgungszentrum mit dem Universitätsklinikum Eppendorf (UKE) als Trägerin eingerichtet werden kann. Eine Partnerschaft mit dem UKE würde sich besonders deswegen anbieten, weil die-

ses ohnehin plant, sein Ambulanzzentrum zu erweitern. Medizinische Versorgungszentren haben die Vorteile von Effizienzsteigerung, verbesserter Behandlung und Ressourcensteuerung, Multidisziplinarität und niedrigschwelligem Zugang. Ergänzend bietet sich der Aufbau eines lokalen Gesundheitszentrums (LGZ) an. In einem LGZ kooperieren eine haus- bzw. kinderärztliche Praxis und andere fachärztliche Praxen mit einem multiprofessionellen Team bestehend aus z. B. CHN (community health nurses), Sozialarbeiter\*innen und Apotheker\*innen. Besonders sinnvoll wäre

ein medizinisches Versorgungszentrum bzw. lokales Gesundheitszentrum in einem einkommensschwächeren Stadtteil, denn dort gibt es oft nicht genügend wohnortnahe Versorgungsangebote.

Außerdem wollen wir anregen, Gesundheits- und Pflegekonferenzen noch mehr zur Vernetzung der Gesundheitsakteur\*innen zu nutzen, sowohl auf regionaler Ebene als auch darüber hinaus. Pilotprojekten wie dem „Tresen im Marienkrankenhaus“, einem bundesweiten Leuchtturmprojekt für die Reform der Notfallversorgung, könnte so zu mehr Strahlkraft verholpen werden.



## **DAS WOLLEN WIR:**

- ▶ Stärkung des Seniorenbeirates
- ▶ Förderung von Nahversorgung durch gebündelte Dienstleistungsangebote in leerstehenden Gewerbeimmobilien
- ▶ Abbau von Barrieren z. B. durch Absenken von Bordsteinkanten
- ▶ Schaffung von barrierearmen Sitz- und Freundschaftsbänken als Treffpunkt für Menschen, die mit anderen ins Gespräch kommen wollen
- ▶ Errichtung von Wasserspendern an viel besuchten Orten
- ▶ Umsetzung des Konzepts der „netten Toiletten“
- ▶ Förderung von Senior\*innentreffs auch für generationsübergreifende Angebote
- ▶ Förderung einer Onlineplattform für die Planung von Angeboten in Senior\*innenresidenzen
- ▶ Prüfung eines medizinischen Versorgungszentrums mit dem UKE als Träger
- ▶ Vernetzung von Gesundheitsakteur\*innen anregen



Beteiligungsveranstaltung zum Bezirklichen Radverkehrskonzept

## Demokratie und Beteiligung

Wenn Menschen sich auch über ihre Wahlentscheidung hinaus an politischen Entscheidungen beteiligen können, stärkt das ihr Vertrauen in die Demokratie. Politische Beteiligungsprozesse sind allerdings in der Regel nicht niedrigschwellig und nicht für alle leicht verständlich. Sie setzen oft Zeit, eine gewisse politische Bildung und eine genauere Kenntnis der beteiligten Gremien voraus. Daraus resultiert, dass Teilnehmende an Beteiligungsprozessen in der Regel keinen annähernd repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung abbilden, da diese Akteur\*innen vor allem finanziell privilegierte und formal hoch gebildete Menschen sind. Unterrepräsentiert sind bei Informations- und Beteiligungsveranstaltungen auch Menschen mit Migrationsgeschichte und Menschen mit Behinderungen. Deswegen wollen wir sie gezielter ansprechen und weiterhin neue Beteiligungsformate ausprobieren.

Wir wollen vermehrt Online-Beteiligungsformate wie das städtische Tool DIPAS nutzen, damit auch Menschen, die sich um Kinder oder pflegebedürftige Angehörige kümmern, die nicht mobil sind, Schichtarbeit leisten oder aus anderen Gründen keine Möglichkeit haben, vor Ort an Abendterminen teilzunehmen, eine Chance zur Beteiligung haben. Denn Bezirkspolitik sollte nahbar sein und Beteiligung möglichst nah an den Menschen denken, die beteiligt werden sollen.

Eine weitere Personengruppe, welche niedrigschwellig an politisches Geschehen herangeführt werden sollte, sind Kinder und Jugendliche. Wir möchten daher, dass Ausschüsse, welche konkret mit den Anliegen von Kindern und Jugendlichen zu tun haben, wie z. B. die Regionalausschüsse, auch gelegentlich in einer Schule tagen. Außerdem möchten wir die Mitglieder der Kreisschülerräte für die Lokalpolitik gewinnen.

nen und diese zur Mitarbeit in den Regionalausschüssen z. B. durch Beteiligung in den Bürger\*innenfragestunden bewegen.

In Hamburg-Nord gibt es sehr aktive Stadtteilräte, die allen Menschen offenstehen, die Bürger\*innen über aktuelle politische Prozesse informieren und wichtige Impulse für die Bezirkspolitik geben. Deswegen haben wir die Stadtteilräte gestärkt: Wir haben beschlossen, sie bei Planungen und Beteiligungsverfahren ebenso wie Träger öffentlicher Belange (z. B. Polizei, Feuerwehr, Stadtreinigung) zu behandeln. Sie werden damit frühzeitig in aktuelle Planungen eingebunden und können ihre Stellungnahme dazu abgeben.

Außerdem gibt es in Hamburg Bür-

ger\*innen-, Kommunal- und Heimatvereine, deren Engagement teilweise schon sehr lange zurückreicht. Wir schätzen dieses ehrenamtliche Engagement sehr und setzen uns dafür ein, dass die in unserem Bezirk aktiven Vereine in ihrer Funktion für den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren gestärkt werden. Dieses Engagement für unseren Bezirk wollen wir durch aktive Kontakte zu den Vereinen stärken und sie auch bei Bedarf finanziell unterstützen.

Das Bezirksamt Hamburg-Nord positioniert sich klar für Demokratie und gegen Rechts. Wir unterstützen dieses Engagement und wollen auch das Netzwerk gesellschaftlicher Gruppen, die sich für Demokratie einsetzen, stärken.



## **DAS WOLLEN WIR:**

- ▶ Prüfung neuer Beteiligungsformate
- ▶ Verbesserung der Einbindung von Menschen mit Migrationsgeschichte bei Informations- und Beteiligungsformaten
- ▶ Ausbau der Online-Beteiligung z. B. über das städtische Tool DIPAS
- ▶ Unterstützung der Arbeit der Stadtteilräte, Bürger\*innen-, Heimat- und Kommunalvereine
- ▶ Bedarfsweises Tagen von Ausschüssen in Schulen
- ▶ Unterstützung des Engagements des Bezirksamts Hamburg-Nord gegen Rechts und des Netzwerks gesellschaftlicher Gruppen für Demokratie
- ▶ Einsatz auf Landesebene für die Erstellung eines Landesmitwirkungsgesetzes für Menschen mit Behinderung und Migrationsgeschichte

**Das Wahlprogramm wurde am 04.11.2023 im Rahmen unserer Kreismitgliederversammlung einstimmig beschlossen.**

# UNSERE KANDIDAT\*INNEN 1/2

## **Platz 1:**

Isabel Permien  
1990, Lehrerin

## **Platz 2:**

Timo B. Kranz  
1981, Informatiker

## **Platz 3:**

Nergis Zarifi  
1995, Studentin

## **Platz 4:**

Marcel Bulawa  
1994, Personalreferent

## **Platz 5:**

Simone Dornia  
1985, Qualitätsmanagerin

## **Platz 6:**

Angelina Platz  
1989, Teamleiterin

## **Platz 7:**

Katrin Hofmann  
1972, Personalreferentin

## **Platz 8:**

Christoph Reiffert  
1977, Diplom-  
Landschaftsökologe

## **Platz 9:**

Katharina Fischer-Zernin  
1984, Diplom Kauffrau (FH)

## **Platz 10:**

Sidney Gregor-Wielan  
2003, Studentin

## **Platz 11:**

Nadja Grichisch  
1974, Sozialpädagogin

## **Platz 12:**

Carsten Redlich  
1959, Diplom-Ingenieur für  
Umwelttechnik

## **Platz 13:**

Daniela Clément  
1977, Redakteurin

## **Platz 14:**

Dr. Anıl Kaputanoğlu  
1966, Germanist

## **Platz 15:**

Sibylle Helms  
1975, Diplom-Ökotrophologin

## **Platz 16:**

Stefan Riesle  
1971, IT-Anwendungsentwickler

## **Platz 17:**

Julia Stier  
1962, Personalleiterin  
in der Altenhilfe

## **Platz 18:**

Jonas Felix Schultz  
2006, Schüler

## **Platz 19:**

Janina Schwalb  
1997, Wirtschaftspsychologin

## **Platz 20:**

Thorsten Schmidt  
1983, Ingenieur für  
Windenergietechnik

## **Platz 21:**

Tonja Körner-Uhlmann  
1972, Diplom-Volkswirtin

## **Platz 22:**

Nikola Stojcevic  
1991, Industriemechaniker

## **Platz 23:**

Judith Elmendorf  
1980, Brenneibesitzerin

## **Platz 24:**

Michael Schilf  
1962, Diplom-Sozialpädagoge

## UNSERE KANDIDAT\*INNEN 2/2

### **Platz 25:**

Azra Kültür  
1998, Sozialarbeiterin

### **Platz 26:**

Lino Mai  
1998, Student

### **Platz 27:**

Dr. Simone Dietz  
1959, Professorin für  
Philosophie

### **Platz 28:**

Andreas Gromoll  
1983, Angestellter

### **Platz 29:**

Daniela Schulz  
1960, Diplom-Journalistin

### **Platz 30:**

Ralph Carstens  
1971, Bildungsforscher

### **Platz 31:**

Julia Hauck  
1972, Diplom-Pädagogin

### **Platz 32:**

Gunnar Düvel  
1982, Wirtschaftsinformatiker

### **Platz 33:**

Corinna Kraft  
1987, Lehrerin

### **Platz 34:**

Kai Elmendorf  
1971, Brennereibesitzer

### **Platz 35:**

Susanne Holländer  
1973, Kaufmännische  
Angestellte

### **Platz 36:**

Dr. Ingo König  
1965, Unternehmensberater

### **Platz 37:**

Daniela Dalhoff  
1972, Leiterin  
Öffentlichkeitsarbeit

### **Platz 38:**

Beate Seelis  
1955, Lehrerin

### **Platz 39:**

Tanja Schmedt auf der  
Günne  
1968, Rechtsanwältin

### **Platz 40:**

Arne Stamer  
1988, Master  
Nachhaltigkeitsstrategie

### **Platz 41:**

Katrin Baum  
1975, Diplom-Psychologin

### **Platz 42:**

Oliver Camp  
1968, Projektleiter

### **Platz 43:**

Marijke Frank  
1983, Lehrerin

### **Platz 44:**

Daniela Wachter  
1976, Angestellte

### **Platz 45:**

Silke Felgentreu  
1975, Buchhändlerin

IMPRESSUM

## ***BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN HAMBURG-NORD***

Bussestraße 1 | 22299 Hamburg | Tel: 040 - 51 22 26

[kreisverband@gruene-nord.de](mailto:kreisverband@gruene-nord.de) | [www.gruene-nord.de](http://www.gruene-nord.de)

Geschäftsführung: Babette Balzereit

Redaktion: Pauline Kaminski, Marcel Bulawa, Sidney Gregor-Wielan (V.i.S.d.P.),

Isabel Permien, Timo Kranz, Christoph Reiffert, Thorsten Schmidt

Fotos: Mirko Röper (Titelillustration), Christoph Reiffert,

[istockphoto.com/romrodinka](https://istockphoto.com/romrodinka), Contributor

Grafik & Layout: Christoph Jöns ([www.grafik-joens.de](http://www.grafik-joens.de))



*[gruene-nord.de](http://gruene-nord.de)*